

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Briefe drücken sich in
 Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich: Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die lechgebaltene Kolonelle
 oder deren Raum 60 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Erklärungen
 und Berichtigungs-Berichtigungen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf., (zulässig 2-fache Breite
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Erklärungen und Schließungen
 tragen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 6. Oktober 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Vor dem Parlamente.

Aus Wien wird uns vom 4. d. M. geschrieben:

Unter sehr ersten Umständen vollzieht sich diesmal die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten in Oesterreich. Nur sind es nicht mehr die üblichen und in dem Nationalitätenstaate schier unvermeidlichen parlamentarischen Wirren, die die politische Situation so ernst gestalten, diesmal ist es die große soziale Sorge der Lebensmittelerhöhung, die vor dem Parlamente als ein unabweisbares Problem steht und ihre Lösung heischt. Der blutige Wiener Sonntag hat es der Welt offenbart, wie es unter der Oberfläche der Dinge ausschaut, wie erregt und verbittert die Stimmung der breiten Massen ist, wie ganz unmöglich es also ist, an der wahnsinnigen Teuerung, die in Oesterreich schärfer auftritt, als in allen anderen Staaten, mit dem billigen Trost vorbeizugehen, daß man in ihr eine „Weltkalamität“ zu erblicken habe, gegen die die herrschenden Klassen keinen Rat und keine Hilfe wissen. Daß es gelingen ist, an dem unvergeßlichen Sonntag die „Revolution“ zu ersticken, daß das Militär, nachdem es vier Menschen getötet hat, die berühmte Ordnung wieder herstellte, und daß die Schergen der Gewalt, die man Richter nennt, nun an den Verhafteten durch so schwere Strafen Rache nehmen, das hat die Stimmung wahrlich nicht verbessert und in die wildempörten Massen Verwirrung nicht gebracht. Wie die Teuerungsversammlungen zeigen, die nun im ganzen Reiche abgehalten worden sind und die in ihrer Größe und Eindringlichkeit an den großen Wahlreformkampf gemahnen, ist das Volk, von den breiten Massen bis hoch hinauf in den Mittelstand, in einer furchtbar erregten Gemütsverfassung und zu spähen ist mit dieser Stimmung weiß Gott nicht mehr. Das Abgeordnetenhaus wird von diesen leidenschaftlichen Klagen widerhallen und das Niederstimmen von sozialdemokratischen Anträgen, wie es das vorige Parlament geübt hat, würde heute dem Punkte gleichen, der ins Lebensnot des Volkes entflammt und die immer tiefere und breitere Furchen zieht, ist heute Oesterreichs größte Sorge und sie wieder ins Gleise zu bringen, seine Lebensfrage.

Wie das Volk denkt, hat sehr deutlich die gestern in Dittafing vollzogene Reichsratswahl aufgezeigt. Die Erziehung war infolge der Doppelwahl des Genossen Schummeier notwendig geworden (der bei den Hauptwahlen den zweiten Leopoldstädter Wahlbezirk eroberte), und da der Nachwahl die bekannten Ereignisse vom 17. September vorangegangen waren, so wurde die Nachwahl geradezu zu einem Volksgericht über den blutigen Sonntag. Der Dittafinger Bezirk gehört zu unseren allerfrühesten Wahlbezirken und doch der sozialdemokratische Kandidat, der Landtagsabgeordnete Seber, auch bei der Nachwahl gewählt werden würde, unterlag wohl keinem Zweifel. Aber Dittafing war an jenem Sonntage der Schauplatz der argsten Tumulten; dort hat, nach den Verleumdungen der Scharfmacherpresse, der „Pöbel“, der „Rohgar“ fürchterlich gehaust. Es lag also die Möglichkeit immerhin nahe, daß wir bei der Wahl Stimmen verlieren — was schon deshalb nicht unbegründet gewesen wäre, weil die Wahl nach den alten, vor sechs Monaten angelegten Listen vollzogen wurde, so daß ein Verlust von Wählern sicherlich eingetreten ist, wogegen die neuen Wähler in die Listen nicht hineinkommen konnten. Daneben schmeichelten sich die Gegner mit der Hoffnung, daß die Sonntagserzesse, an denen sie uns die Schuld zuschrieben, die ängstlichen Gemüter einschüchtert haben werden und alles, was nicht mit ehernen Ketten mit uns verbunden ist, abspalten würde. Wie ist aber die Wahl ausgefallen? Unser Kandidat ist nicht bloß glänzend gewählt worden (mit 9893 von 13340 gültigen Stimmen), sondern er hat noch gegenüber der Wahl vom 13. Juni 826 Stimmen gewonnen, wogegen die Christlichsozialen 867 Stimmen verloren haben; die Differenz zwischen uns und den Gegnern hat sich also um etwa 1200 Stimmen zu unseren Gunsten verändert. Es ist also ganz sicher, daß an 800 Wähler, die im Juni noch gegen uns standen, diesmal mit uns gegangen sind und für uns gewählt haben, es ist also sicher, daß das Volk die sozialdemokratischen Demonstrationen, von deren Schmähsungen die gesamte Scharfmacherpresse seit Wochen lebt, nicht verurteilt, mit der intensiven Agitation der Sozialdemokraten gegen die elenden Lebensmittelerhöhung viel mehr ganz einverstanden ist. Das Volk ist gerecht und versteht es ganz gut, wie der Unmut und die Wut über die Verwüstung, die die Lebensmittelerhöhung anrichtet, alle Dämme sprengen konnte. Die Sozialdemokraten haben in ihrer Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung ganz recht, so denken heute immer breitere Schichten und jeder sagt sich, daß die herrschenden Klassen den Forderungen der Sozialdemokratie entgegenkommen müssen. Selten war eine Wahl ein solches Volksgericht wie die gestrige in dem Bezirk, dessen Strafen mit Proletarierblut getränkt ist.

Und als bange Sorge lauert im Hintergrund die Bedrohung des Friedens, die durch das Banditenabenteuer der italienischen Regierung hervorgerufen ward. Die österreichisch-ungarischen Machthaber begleiten den Raubzug nach Tripolis mit einem heiteren und einem nassen Auge; einesteils erscheint es der von den Aspirationen Italiens bedrohten Monarchie nur willkommen, wenn sich Italien in Afrika festsetzt und sich dadurch militärisch schwächt, andern-

teils besorgt man und nicht mit Unrecht, daß der leichtsinnig entfesselte Brand auf den Balkan zurückzuschlagen und daß Italien der Appetit bei dem Essen kommen könnte, daß seine alte Begehrlichkeit auf Albanien plötzlich recht lebendig werden kann. Das würde seinen Rückschlag auf Oesterreich-Ungarn natürlich nicht verfehlen und was für zerstörende Wirkungen von militärischen Rüstungen heute ausgehen würden, braucht nicht geschildert zu werden. Graue Sorge lagert über Oesterreich.

Eine Wahnsinnstat im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat ein junger Dalmatiner, während der Teuerungsdebatte von der Galerie aus mehrere Revolvergeschosse gegen die Ministerbank abgegeben. Glücklicherweise ist niemand verletzt worden.

Ueber die Einzelheiten des Attentates wird gemeldet: Wien, 5. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurden heute von einem Galeriebesucher Schüsse gegen die Ministerbank abgegeben, die die größte Aufregung hervorriefen. Es war während der Verhandlung der Teuerungsanträge, mit der die neue Session begann. Als erster Redner sprach Genosse Dr. Adler. Er verurteilte zunächst das Vorgehen Italiens gegen die Türkei, besprach dann die herrschende Teuerung sowie die Fleischnot und protestierte gegen die Härte der Urteile in den Prozessen gegen die Teilnehmer an den Demonstrationen in Wien am 17. September. Der Redner schilderte eingehend die furchtbare Schärfe der Urteile besonders gegen ganz junge Leute. Diese Unjustiz sehe in Widerspruch zu dem sonstigen Verhalten österreichischer Richter und der Verdacht sei da gerechtfertigt, daß eine Beeinflussung durch den Justizminister stattgefunden habe. Adlers Ausführungen wurden stellenweise durch Entrüstungsrufe unserer Genossen unterbrochen. Das ganze Haus hörte aufmerksam und ergriffen zu. Als Adler gerade eine Pause machte, hörte man plötzlich einen Revolverknall, dem gleich noch mehrere folgten. Anfangs meinte man, daß es blinde Schüsse waren. Aber gleich darauf erfuhr man, daß ein Projektil am Arm des Unterrichtsministers vorbeigeschossen sei und in die Holzvertäfelung eingedrungen war. Eine zweite Kugel war ebenfalls am Tisch der Minister vorbeigeschossen und in das Holz eingedrungen. Eine vom Marmor abgeprallte Kugel sog zurück auf die Galerie in die Abgeordnetenloge, wo sich die Frau des Genossen Adler befand. Dort fiel sie zu Boden. Es wurde niemand verletzt. Der Täter rief nach Abgabe der Schüsse: „Es lebe der Sozialismus“. Er wurde sofort verhaftet, in die Präsidialkanzlei geführt und dort vernommen. Er gab an, daß er auf den Justizminister schießen wollte. Er heißt Nikolaus Regus Sabrel. Er ist 25 Jahre alt und ein Tischlergeselle aus Sebenico in Dalmatien. Er hat die Eintrittskarte von einem Angestellten des Holzarbeiterverbandes, dem Genossen Paulin, bekommen. Dieser erzählt, daß vor mehreren Jahren in Sebenico eine Gruppe des Verbandes bestanden habe. Jetzt habe der Verband dort keine Mitglieder mehr. Vorgefunden kam Sabrel nach Wien und ging nach dem Bureau des Holzarbeiterverbandes, wo er nach dem Genossen Paulin fragte, da dieser der einzige war, den er kannte. Paulin war bei der Gründung der Gruppe des Verbandes in Sebenico zugegen gewesen. Paulin hatte seitdem von dem jungen Menschen nichts mehr gehört.

Nach dem Attentat.

Wien, 5. Oktober. Die ungeheure Erregung, welche sich des Hauses bemächtigte, dauerte auch nach der sofort vom Präsidenten angeordneten Unterbrechung der Sitzung fort. Justizminister v. Hohenburger war Gegenstand lebhafter Beglückwünschungen von allen Seiten. Während der Pause kam es zu ununterbrochenen, sehr heftigen Kontroversen zwischen den Sozialdemokraten einerseits und den Mitgliedern des Deutschen Rationalverbandes und Christlich-Sozialen andererseits. Auf die Kunde von dem Attentat erschienen der Ministerpräsident und die übrigen Mitglieder der Regierung in dem Sitzungssaal. Auch der Polizeipräsident von Wien begab sich sogleich nach dem Abgeordnetenhaus. Die Spuren der Schüsse sind an der Ministerbank und unterhalb der Präsidentenstraße sichtbar. Eine Kugel wurde auf der Estrade gefunden. Nach der Festnahme des Täters wurden die Galerien geräumt. Nach mehr als halbstündiger Pause wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Der Präsident Dr. Sylvester sprach sein tiefstes Bedauern über den Vorfall aus und erklärte, er habe die strengsten Maßnahmen angeordnet, um eine Wiederholung unbedingt zu verhindern. (Lebhafter Beifall.) Es folgten neuerliche lärmende Kontroversen zwischen Sozialdemokraten und Abgeordneten der Deutschen Parteien. Der Präsident unterbroch neuerdings die Sitzung und berief eine Obmannkonferenz ein. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung nach 3 Uhr nachmittags setzte Abg. Dr. Adler seine Rede fort unter immerwährenden stürmischen Schlußrufen bei den Deutschen und Christlich-Sozialen. Dr. Adler drückte sein tiefstes Bedauern über das Attentat eines Unzurechnungsfähigen aus.

Nachdem er unter lebhaftem Beifall der sozialdemokratischen Parteigenossen und lärmendem Protest der anderen Parteien seine Rede beendet hatte, ergriff Ministerpräsident Baron Gautschi das Wort und

erklärte: Der verbrecherische Anschlag war nicht bloß gegen die Ministerbank, sondern gegen das Haus und den Parlamentarismus gerichtet. (Stürmischer Beifall.) Der Ministerpräsident wies auf die täglich in öffentlichen sozialdemokratischen Versammlungen gehaltenen aufreizenden Reden hin, welche eine unverkennbare Ähnlichkeit mit der heute gehaltenen Rede des Abgeordneten Adlers hätten. Man könne sich schließlich nicht wundern, wenn es zu solchen verbrecherischen Attentaten komme. Der Ministerpräsident schloß: Sie fürchten sich nicht und ich fürchte mich auch nicht. Wir werden uns absolut nicht abbringen lassen, die Ordnung und die Befugnisse aufrecht zu erhalten. (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Christlich-Sozialen und den Deutschen.)

Reaktionäre Bemühungen.

Die reaktionären Parteien werden nicht verfehlen, in Oesterreich wie anderwärts die Wahnsinnstat eines unreifen Burischen der Sozialdemokratie anhängen zu wollen, obwohl keine Partei schärfer und vor allem erfolgreicher solche terroristische Akte bekämpft hat, als gerade die Sozialdemokratie. Wenn trotz der Verwerfung und des Gländs, das der Kapitalismus in immer steigendem Grade über die Volksmassen verhängt, der Anarchismus fast völlig überwunden, wenn die „Propaganda der Tat“ überall in den Hintergrund getreten ist, so verdamnen das die herrschenden Klassen vor allem der Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie, die nie müde geworden ist, das Sinnlose und Schädliche solcher Gewalttaten nachzuweisen. Und je stärker die Sozialdemokratie eines Landes ist, desto seltener sind ja auch solche Wahnsinnstaten.

Freilich, ganz werden sie nicht schwinden, weil in politisch erregten Zeiten einzelne Verrückte immer Unheil anrichten können. Jede politische Partei muß damit rechnen. Ist doch erst vor wenigen Jahren der polnische Statthalter Graf Potocki einem Attentat eines nationalpolitischen rufführenden Studenten zum Opfer gefallen. Und wie in Oesterreich, so auch anderwärts, so selbst in Deutschland. Wir erinnern nur an das Attentat, das der Böttchergeselle Kullmann im Jahre 1874 auf Bismarck als den Urheber des Kulturkampfgesetzes verübte. Auch damals suchte Bismarck das Zentrum für den Attentäter verantwortlich zu machen. Hatte doch Kullmann das Zentrum ausdrücklich als seine Partei bezeichnet und auf die Frage nach den Ursachen des Attentats geantwortet, er wollte Bismarck „wegen der Kirchenlese“ töten. Als damals Bismarck im Reichstag erklärte: „Ja, meine Herren vom Zentrum, verstoßen Sie den Mann, wie Sie wollen, er hängt sich doch an Ihre Rockschöße“, da antwortete ihm das „Bini!“ des Grafen Valkostrem. Und Windhorst erklärte:

„Ich bringe nun den Fall des unglücklichen Kullmann zur Sprache. Auf links: Unglücklich? Ja, jeder Verbrecher ist in meinen Augen ein Unglücklicher. Jedes menschliche Gefühl, jedes deutsche Herz muß die Tat verdammen, denn sie ist ein Schandfleck vor ganz Deutschland. Wenn in den schweren Kämpfen, die uns bewegen, mit solchen Waffen gekämpft wird, so sage ich, ist genug des Unglücks über Deutschland gekommen, aber die Tat mit bestimmten Parteien und Persönlichkeiten in Verbindung zu bringen, das geht entschieden zu weit. Kullmanns Tat war schändlich, schändlich aber auch das Verfahren der offiziellen Presse, und die Minister des Innern und der Justiz sind gegen diese Ausschreitungen nicht nur nicht eingeschritten, sondern sie haben im Gegenteil sofort ihre berüchtigten Kundschreiben erlassen.“

Und noch weniger als damals dem Zentrum, kann man diese Tat der österreichischen Sozialdemokratie anhängen. Der Attentäter war vor drei Tagen aus Sebenico in Dalmatien nach Wien gekommen. In dem entlegenen Städtchen existiert überhaupt keine sozialdemokratische Organisation, wie ja in ganz Dalmatien kaum Anfänge einer Parteibewegung vorhanden sind. Ein unglücklicher Zufall machte es überhaupt erst möglich, daß er eine Karte ins Parlament bekam.

Der exaltierte Burische, der den Rärm angerichtet hat — schlimmeres ist ja zum Glück nicht geschehen — kommt den bürgerlichen Parteien recht gelegen. Sie, die Schuldigen an der Teuerung und allen ihren Folgen glauben jetzt eine günstige Gelegenheit zu haben, die Aufmerksamkeit des Volkes von ihren Sünden abulenken. Es ist die alte Geschichte. Je unerträglich die Not, je größer die Erregung im Volke, desto begieriger suchen die Herrschenden eine Hege gegen die Sozialdemokratie, der Anklägerin und Feindin ihrer Ausbeutungsgelüste, zu inszenieren. Schuldig an dem Attentat sind allem diejenigen, welche die Not der österreichischen Bevölkerung bis zu einem Grade gesteigert haben, daß Unreife und Halbverrückte zu solchen Untaten sich verleiteten lassen.

Die Schuldigen möchten nun gerne die Ruhe nieder des Attentates werden. Aber der Rauch dieser Schüsse wird rasch verfliegen sein. Das Proletariat läßt sich in seinem Kampf gegen die Teuerung nicht beirren, weder durch die verbrecherische Dummheit eines einzelnen, noch durch die interessierte Lügenkampagne, die die Herrschenden jetzt gerne entfesseln möchten. Die Zeiten sind vorbei, wo solche Mittel verfangen haben. Das hungernde Volk von Oesterreich will Brot und Arbeit,

es durchschaut seine Feinde und weiß, daß es nur einen zuverlässigen und unerschütterlichen Freund hat, seine Partei, die Sozialdemokratie.

Der Krieg.

Das Bombardement von Tripolis und der türkischen Küstenforts, mit dem gestern und vorgestern die militärische Aktion Italiens auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz eingeleitet hat, ist eine Heldentat, die den Italienern zu übermächtiger nationaler Begeisterung wirklich keinen Anlaß gibt. Es war von vornherein klar, daß die schweren modernen und weittragenden Schiffsgeschütze des italienischen Geschwaders den weniger türkischen Positionsgeschützen alten Systems in den schwachen Küstenbefestigungen überlegen sein würden. Man konnte von vornherein annehmen, daß die Granaten der türkischen Artillerie weit vor den italienischen Panzern ins Wasser geklatzt sind und so ist es auch geschehen. Von einem Küstenschutze durch Seeminen, verankerte Torpedos usw. war sicher bei den Türken auch keine Rede. Die angekündigte Beschädigung des Hafens von Benghazi an der Nordküste der Cyrenaica wird noch weniger Schwierigkeiten machen. Die italienischen Nationalisten haben daher nicht die geringste Ursache, in ihrer Presse laute Siegeshymnen anzustimmen. Die Aktion der italienischen Flotte wird überhaupt absichtlich hinausgeschoben, um Zeit zu gewinnen, bis die Transportdampfer mit dem Expeditionskorps eingetroffen und die Truppen wirklich gelandet sind. Ob dann alles so glatt abgehen wird, wie die ruhmvolle Beschließung von Tripolis, ist noch fraglich.

Von sonst vorliegenden Meldungen verdienen nur wenige besonderer Erwähnung. Aus Konstantinopel wird berichtet, daß die türkische Flotte mit unbekanntem Ziel aus dem Dardanellen ausgelaufen sei. Italienische Schiffe kreuzen noch immer an der albanischen Küste. Ob wirklich neuerdings zwei türkische Torpedoboote an der Küste von Epirus in Grund gebohrt worden sind, ist unsicher. Dagegen tritt mit großer Bestimmtheit die Meldung auf, daß Griechenland die Mobilisierung begonnen habe.

Die Fortsetzung des Bombardements.

Rom, 5. Oktober. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Tripolis: Gestern vormittag wurde die Beschießung der äußeren Festungswerke fortgesetzt mit Ausnahme der in der Mitte gelegenen Werke, damit Schäden in der Stadt vermieden würden. Die Batterie Sultania und Hamidie wurden kampfunfähig gemacht. Nachdem das Schiff „Garibaldi“ in den Außenhafen eingelaufen war, wurde die Batterie Hamidie von zwei Offizieren durchsucht und geräumt vorgefunden. Die Verschlüsse der Kanonen waren herausgenommen. In der Batterie fand man drei Leichen.

Ein Kapitulationsangebot ist noch nicht erfolgt.

Truppenlandung.

Rom, 5. Oktober. (M. T. V.) „Giornale d'Italia“ erfährt aus bester Quelle, daß von den drei vor Tripolis liegenden italienischen Kreuzern viele Matrosen in Tripolis gelandet sind und sich an den Konsulaten und der christlichen Kirche verteilt haben, wo Vater Kofelti mit zwei Franziskanern, zwei Nonnen und drei Kranken zurückgeblieben war. Die Matrosen fanden in der Stadt, die verlassen scheint, keinen Widerstand und besahen unter Führung mehrerer Offiziere ein Fort, wo sie einige Leichen fanden.

Keine Vermittlungsaktion.

Konstantinopel, 4. Oktober. Der russische Botschafter hatte heute nachmittag eine Besprechung mit dem Großwesir, dem er, wie verlautet, die Antwort auf den Appell an die Mächte mitteilte. Nunmehr sind die Antworten aller Mächte eingetroffen. Im Ministerium des Äußeren verlautet, daß sie darin ähneln, daß im jetzigen Momente jede Vermittlung ausgeschlossen sei, zumal Italien sich hartnäckig weigere, auf eine Vermittlung vor der Oskupierung von Tripolis zu hören.

Verkundung des Seebeuterechts.

Rom, 4. Oktober. Das Amtsblatt veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Marineministeriums: Da vonseiten der Türkei kein Akt erfolgt ist, aus dem die Absicht hervorgeht, die italienischen Handelsschiffe während der Feindseligkeiten von der Seegrabung oder Raperung auszuschließen, im Gegenteil die Türkei als erste Akte der Raperung gegenüber der italienischen Handelsmarine ausgeübt hat, behält sich die italienische Regierung, indem sie von dem ihr nach Artikel 21 des Handelsvertrags zustehenden Recht Gebrauch macht, vor, türkische Handelsschiffe wegzunehmen und zu kapern. Gemäß Artikel 216 des Handelsvertrags gibt die italienische Regierung ferner bekannt, daß als Kriegskonterbande von ihr angesehen werden Kanonen, Flinten, Gewehre, Revolver, Pistolen, Säbel sowie andere Schuß- und Traggewehre jeder Art, ferner Kriegsmunition, Militärmaterial jeder Art und im allgemeinen alles, was ohne Verarbeitigung zur unmittelbaren See- und Landrüstung dienen kann.

Eine schmählische Komödie.

Paris, 4. Oktober. In der Sitzung der Interparlamentarischen Union wurde heute ein Beschlusantrag angenommen, in welchem das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß in dem Konflikt zwischen Italien und der Türkei der Geist des Friedens, der die beiden Kongresse im Haag beherrschte, so wenig Rechnung getragen worden sei, und daß die Schnelligkeit, mit der die Kriegserklärung erfolgt sei, die Möglichkeit einer Verständigung oder Vermittlung verhindert habe. Es wird ferner die Hoffnung ausgesprochen, daß ein internationales Vorgehen im Sinne der Haager Konvention eine schnelle Wiederherstellung des Friedens herbeiführen möge. Die italienischen Delegierten entschieden sich der Abstimmung.

Das Verhalten gegen die Italiener.

Saloniki, 5. Oktober. Die Regierung hat dem heftigen Drängen der hiesigen leitenden Kreise, scharfe Maßregeln gegen die Italiener zu ergreifen, bisher nicht nachgegeben.

Auf dem hiesigen Markte ist einige Verunreinigung eingetreten. Das Komitee legt inzwischen seine Bemühungen zur Einschränkung von Freiwilligen und ihrer Vorbereitung für den Waffendienst fort.

Banditenpolitik.

Karl Lautsky schreibt in der „Neuen Zeit“: Was vor einer Woche noch niemand für möglich gehalten hätte, ist soeben eingetreten — ein räuberischer Überfall einer europäischen Macht gegen eine andere, ein türkischer Banditenüberfall, wie ihn die Weltgeschichte zwischen zivilisierten Nationen noch nicht gesehen hat. Wohl stellt die Geschichte eine ununterbrochene Kette von Verwüstungen des Schwächeren durch den Stärkeren dar, aber in der Regel glaubt dabei die stärkere Regierung dem eigenen Volke ebenso wie dem gegnerischen so viel Rücksicht schuldig zu sein, daß sie auf beiden Seiten den Anstoß zu erwecken sucht,

sie handle unter dem Druck einer gebieterischen Notwendigkeit. Sie rückt im Lande des Schwächeren ein, entweder unter dem Vorwand, Anruhen zu dämpfen — die sie meist selbst hervorgerufen —, oder um Rechtsansprüche geltend zu machen, die sich auf alte, oft recht zweifelhafte Verträge stützen. Es war Heuchelei, aber wie die Heuchelei im allgemeinen ein Kompliment an die Tugend ist, so bedeutet jene besondere Heuchelei eine Verbeugung der Respektierung vor den Völkern, die Anerkennung, daß deren Zustimmung noch etwas gelte.

Wie ist es möglich geworden, daß heute, im Zeitalter der Demokratie, in einem konstitutionellen Lande eine Regierung glaubt, einer Heuchelei entraten zu können, die selbst so absolute Monarchen wie Ludwig XIV. und Friedrich II. für notwendig gehalten hatten? Auch der absolute Zar Alexander II. hatte sich bei dem letzten großen Kriege gegen die Türkei noch gedrängt gesehen, seine Eroberungsgelüste hinter der angeblichen Notwendigkeit zu verbergen, das Slawentum und Christentum vor Vergewaltigung zu schützen. Waren doch tatsächlich in Bulgarien furchtbare Massaker an slawischen Christen von Mohammedanern verübt worden.

Heute, ein Menschenalter demokratischer Entwicklung später, überfällt Italien ohne den leisesten Vorwand die Türkei. Welch ein Fortschritt! Aber freilich, dies Menschenalter ist eines der Erziehung unserer Staatsmänner durch die Kolonialpolitik.

Wir entziehen uns heute über die Barbarei des Mittelalters und des Zeitalters der Entdeckungen und der Reformation, die Treu und Glauben bloß für den Verkehr mit Angehörigen der gleichen Religion forderten, aber tatsächlich handeln wir nach ähnlichen Grundgesetzen. Das Völkerrecht gilt bloß im Verkehr der modernen Staaten untereinander, was außerhalb dieses Kreises steht, wird als völlig rechtlos angesehen, ist jeder Willkür preisgegeben.

Die ganze Kolonialpolitik beruht auf der Auffassung und ist ohne sie unmöglich, daß die Bewohner der nicht kapitalistischen Länder nicht Menschen sind wie wir, nicht Menschenrechte besitzen, sondern tierferstehende Wesen sind wie das liebe Vieh. Humane Kolonialpolitiker unterscheiden sich von den ordinären nur dadurch, daß sie verlangen, dies Menschenvieh solle gut gehalten werden, wie ja Tierzuchtvereine das gleiche für Pferde und Hunde fordern. Aber dies philanthropische Interesse erweist sich überall machtlos, wo es nicht mit dem Interesse des Profits zusammenfällt.

Die Kolonialpolitik zeitigt Brutalität und Gleichgültigkeit für Menschenleben, Gleichgültigkeit für jene Moral und jenes Recht, die zwischen zivilisierten Völkern herrschen, ja überhaupt zwischen Menschen, die einander als gleiche und freie gegenüberstehen. Und diese Robeit und Rücksichtslosigkeit zeitigt die Kolonialpolitik nicht nur in jenen, die sie tatsächlich machen, sondern auch schon in jenen, die sie machen möchten, um sich durch sie zu bereichern.

Wisher trat diese Gemeinheit der Denkweise nur dort zutage, wo europäische Mächte mit Kolonialländern zu tun bekamen. Jetzt zum erstenmal in der Geschichte macht sie sich geltend in dem Verhältnis einer starken europäischen Macht gegenüber einer schwächeren.

Aber es ist nicht bloß die Kolonialpolitik, was die Tendenz zu wachsender Robeit und Skrupellosigkeit in den leitenden Kreisen unserer Staaten erzeugt. In gleicher Richtung wirkt das Bündnis zwischen dem Militarismus und dem Finanzkapital.

Der Militarismus erzeugt notwendigerweise völlige Gleichgültigkeit gegen Menschenleben. Jede Rücksichtnahme auf die Menschen, die nicht durch die Zwecke des Krieges selbst geboten ist, erschwert den Sieg. Aber die Rücksichtnahme auf Menschenleben, die durch Zwecke des Krieges geboten ist, wechelt mit dem Wechsel der Kriegstechnik. Im 18. Jahrhundert war es sehr schwer, ausgebildete Soldaten zu erziehen. Deren Gewinnung und Ausbildung kostete viele Mühe. So grausam damals die Soldaten meist behandelt wurden, ihr Leben setzte man nicht leicht aufs Spiel. Man vermied Schlachten, wo man es konnte, und suchte den Feind lieber durch listige Manöver zum Rückzug zu veranlassen.

Die französische Revolution und ihr Erbe Napoleon wälzten sowohl die Taktik wie die Rekrutierung der Soldaten um. Sie erzielten ihre Siege durch die Massenhaftigkeit des Menschenmaterials, das sie in den Krieg sandten, und durch die Rücksichtslosigkeit, mit der sie es opferten.

Die Entwicklung der Verlehrs- und Waffentechnik hat diese Tendenz seitdem immer mehr verstärkt. Sie steigert die Massen, die den Heerführern zu Gebote stehen, steigert die Zerstörungen der Massen durch die Mittel der Vernichtung, steigert die Rücksichtslosigkeit, mit der man die Massen hüben wie drüben der Vernichtung preisgeben muß, soll man über die Vernichtungsmittel des Feindes obliegen.

Der Russisch-Japanische Krieg hat uns schon in grauenvollster Weise die moderne Taktik an der Arbeit gezeigt. Seitdem sind die Mittel der Vernichtung und die Rücksichtslosigkeit in ihrer Anwendung und in dem Aufopfern von Menschenleben bei ihrer Befähigung noch weiter gewachsen.

Und diese Menschenleben sind nicht mehr, wie im 18. Jahrhundert, im wesentlichen nur Lumpenproletariat, nein, es ist die Jugend des gesamten Volkes. Der moderne Militarismus drängt zu völliger Gleichgültigkeit gegen die wertvollsten Menschenleben der ganzen Nation — das ist eine der Bedingungen seiner Leistungsfähigkeit.

Das muß ebenfalls auf die modernen Staatsmänner zurückwirken. In gleicher Richtung macht sich aber auch das Finanzkapital geltend.

Der kapitalistische Einzelunternehmer von ehedem leitete seinen Betrieb selbst. Er stand in persönlichen Beziehungen zu seinen Arbeitern. Man mußte schon eine sehr verhärtete Natur sein, wenn diese Beziehung von Mensch zu Mensch nicht mildernd auf die kapitalistische Habgier wirkte. Dieses persönliche Verhältnis zwischen dem Besitzer des Unternehmens und dem Arbeiter ist ausgeschaltet in der Aktiengesellschaft, oder vielmehr für den Besitzer von Aktien, der sie heute erwirbt und morgen wieder verkauft, den nur eines an ihnen interessiert, ihr Kurs und ihre Dividende; dem die Produktionsprozesse, aus denen der Gewinn fließt, völlig gleichgültig, vielfach völlig unbekannt sind. Hier entwickelt das Kapital, die ganze Brutalität, die in seinem Willen enthalten ist, ohne jegliche Wahrung.

Je mehr sich die Form des Aktienwesens und seine Beherrschung durch die großen Banken entwickelt, desto internationaler wird aber auch das Finanzkapital, desto mehr seiner Unternehmungen gehen in Gegenden mit rüchständigen, schulpösen Arbeitern vor sich, desto mehr gewöhnt es sich an deren Brutalisierung, desto gleichgültiger wird es gegen Menschenleben.

Seit jeder Fall der Wucherer als das Prototyp der Gemeinheit und Rücksichtslosigkeit. Das moderne Finanzkapital reproduziert den alten Wucherer in riesenhaftem Maßstab.

So wirken die drei großen Faktoren, die für die jüngste Phase des Kapitalismus, die imperialistische, bestimmend sind, dahin, jene Denkweise zu erzeugen, die jetzt in dem italienischen Abenteuer so auffallend zutage tritt.

Trotzdem hat dessen unerhörte Schamlosigkeit überrascht. Denn wie das Kapital naturgemäß seinen Gegenpol erzeugt, das Proletariat, so erzeugt auch jede Tendenz des Kapitalismus notwendigerweise ihre Gegenteilendenz. Ohne deren Betrachtung bleibt das Bild unvollständig.

Die Tendenz, die wir eben geschildert, entspringen aus dem Wesen des heutigen Kapitalismus und sind in allen modernen Staaten zu finden. Trotzdem gilt in der Regel dort noch keineswegs die jenen Tendenzen entsprechende Denkweise als selbstverständlich. Sie herrscht, aber sie magt sich nicht offen hervor. Wie kommt es, daß sie jetzt gerade in Italien so unüberhüllt ans Tageslicht treten durfte, das doch nicht der ökonomisch höchst entwickelte Staat ist?

Wir finden dafür nur eine Erklärung: die Gegenentendungen, die es in den modernen Staaten hindern, daß die Denkweise des Finanzkapitals, des Militarismus, der Kolonialpolitik sich unge-

achtet breit macht, sind in Italien ausnahmsweise schwach, was zusammenhängt mit der Schwäche seines Proletariats.

Die Denkweise des Proletariats ist das gerade Gegenteil der eben dargestellten. Jeder Ausbeuter muß andere Menschen als Mittel für seine Zwecke betrachten. Diese Anschauung ist mit der kapitalistischen Ordnung naturgemäß verbunden, und kein künftiger kategorischer Imperativ kann daran etwas ändern. Das Proletariat dagegen, als ausgebeutete Klasse, als natürlicher Feind jeder Ausbeutung, muß sich mit aller Macht gegen jede Institution auflehnen, die Menschen als Mittel für die Zwecke anderer Menschen gebraucht. Das Menschenleben ist ihm heilig, der Krieg zu Zwecken von Ausbeutern erscheint ihm als das abscheulichste Verbrechen.

Auch im Bürgertum herrscht zeitweise große Friedensliebe, aber es ist vorwiegend Friedensliebe aus Furcht, aus Angst vor jedem scharfen Konflikt. Es wird sich nie in einen energischen Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahr einlassen.

Die ethische Kraft dazu besitzt nur das Proletariat. Von seiner politischen und ökonomischen Kraft hängt es ab, wie weit sein ethisches Empfinden den Krieg wirklich zu verhindern vermag. Bisher ist ihm das in hohem Maße gelungen. Wohl drängen die Bedürfnisse des modernen Kapitalismus überall nach kolonialer Erweiterung und vermehrten Seerüstungen, wohl ist die notwendige Folge dieser Entwicklung der Krieg, aber man durfte bisher annehmen, die Regierungen würden ihn möglichst weit hinausschieben. Sie riskierten zu viel dabei. Man durfte erwarten, eine europäische Regierung mit gesundem Verstand würde das furchtbare Wagnis eines Krieges nur noch dann auf sich nehmen, wenn sie in eine Zwangslage geraten sei, in der ihr bloß die Wahl bleibe zwischen Krieg und Bankrott.

Heute aber sehen wir, daß Italien den Krieg erklärt ohne jede Notwendigkeit, ohne jede Veranlassung, ja ohne jeden Vorwand, in der leichtfertigen Weise, trotz der Gefahren der Situation, die es selbst dadurch anerkennt, daß es gleichzeitig nicht bloß gegen die Türkei, sondern auch gegen Oesterreich rüstet.

Diese Wendung der äußeren Politik wird nur begreiflich, wenn man die gegenwärtige innere Lage Italiens betrachtet. Seit langem war der italienische Sozialismus nicht so schwach, so gescheitert, so kampfunfähig wie jetzt. Das ist eine Situation, wie sie in keinem anderen Lande Europas besteht. Überall sonst ist das selbständig kämpfende Proletariat in raschem Gelingen, sind Sozialdemokratie und Gewerkschaften in lebhaftem Vorbringen begriffen.

Die Beunruhigung Europas durch die Marokkofrage sowie die Schwächung der Türkei durch die Aufstände in Albanien und Arabien trafen zusammen mit der Hofflosigkeit der politischen Leiter des italienischen Proletariats gegenüber der Regierung und mit seiner politischen und ökonomischen Desorganisation. Ein so günstiger Moment kam nicht so leicht wieder, er mußte ausgenutzt werden.

Das Proletariat ist aber an sich schon unter allen Umständen so kriegsfeindlich, daß zu befürchten war, es würde trotz des Versagens seiner Führer und seiner Organisationen sich energisch dem Krieg widersetzen, wenn man ihm Zeit ließ, sich zu besinnen. Es hieß daher, das eigene Volk überzumpehlen, es in den Krieg hineinzuführen, ohne daß es recht merkte, was geschah.

Der Landstreich der italienischen Regierung, der menschenleer über alles auf einen ahnungslosen Wanderer, richtete sich mehr noch gegen das eigene Volk als gegen die Türkei. Dem „inneren Feind“ gegenüber gilt ja bekanntlich das Völkerrecht, gelten Treu und Glauben noch weit weniger als gegenüber Wilden und Barbaren.

Nun ist der Brand ausgebrochen. Nun müssen die Proletarier aller anderen Länder mit verdoppelter Kraft dahin wirken, daß er nicht weiter greift. Das Beispiel Italiens zeigt deutlich, daß das Proletariat die einzige Stütze des Friedens bildet, daß alle anderen Volksklassen sich im entscheidenden Moment von einer Regierung, die den Krieg will, fortziehen lassen. Es zeigt aber auch deutlich, daß das Proletariat selbst nur dort den Frieden zu sichern vermag, wo es geschlossen dasteht und seine revolutionäre Gesinnung machtvoll befehdet.

Der Kampf gegen den Krieg wird nun unsere wichtigste Aufgabe. Eben erst hat die Sitzung des internationalen Bureaus gezeigt, daß die sozialistischen Parteien aller Länder entschlossen sind, alle Mittel aufzubringen, über die sie verfügen, um die Völker davor zu bewahren, daß die Kriegsfurie sie ergreife. Und die Verhandlungen von Jena haben bewiesen, daß wir alle den jetzigen Kriegsgefahren gegenüber einmütig zusammenstehen, welches auch unsere sonstigen Differenzen sein mögen. Diese Differenzen zurückzustellen, wird jetzt unsere erste Pflicht. Ebenso dringend notwendig aber wird es nun, daß alle unsere Organe jede Möglichkeit und jede Gelegenheit benutzen, den Massen zu zeigen, daß es kein Interesse geben kann, das größer wäre als die Erhaltung des Friedens, daß keine positive Arbeit jetzt mühsamer wirkt als die Arbeit an der Bewahrung des Friedens, und daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die diese politische aller Arbeiten leistet, weil sie die einzige ist, die dem Kapitalismus und Imperialismus Todfeindschaft geschworen hat.

Unter Hungerrevolten und dem Donnern der Kanonen bei den Nachbarn beginnt diesmal unser Wahlkampf. Wir werden ihn führen müssen im Kampfe um den Frieden. Er kann sich über Nacht gestalten zu einem Kampfe um die Macht.

Die Marokkoverhandlungen.

Ueber die Marokkoverhandlungen besagt eine halbamtliche Meldung aus Paris:

Das Ministerium des Auswärtigen beobachtet die größte Zurückhaltung über das Ergebnis der letzten Unterredung zwischen dem Botschafter Cambon und dem Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter und den Stand der Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland. Ebenso ist keine Mitteilung erfolgt über den Ausgang des Ministerials, der sich heute vormittag mit den auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt hat. Die Verschiebung des nächsten ursprünglich auf morgen angelegten Ministerrats auf Sonnabend erweckt die Vermutung, daß eine neue Unterredung zwischen dem Botschafter Cambon und dem Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter für notwendig gehalten wird, um eine Uebereinkunft über die letzten strittigen Punkte herbeizuführen. Man wird also erst am Sonnabend wissen, ob alle die kleinen Schwierigkeiten des ersten Teiles der Verhandlungen endgültig ausgeglichen worden sind.

Also noch immer kein Resultat!

Das deutsch-französische Abkommen und die sozialistische Parlamentaristik.

Paris, 4. Oktober. (Eig. Ber.) In der „Humanité“ kommt heute Genosse Sembat auf das Verhalten der sozialistischen Deputierten gegenüber dem bevorstehenden deutsch-französischen Abkommen zu sprechen. Er führt aus, daß das Parlament nicht daran denken werde, daß so mühevoll zustande gebrachte Projekt zu Falle zu bringen. Caillaux aber wolle es zu einem persönlichen Triumph benützen und rechne dabei auf die Sozialisten, die den Chauvinisten und ihrer sentimentalischen Demagogie entgegenzutreten würden. Und in der Tat, darin täusche er sich nicht. Die Sozialisten müßten wohl, daß sich hinter der Caillauxschen Friedenspolitik genug ansehbares verberge und sie seien entschlossen, die materielle und moralische Bilanz des Geschäftes zu ziehen. Aber vor allem anderen und mehr als alles andere wollen wir den Frieden und es ist unser

heißer Wunsch, daß jede Spannung, jede Verstimmung zwischen Frankreich und Deutschland sobald wie möglich ein Ende nehme. Wir werden für die Ratifikation des Vertrages, den Gailung auskocht, stimmen, weil es ein Friedensvertrag ist."

Diese Erklärung Sembats ist darum von besonderem Interesse, weil sie die erste Äußerung eines sozialistischen Parlamentariers über die von den Vertretern der Arbeiterklasse zu beobachtende Taktik in dieser so schwierigen Frage ist, wo die so bringenden Interessen des Friedens zwischen Frankreich und Deutschland in Folge der vom Kapitalismus dirigierte Diplomatie in Widerspruch mit dem Prinzip der Bekämpfung der imperialistischen Raubpolitik geraten. Wenn die nationalistiche Demagogie dem Kongress abkommen Schwierigkeiten macht, wäre sogar der Fall denkbar, daß die sozialistische Fraktion vor das bittere Dilemma gestellt würde, die Entscheidung — sei es für die Aufteilung des afrikanischen Raubes —, sei es für die Erneuerung der Krise und für die Verstärkung der Kriegsgefahr — herbeizuführen.

Es zeigt sich hier wiederum, daß die internationalen Probleme innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Politik der Arbeiterklasse vor Komplikationen stellen, die prinzipielle Klarheit ebenso wie taktische Schlagfertigkeit fordern. Wie Sembat treffend hervorhebt, müssen die Sozialisten die Bilanz der kapitalistischen Weltpolitik ziehen. Nur muß es eben ihre Bilanz sein und darf nicht mit Worten des kapitalistischen Interessenkampfes operieren, wie dies z. B. im Gegensatz zu Sembat der schon charakterisierte Finanzartiller „Hörs" tut, der in derselben Nummer der „Humanität" gegen die französischen Großbanken die Anklage des Vaterlandsverrats erhebt, weil sie durch Vorstöße an die deutsche Finanz am Monatsende eine neue Krise verhindert haben. Es ließe sich immerhin für Sozialisten eine klarere Politik denken, als diejenige, die zwischen einem ideologischen „Antipatriotismus" und der hehren Pflicht schwankt, die Volkswirtschaft des Nachbarlandes, an der ja auch seine Arbeiter einigermaßen beteiligt sind, nach Kräften zu erschüttern.

Eine Marokkointerpellation in Oesterreich.

Wien, 5. Oktober. In der heutigen Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Deutsche Nationalverband eine Interpellation an den Ministerpräsidenten ein wegen des dem englischen Botschafter Cartwright zugeschriebenen Marokko-Interviews in der Neuen Freien Presse. Die Interpellanten fragen, warum der Minister des Äußeren nicht eine energische Zurückweisung des Artikels veranlaßt habe, der von Herabsetzungen des verbündeten Deutschen Reiches spricht und sogar direkte Angriffe gegen den Deutschen Kaiser enthält. Die Interpellanten wünschen, der Minister des Äußeren möge den englischen Botschafter in geeigneter Weise darauf aufmerksam machen, daß Wien nicht der Ort sei, von dem aus eine dem verbündeten Deutschen Reich feindselige Politik betrieben werden dürfe.

Der Ministerpräsident antwortete: Namens der Regierung muß ich dem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der Vertreter einer befreundeten Macht hier zum Gegenstand von Angriffen und Erörterungen gemacht wurde. Durch die in Rede stehende Angelegenheit sind weder innere noch äußere Verhältnisse der Monarchie berührt; die Regierung ist infolgedessen nicht in der Lage, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen oder weiteres zu veranlassen.

Zur Lebensmittelteuerung.

Abwehr der Lebensmittelteuerung in Mannheim.

Am 3. Oktober verhandelte der Bürgerausschuß von Mannheim eine von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Interpellation zur Lebensmittelteuerung. In seiner Beantwortung machte der Oberbürgermeister Martin Wittenberg über die vom Stadtrat eingeleiteten Maßnahmen. Die Stadt wird Kartoffeln im großen einkaufen. Zur Erleichterung des Warenverkehrs wird ein Weichtraut- und Kartoffelaufrufmarkt geschaffen, für welchen keine städtischen Gebühren erhoben werden sollen. In ähnlicher Weise wird die Versorgung der Bevölkerung mit Seefischen in die Wege geleitet. Kondensierte Milch will die Stadt in eigener Regie in einer städtischen Verkaufsstelle und auf den Wochenmärkten zum Verkauf bringen. — Versuchsweise wird auch ein gebührenfreier Markt zum Vertrieb von Lebensmitteln aller Art eingerichtet, um festzustellen, ob diese Einrichtung auf die Preisgestaltung von Einfluß sein wird. — Bezüglich der Fleischteuerung sind bereits Eingaben an die badische Regierung gemacht worden. In gleicher Weise soll die Reichsregierung um Öffnung der Grenzen für argentinisches Fleisch ersucht werden. Zur Bekämpfung der Milchnot wird die Gründung einer gemeinlichen Milchzentrale vorbereitet. Bis dieses Werk errichtet ist, wird vorerst mit Hilfe des landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes eine kleine Milchzentrale geschaffen. Die Stadt wird sich an der Einrichtung mit 5000 M. beteiligen.

Die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion wurde vom Genossen Lehmann begründet, der sich hierbei scharf gegen die Mannheimer Handelskammer wandte, welche in ihren Publikationen darauf verwies, daß in diesem Sommer der Fleischkonsum stieg und daraus die Schlussfolgerung ableitete, die Lebenshaltung der Arbeiter habe sich gehoben. Dabei aber ließ sie die Tatsache außer acht, daß infolge der Dürre Gemüse und Kartoffeln im Preise oft bis zu 100 Proz. gestiegen waren und daß verschiedene Gemüsearten überhaupt nicht mehr auf den Markt kamen. Die Folge davon war natürlich eine Steigerung des Fleischkonsums, an der aber nur das kaufkräftige Publikum beteiligt ist.

Kommunalfreihand und Teuerung.

In einer mehrstündigen Debatte beschäftigte sich das Mannheimer Gemeindefolge mit einigen Anträgen zur Abhilfe der Teuerung. Der Magistrat hatte geglaubt, seine Pflicht vollstet getan haben, wenn er bei der Regierung um Aufhebung der Zölle, Grenzöffnung usw. petitionierte. Als einzige praktische Maßregel der Gemeinde selbst erschien ihm die Auslösung von 3000 M. für den Einkauf von Kartoffeln. Alle weitergehenden sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt. Im Gemeindefolge stellten darauf unsere Genossen erneut Anträge, Vorkehrungen für die Fleischversorgung durch die Stadt zu treffen, insbesondere für den Fall der Zulassung von Geflügelfleisch den Verkauf durch die Stadt zu übernehmen, ferner einen städtischen Seefischmarkt einzurichten, auf dem der Verkauf ebenfalls durch die Stadt zum Selbstkostenpreise erfolge. Endlich wurde gefordert, den Beitrag für den Kartoffelkauf auf 10 000 M. zu erhöhen.

Ueber diese Anträge entspann sich eine endlose Redebeschäftigung, die sich besonders dadurch in die Länge zog, daß die beiden dem Kollegium angehörigen Fleischermeister die geforderten Maßnahmen in der erbittertesten Weise bekämpften: eine Vertretung persönlicher Interessen, die weder von ihnen selbst, noch von ihren freisinnigen Parteifreunden als ungebührig empfunden wurde. Im Verlaufe der Diskussion kamen die beiden jedoch arg ins Gedränge, denn es

wurde ihnen nachgemessen, daß auch sie den Nothstand zu ihrer eigenen Bereicherung trefflich auszunutzen verstanden hätten.

Die ganze freisinnige Korona erklärte sich schließlich entschieden gegen jeden derartigen Fleischverkauf durch die Stadt, der ihnen der erste Schritt in den Zukunftsstaat dünkte. Heuchlerisch rieten sie der Arbeiterschaft, sie sollten sich dadurch selbst helfen, daß der Konsumverein eine Schlächterei errichte. Wenn er dazu kein Geld habe, solle er die reichen Gewerkschaftskassen heranziehen. Es wurde ihnen erwidert, daß die Arbeiter ihre Gewerkschaftsbeiträge nicht zahlen, um dem Rathausstreifen soziale Lasten abzunehmen, sondern um sich gegen Übergriffe liberaler Unternehmer zu wehren.

Selbstverständlich wurden die Anträge abgelehnt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 5. Oktober 1911.

Die Wassermannsche Wahlparole.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" veröffentlichten einen Artikel Wassermanns: „Die Nationalliberalen vor dem Wahlkampf", in dem er sich mißfällig über die Absicht der Regierung äußert, den Reichstag bis zum äußersten Termin vor den Wahlen zusammenzubehalten. „Es sei eine sonderbare Lage, wenn die Regierung hoffe, daß das sterbende Parlament noch eine Reihe wichtiger Gesetze verabschieden werde. Die Regierung werde sich, wie so manches Mal schon, auch diesmal irren und Enttäuschungen erleben; habe doch so manche Hoffnung sich als eitel erwiesen. Dann heißt es:

Man war in den leitenden Kreisen der Ansicht, daß die Zeit versöhnend auf die bürgerlichen Parteien wirken und die Erörterungen über die unglückliche Reichsfinanzreform ausbleiben werde. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Reichsfinanzreform wird nach wie vor in jeder Volksversammlung traktiert, und wie dies jedem erfahrenen Politiker von vornherein klar war: je länger die Wahlen hinausgeschoben werden, um so härter geraten die Organisationen der bürgerlichen Parteien in den Wahlkreisen aneinander. Dafür sorgen die gekulten Organe der kämpfenden Parteien. Es wäre wohl gut, nun bald ein Ende zu machen und das Volk entscheiden zu lassen. Oder glaubt man durch ein Telephonverteuerungsgezeß oder durch eine Strafprozessordnungsreform, die die Rechte der Angeklagten einschränkt, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun? Eine sonderbare politische Logik, die sich aus der Fülle der Gesetzesparagrafen staatsbehaltende Wirkung verpricht! Wenn erst bei der Strafprozessordnung der Kampf darüber entbrannt, ob der Umfang der Beweisnahme in das Ermessen des Richters gestellt werden soll, oder ob es das Recht des Angeklagten bleiben muß, daß alle seine Zeugen gehört werden, dann wird man erkennen, welcher agitatorische Stoff damit in die öffentliche Diskussion geworfen wird, und wie sich die Gemüter in dieser wichtigsten Frage des Strafprozesses erhitzen werden, von deren Entscheidung in Tausenden von Fällen ein richtiges Urteil oder ein Fehlurteil, vielleicht ein Justizmord abhängt. . .

Das gab dem neuen Stoff zu Wählreden für die Sozialdemokratie, der schon ohnehin zur Genüge vorhanden ist. Die Frage der Strafprozessordnungsreform kann nur in Verbindung mit der Reform des Strafrechts gelöst werden, und dann großzügiger als dies heute versucht wird. Was an Zeit noch übrig bleibt, müßte der Privatbeamtenversicherung gehören. Das ist ein Gezeß, auf das viele Tausende seit Jahren warten. Wird die Verabschiedung dadurch, daß andere Gezeße, wie beispielsweise die Strafprozessordnung, sich hindernd in den Vordergrund stellen, unmöglich, dann muß mit einem weiteren Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und Zuzug aus Privatbeamtenkreisen gerechnet werden. Für die Kommissionsberatungen des Privatbeamtenengesetzes muß vor allem die nötige Zeit geschaffen werden.

Die schwere Mißstimmung, die unter dem neuen Kurs von Tage zu Tage wächst, macht die Berechnung für die Wahlen äußerst unsicher. Die Düsseldorf Wahl zeigt, wie die sozialdemokratischen Wählermassen answachsen: das sind die Wähler, welche die kluge Politik des Fürsten Bülow den sozialdemokratischen Führern nützlich machte, und die heute zu ihnen zurückkehren und der Sozialdemokratie den Sieg bringen. Kein Wunder, wenn der sozialdemokratische Wahlaufruf von den glänzenden Ausfichten der Sozialdemokratie spricht. Der neue Kurs hat nun einmal kein Glück. Lebensmittelteuerung und Raslosigkeit in bezug auf die Erleichterung der Lage verbessern die Ausfichten der Sozialdemokratie.

Trotzdem betont Wassermann die Notwendigkeit verstärkter Flotten- und Heeresrüstung. Schon die letzte Militärvorlage habe nicht nur in der Armee, sondern auch im Volke (?) nicht befriedigt, und selbst in den „besten nationalen Kreisen" Bestimmung erzeugt. Ebenso hapere es mit der auswärtigen Politik. Die nationalliberale Partei würde sich deshalb die besten Elemente im eigenen Lager entfremden, wenn sie einer rückhaltlosen Kritik der gegenwärtigen auswärtigen Politik einfliegen wollte. Was das bedeutet, begreift jeder, der da weiß, von wem die Herren Nationalliberalen ausgehalten werden.

Dennoch glaubt Herr Wassermann auf „bessere Zeiten" für seine Partei rechnen zu dürfen:

„Die nationalliberale Partei ist weder radikal noch gubernamental, sie ist eine Partei der mittleren Linie, die sich weder an agitatorischen Schlagworten berauscht, noch schwächlicher Anlehnung an ein verhängliches Schicksal bedarf, sondern ausschließlich sich durch ihre nationalen und liberalen Anschauungen leiten läßt. Eine Verwirrung ohne gleichen hat die Ablehnung der Erbschaftsteuer im Lande angerichtet. Das Volk wird in den Wahlen zum Reichstag rufen. Möge es ein gerechtes Urteil fällen. Wenn der Liberalismus gestärkt aus der Urne hervorgeht, werden bessere Zeiten für das Vaterland anbrechen. Die nationalliberale Partei wird ihre Schuldigkeit tun."

Schließlich gibt Herr Wassermann folgende Wahlparole aus:

„Heute, wo der Liberalismus dem Ansturm von radikaler und reaktionärer Seite ausgesetzt ist, folgt die Parteileitung einem Gebote der Selbsthaltung, wenn sie, wo nicht, wo dies in einzelnen Provinzen der Fall ist, historische Entwicklungen dem entgegensteht, die taktische Verbindung mit dem Freisinn empfiehlt. Dabei denkt die nationalliberale Partei nicht daran, ihre Anschauungen zu wechseln. Sie wird weder den Spuren des Zentrums folgend, Wandnisse mit der Sozialdemokratie abschließen, noch wird sie eine Großpolitik inaukurieren; sie wird auch von ihren bewährten Grundfäden der Notwendigkeit des Schutzes der nationalen Arbeit nicht abweichen und Hand in Hand mit dem vortrefflichen Bauernbund unseres bewährten Vorkämpfers die Werte der Sozialdemokratie, aber eine richtige Bauernpolitik treiben. Was an uns liegt, daß weder Radikalismus noch Reaktion zum Siege kommen, soll geschehen."

Also Kampf gegen rechts und links! Praktisch wird der nationalliberale Wahlkampf jedoch sicherlich fast ausschließlich gegen die

Sozialdemokratie geführt werden. Von den Vertretern des Panzerplattenkapitals etwas Selbstverständliches.

Wenn zwei sich streiten . . .

Vor etwa 14 Tagen fand in Halberstadt eine konservative Versammlung statt, in der die konservativen Redner mit kräftigen Worten gegen die Nationalliberalen vom Leder zogen. Dessen ungeachtet gab der nationalliberale Landtagsabgeordnete Bösch in der Diskussion die Erklärung ab, daß die Nationalliberalen im Falle einer Stichwahl zwischen Konservativen und Sozialdemokraten für den Konservativen eintreten würden. Die Konservativen nahmen diese Erklärung nicht etwa mit Dank entgegen, sondern der Vorsitzende der Versammlung, ein Herr v. Gustedt, antwortete auf die Ausführungen des Herrn Bösch: „Was wir Konservativen in anderen Fällen tun werden, ist uns eine Cura Posterior" (das heißt eine Sache, über die man sich jetzt noch nicht den Kopf zerbricht).

Ob solcher Behandlung herrsche in den Kreisen der Nationalliberalen helle Empörung, und so beriefen sie ihrerseits ebenfalls eine Versammlung nach Halberstadt ein, um die konservativen Angriffe und Annahmen zurückzuweisen. Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Deesen, sprach von der „gehässigen, unmaßlichen und unwahren Kampfesweise der Konservativen". Dann kam als Hauptredner der nationalliberale Landtagsabgeordnete Minna, der wieder im Wahlkreise Halberstadt-Bernigerode kandidiert, zum Wort. Er fing die Sache anders an. Zwar hatte er auch einige verurteilende Worte zur Hand über das Auftreten des konservativen Generalsekretärs Runge, aber — das konservativen Reichstagskandidaten ruhige und sachliche Art sei, meinte er, zu räumen. An dem Zerwürfnis zwischen Konservativen und Nationalliberalen trage auch die — nationalliberale Presse große Schuld, denn sie habe gegen die Konservativen viel zu scharf geschrieben! Kam man — nationalliberaler sein? Selbstverständlich schloß der Herr Abgeordnete mit dem Wunsche, daß sich die nationalliberale und die konservative Partei noch finden möchten im gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

Ein wertvolles Geständnis, das der nationalliberale Herr in seiner Rede machte, müssen wir noch hervorheben. Er verbreitete sich über die Getreidepreise und bemerkte dabei wörtlich: „Denn, was der kleine Landwirt durch Pölle gewinnt, geht allein durch den Brotverbrauch in seiner Familie wieder verloren!" Haben das nicht auch immer die Sozialdemokraten behauptet?

In der nationalliberalen Versammlung trat auch ein Mittelständler auf, der Malermeister Schulte vom Vorstand des Bundes der Handwerker. Er wandte sich in heftigen Worten gegen die nationalliberale Partei und stellte namens des Bundes der Handwerker im Falle einer Stichwahl zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten Wahlenthaltung in Aussicht.

Zum Schluß hob es noch eine sehr interessante Entfaltung. Die nationalliberalen Redner hatten in ihren Ausführungen auch die Wahlrechtsfrage gestreift. Dieser Umstand veranlaßte den konservativen Generalleutnant a. D. v. Bernigerode, gegen die Nationalliberalen den Vorwurf zu erheben, daß sie mit der Erörterung der Wahlrechtsfrage eine Abmahnung verlegt hätten, die im Einverständnis mit Wassermann zwischen den Führern der beiden Parteien getroffen worden wäre und dahin ginge, daß die Wahlrechtsfrage beim Wahlkampf von der Erörterung ausgeschlossen bleiben solle.

Diese Entfaltung schien den Nationalliberalen sehr unangenehm zu sein, denn sie wußten sich nicht anders zu helfen, als — wegen vorkurzter Zeit die Versammlung abzubrechen.

Wenn zwei sich streiten, erfährt der Dritte die Wahrheit! —

Aus dem Kolonialamt.

Zum Unterstaatssekretär im Reichskolonialamt als Nachfolger des verstorbenen Unterstaatssekretärs Dr. Böhmert ist Ministerialdirektor Dr. Gorge ernannt worden. An Gorges Stelle tritt als Ministerialdirektor Geh. Oberregierungsrat Dr. Schurz.

Kasernenkultur.

Als ein völlig ungeeigneter Soldatenerzieher empfand sich der Unteroffizier Bemeing vom Infanterieregiment Nr. 20 in Posen. Kaum zum Vorgesetzten ernannt, begann er auch gleich seine „erzieherische Schlagfertigkeit" anzusetzen. Ohne jede Veranlassung fiel er eines Tages in der Mannschaftsstube über einen Soldaten her, gab ihm einen Stoß in die Brust, daß er zurücktaumelte, und ließ darauf Schläge ins Gesicht und Geißel folgen. Nachdem der Soldat noch einen Stoß in den Rücken erhalten hatte, äußerte der Unteroffizier: „Wenn ich mich nicht unglücklich machen würde, schlage ich dich jahrelang, Du dreckiges Krutentengestalt!" Wegen Mißhandlung in Tateinheit mit vorchriftswidriger Behandlung und Beleidigung eines Untergebenen vor dem Dresdener Kriegsgericht angeklagt, stellte der Unteroffizier den Vorfall als ganz harmlos hin. Er will den Soldaten nur „verächtlich berührt" haben. Der Richter handelte beständig den Vorgang wie geschilbert und erklärte, er habe an der angeschwollenen Stelle im Gesicht längere Zeit Schmerzen gehabt. In der Verhandlung stritt man sich lang und breit darüber, ob hier Mißhandlung oder nur „vorschriftswidrige Behandlung" vorliegt. Das Gericht war der Meinung, daß ernstliche Stöße nicht ansteht worden sind, vielmehr nur — „leichte Schläge"! Es hat auch deshalb nicht Mißhandlung angenommen, weil der Soldat an der getroffenen Stelle ein Wälchen hatte und nicht festzustellen war, ob die Geißelwunden die Schmerzen davon, oder vom „Schubb" herrührten. Es hat demnach nur „vorschriftswidrige Behandlung" und Beleidigung angenommen und auf — — acht Tage mittleren Arrest erkannt!!

Oesterreich.

Vor Beginn der Sitzung.

Wien, 5. Oktober. Vor Beginn der Sitzung erschien in der Halle eine Massendeputation tschechischer Eltern mit Schulkindern in der Angelegenheit der Schließung einer tschechischen Schule im dritten Wiener Gemeindebezirk. Hierbei kam es zwischen deutschen und tschechischen Abgeordneten wiederholt zu heftigen Zusammenstößen, die in Tätlichkeiten auszuarten drohten. Der Ministerpräsident empfing eine Deputation von zehn Mitgliedern und sagte eine Erledigung der Angelegenheit im Geiste der Gesetze zu.

Neue Steuern.

Die Aktivitätszulagen der Staatsbeamten sollen mit einem Aufstamm von 15 Millionen Kronen erhöht werden. Zur Deckung ist geplant, die Einkommen von 5000 Kronen an stärker zu besteuern, weiter eine Dividendenzusatz- und Lantime (Aufsichtsrats-) Steuer und eine Automobilsteuer einzuführen.

Portugal.

Der monarchistische Einfall.

Lissabon, 5. Oktober. Die aus englischer Quelle stammenden Meldungen über eine Besetzung von Nordportugal durch monarchistische Elemente werden hier als unbestätigt bezeichnet.

In Oporto dauern die Verhaftungen von Personen, die der Teilnahme an der monarchistischen Verschwörung verdächtig sind, ebenso wie die Hausdurchsuchungen fort. 19 Polizeibeamte sowie mehrere Politiker, die aus der Haft entlassen worden waren, wurden ausgewiesen. In der Stadt herrscht völlige Ruhe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Eisenformer.

Außerordentlich stark war die gestrige Versammlung der Arbeiter in den Eisengießereien Berlins und Umgegend besucht, die der Deutsche Metallarbeiterverband nach den „Pharusjulen“, Müllerstraße, einberufen hatte. Es galt für die Arbeiter, Stellung zu nehmen zu dem Ergebnis der stattgefundenen Verhandlungen mit den Unternehmern. Adolf Cohen referierte. Seit zweieinhalb Monaten dauern schon die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verband der Berliner Metallindustriellen. Die Arbeiter waren bereits sehr ungeduldig geworden, aber es gelang der Kommission, die die Arbeiter eingesetzt hatten, nicht, zu einem Abschluss der Beratungen zu kommen. Immer wieder wurden die Verhandlungen hingezogen, immer neue Schwierigkeiten machten die Unternehmer, obgleich es bereits schien, als könnte der Weg der Verständigung zwischen beiden Parteien gefunden werden. In einer Konferenz der Vertrauensmänner der Arbeiter wurde die Situation beraten und man sah dort zwei Möglichkeiten entstehen. Entweder wollten die Unternehmer die Angelegenheit überhaupt verstreuen oder sie wollten als Resultat der zuletzt vorgeschobenen Verhandlungen mit den Gießereibesitzern neue Abträge an dem bisherigen Uebereinkommen in der Kommission machen. Diese Konferenz empfahl nun der Versammlung, daß am Freitag jeder Kollege in allen zum Berliner Metallindustriellenverband gehörigen Gießereien sich vorbereiten soll, daß für Sonnabend der Streik beschloffen werden kann, wenn am Freitagabend nicht endlich ein befriedigendes Resultat der Verhandlungen der Unternehmer bekanntgegeben wird. (Am Freitag sollten, wie die Unternehmer in Aussicht gestellt haben, Verhandlungen der gemeinsamen Kommission stattfinden.) Diese Empfehlung der Vertrauensmänner nahmen die Versammelten einstimmig an, nachdem sie auf jede Dissension darüber verzichtet hatten. Es wurde betont, daß niemand den Arbeitern den Vorwurf der Leichtfertigkeit in dieser Angelegenheit machen kann, nachdem sie 2 1/2 Monate lang mit größter Geduld auf die endgültigen Entscheidungen der Unternehmer gewartet haben.

Die Poper, organisiert im Deutschen Bauarbeiterverband, haben sich in Bezirksgruppen, die sie am Mittwochabend abhielten, mit einer Lohnanforderung beschäftigt. Da sie an der allgemeinen Lohnanforderung für die Bauarbeiter vom 1. Oktober ab nicht teilnehmen, müssen sie Sorge tragen, die bestehenden Verhältnisse in ihrer Branche nach Möglichkeit zu verbessern, besonders in Anbetracht der wachsenden Teuerung. In drei Sitzungen haben die Obmänner einen Tarif, der 21 Positionen für Außen- und Innenputz vorsieht, aufgestellt. Der Tarif wurde zunächst in Bezirksgruppen durchberaten und wird dann einer allgemeinen Poper-Versammlung vorgelegt werden. Die Poper haben schon im Frühjahr auf besseren Verdienst gerechnet, aber nur die Abschlagslöhne wurden erhöht, was keinen Vorteil bedeutet, wenn der sogenannte „Nachschuß“ dadurch vermindert wird.

Ein erfolgreicher Kleinkampf wird schon seit Wochen vom Zentralverband der Fleischer gegen die Fleischermeister geführt. Wie der Bevollmächtigte Bergmann in einer am Mittwoch in den „Muster-Festjulen“ togenen, sehr zahlreich besuchten Mitgliedserversammlung berichtete, wurden im Monat September allein mit zehn Arbeitgebern Tarife abgeschlossen. Diese beschäftigen 59 Gesellen. Erreicht wurde dadurch für 29 Gesellen die Veseitigung des Keil- und Logiszwanges beim Meißeln, was gleichbedeutend mit der Erhebung der persönlichen Freiheit ist. Für 29 Gesellen wurde die Veseitigung der persönlichen Freiheit erzielt und für 28 Gesellen die Sonn- und Feiertagsarbeit abgeschafft. Bei einigen der Meister, die nur kleine Betriebe haben, gelang es zwar nicht, die geforderte Arbeitszeit durchzuführen, weshalb die Verbandsleitung mit ihnen eine Einigung auf die 70- bis 72stündige Arbeitszeit pro Woche eingegangen ist. Mit drei Arbeitgebern steht die Verbandsleitung zurzeit noch in Unterhandlungen, während bei drei anderen Unternehmern sich die Gesellen und Kutscher im Zustand befinden. Und zwar bei Schmidt in der Zimmerstraße, bei Wiese in der Köpenickerstraße und bei der Firma Heiber, G. m. b. H. in Charlottenburg. In ausführlicher Weise schilderte der Redner die miserablen Zustände, wie sie in den betreffenden Betrieben bestanden und die auch zum Streik den Anlaß gegeben haben. Es wäre möglich gewesen, noch mehrere Verträge mit kleinen Meistern abzuschließen, wenn auf die Forderung der Anerkennung und Verwertung des kostenlosen Arbeitsnachweises des Verbandes verzichtet worden wäre. Das konnte aber nicht geschehen, weil dann dem Verbands die Kontrolle darüber, ob die Verträge von den Meistern auch eingehalten werden, verloren gegangen wäre. Da die Erfahrung zeigt, daß derjenige der beiden wirtschaftlichen Faktoren im Verufe, der den Arbeitsmarkt beherrscht, auch den Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen besitzt, muß auf diese Forderung das Schwergewicht gelegt werden. Die Erfüllung dieser Forderung ist auch notwendig, um die auf Kosten der arbeitslosen Gesellen lebenden Stellenvermittler zu beseitigen.

Die Art der Taktik, wie sie der Zentralverband der Fleischer bei diesem Kampfe befolgt, ist den Meistern ganz und gar nicht angenehm. Hat doch selbst einer der befreiten Meister zu den Verbandsvertretern gesagt, sie mögen alles tun, was sie wollen, nur den Kleinkampf sollen sie abbrechen; bei einer einheitlichen Bewegung über ganz Berlin würden sie (die Meister) nicht so beunruhigt sein.

Auch der gelbe Meistersöhnen-Verein, der sich „Die freie Vereinigung der Meistersöhne von Berlin“ nennt, hat sich, wie das gelbe Organ, die „Deutsche Meistersöhne-Zeitung“, mitteilt, in seiner letzten Versammlung über den Kleinkampf des Verbandes entrüstet. Und alle die Mut der Meister und der Gelben zeigt eben, daß der Verband mit seiner Taktik auf dem rechten Wege ist, den er weitergehen wird, bis die Fleischerinnung sich zu einem Tarifabschluss bereit finden wird. In der letzten Vorstandssitzung der Fleischerinnung sollen sich übrigens die Meister dahin ausgesprochen haben, daß man sich gegen die Tarifverträge solange als möglich wehren will, doch daß der Widerstand auf die Dauer nichts nützen wird, wurde auch von ihnen anerkannt.

In der Diskussion erklärten sich alle Redner mit dem Vorgehen der Organisation einverstanden. Der Verbandsvorsitzende Densel betonte die Notwendigkeit, daß die Mitglieder bei etwa ausbrechenden Differenzen in den Betrieben der Verbandsleitung Mitteilung machen, bevor sie zur Arbeitsniederlegung schreiten.

Die Kammarbeiter hatten im Jahre 1906 eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt, die ihnen eine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse brachte. Aber die Erfolge von 1906 sind inzwischen fast ganz wieder verloren gegangen. Die Löhne sind erheblich gesunken. Nach einer statistischen Feststellung der Organisation betragen die wöchentlichen Durchschnittslöhne von 192 gelernten Kammarthern 26,47 M., für 88 Hilfsarbeiter 10,36 M., für 108 Arbeiterinnen 12,24 M. und für 56 jugendliche Arbeiter 10,67 M. Eine Aufbesserung dieser unter den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen ganz besonders niedrigen Löhne tut dringend not. Von dieser Ansicht ausgehend, versuchten die im Holzarbeiterverband organisierten Kammarbeiter durch Verhandlungen mit den Unternehmern einen Tarifvertrag zustande zu bringen, der eine Regelung der in den einzelnen Betrieben sehr verschiedenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse bezweckte. Die Unternehmer haben sich aber nicht zu Verhandlungen bereit gefunden. Sie begründeten ihr ablehnendes Verhalten damit, daß die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Betrieben eine allgemeine

Regelung nicht zulasse. Die Forderung der Arbeiter, die Unternehmer würden durch Abschluß eines festen Tarifs zur Bekämpfung der Konkurrenz beitragen, hat sich nicht erfüllt. — Eine am Mittwoch abgehaltene Branchenversammlung der Kammar- und Zelluloidarbeiter erörterte die Frage, was angesichts dieser Situation zu tun sei. Man war darin einig, daß ein allgemeiner Lohnkampf der ganzen Branche gegenwärtig nicht zu empfehlen sei. Dagegen wurde die Kommission beauftragt, in den Betrieben, wo es die Situation angedeutet erscheinen läßt, eine tarifliche Regelung der Verhältnisse durchzuführen. Vor allem soll vorgegangen werden in den Betrieben, wo die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am schlechtesten sind. Als Grundzüge des Vorgehens sollen die Forderungen dienen, welche bereits für die nicht zutande gekommene Tarifberatung aufgestellt worden sind. In der Hauptsache wird es sich handeln um tarifliche Festlegung von Mindestlöhnen und Anerkennung des Arbeitsnachweises der Organisation.

Deutsches Reich.

Von einem Arbeitswilligen erschossen

wurde in Duisburg der Hafnarbeiter Meyerling. Seit etwa 5 Wochen besteht infolge Maßregelung einiger organisierter Arbeiter bei der großen Expeditionsfirma Rheinisch-Westfälische Expeditions-gesellschaft ein Streik, der wegen der fortwährend herbeigeschickten Streikbrecher eine ziemlich erbitterte Stimmung erzeugt hat. Die Streikbrecher benehmen sich recht provozierend und tragen geladene Revolver. Am Mittwochnachmittag ward ein früherer Meister obiger Firma beerdigt. An der Beerdigung nahmen mehrere Streikbrecher, die noch im Besitze besserer Garderobe waren, teil. Nachdem kniepten einige dieser besonders nützlichen Elemente in einer Wirtschaft. Als sie dann einige Stunden später die Ruhrorter Straße entlang gingen, trafen sie mehrere Streikende und auch nicht streikende Hafnarbeiter an. Zu den letzteren gehörte der benannte Meyerling. Dieser kam dem Arbeitswilligen Brachage entgegen. Ohne irgendwelche Ursache zog der „Arbeitswillige“, der einen Schlag gegen die Stirn erhalten haben will, den Revolver, den er auch während der Beerdigung bei sich führte und schoß den Meyerling ohne weiteres über den Haufen. In fünf Minuten war der Mann eine Leiche. In der bürgerlichen Presse wird es nun jetzt in lügenhafter Weise so hingestellt, als ob der Arbeitswillige in Notwehr gehandelt hat. Das ist gelogen und geschieht lediglich zu dem Zwecke, gegen die Streikenden Stimmung zu machen. In einer zu morgen abend einberufenen öffentlichen Versammlung wird sich die Duisburger Arbeiterschaft mit der Sache beschäftigen.

Ein Gewerbegerichtswahltag wurde von unseren Genossen im unteren Teil des Kreises Solingen erzielt. Dort waren fünf Arbeitnehmerbesitzer und fünf Arbeitgeberbesitzer zu wählen. Bisher hatten unsere Genossen zwei Sitze der Arbeitnehmer inne. Nun aber gelang es ihnen, noch drei Sitze dazu zu erobern, so daß sie nunmehr fünf Mann hoch im Gewerbegericht des unteren Kreises mit dem Domizil in Opladen sitzen. Am erfreulichsten ist an diesem Resultat die Stimmengiffer, die unsere Kandidaten auf sich vereinigten. Sie brachten 493 Stimmen auf, während es die christlichsozialen Gegner zu ganzen 176 Stimmen brachten. Was das bedeutet, wird am besten klar durch die Angabe, daß in diesem Teile des Kreises Solingen noch das Zentrum stark dominiert und wir nur langsam vorwärts kommen konnten. Nun aber scheint es auch dort hell zu werden. Ein günstiges Omen für die Reichstagswahl!

Polizeiliche Streikpostenbehandlung.

Die diesjährige große Holzarbeiterausperrung in Hamburg-Altona hat sowohl die hanseatische als auch die Altonaer Polizei zu höchsten Leistungen angespornt, wie wir das wiederholt konstataren mußten. Als unsere Genossen in der Altonaer Stadtverordnetenversammlung, die bei solchen Dingen sofort auf dem Plane erscheinen, die polizeilichen Uebergriffe beleuchteten, suchte man sie von verantwortlicher Seite entweder zu beschönigen oder aber, was noch leichter ist, einfach abzuleugnen.

Am Mittwoch gelangte aber im Schöffengericht Altona ein Polizeireport zur Verhandlung, der ruffisch anmutende Zustände aufdeckte. Da gibt es kein Verleugnen und Abstreiten. Selbst der Vorsitzende und der Amtsanwalt sahen sich gedrungen an. Also im Rechtsstaate Preußen, einem Lande mit den vollendetsten Rechtsgarantien, werden zwei „streikende“ Tischler auf die Angabe eines „Bürgers“ hin auf die Wache sifiziert, wo man sie nicht weniger als 22 Stunden festhielt. Etwas mühten sie schließlich verbrosen haben, doch wußte der sifizierende Beamte nicht, was „Der Jude wird verbrennt“, heißt es in Lessings „Nathan“. „Die Streikposten müssen biegen“, denkt die Altonaer Polizeibehörde, die beiden wegen „ungehörigen Bärms“ Strafmandate über je 15 M. stellte. Durch Dr. Herz erhoben sie Einspruch. Der Verteidiger beleuchtete in scharf pointierter Rede die polizeilichen Zustände in Altona und zeigte an diesem Fall, wie man mit unabhängigen Staatsbürgern umspringt. Da die Polizei auch nicht das geringste gegen die „Angeklagten“ vorzubringen vermochte, beantragte der Amtsanwalt kurzerhand deren Freisprechung. Das Gericht beschloß demgemäß und legte der Staatskasse sämtliche Kosten auf, weil hier ein Richter vorliege.

Obwohl die Altonaer Polizei in einem Beleidigungsprozeß gegen den verantwortlichen Redakteur des „Echo“, Köpfe, sich eine blamable Niederlage weggeholt hat, ist an ihrem System bislang nichts geändert worden.

Verständige Auffassung eines Polizeirats über die Streikbewegung.

Darmstadt, 4. Oktober. Die Transportarbeiter in Darmstadt, etwa 150 bis 200 Leute, stehen seit mehreren Tagen im Ausstand. Da sich die Unternehmer Hinbegardisten von auswärts verschrieben haben, kam es begreiflicherweise zu unliebsamen Zusammenstößen und Vorläufigkeiten. Die bürgerliche Lokalpresse unterließ nichts, um die Polizei gegen die Ausständigen scharf zu machen und energischeres Einschreiten zu fordern. In einer Stadtverordnetenversammlung tat nun Dr. Osann, der Vertreter Darmstadts im Reichs- und Landtage noch ein übriges und verlangte in seiner bekannten formophanten Art von der Polizei, daß sie die ideellen und materiellen Interessen der Stadt besser wahrnehme und die Ordnung schütze; insbesondere lag ihm der Schutz der Streikbrecher Ehren-Hinges sehr am Herzen. Man merkte ja zu deutlich, worum es Dr. Osann galt; aus der Aufregung suchte er sich ein Feuerchen für die bevorstehenden Wahlen anzublasen. Aber die Antwort des Vorsitzers des Polizeiamtes, Regierungsrats Dr. Kranzbühler, verdaß Herr Osann nicht nur das Konzept, sondern wurde zu einer vernünftigen Anklage gegen die patentierten „Ordnungsfreunde“. Dr. Kranzbühler rief zunächst die bürgerliche Presse zur Ordnung, die in unverantwortlicher Weise die Öffentlichkeit falsch berichtet habe und dadurch von Mißgünst an der Beurteilung nicht freizusprechen sei. Der Polizeirat stellte fest, daß bei den Straßenausläufen der vorigen Woche 75 Proz. ruhige Bürger und Schüler beteiligt waren; daß sich im Hintergrunde der Janhagel gehalten habe. Daß durch einen Streik das Straßenbild in einer sonst so ruhigen Stadt wie Darmstadt verändert wird, sei doch selbstverständlich. Darf man daraus gleich eine „Verkehrshörung“

machen? Der Streik ist nun mal anerkanntermaßen ein Kampf-mittel, das nicht gegen die Gesehe verstoßt. Der Schuhmannschaft muß es als außerordentliches Verdienst angerechnet werden, daß sie sich nicht zu Unbesonnenheiten hat hinreichend lassen. Das haben wir doch in anderen Städten gesehen, daß Verschärfungen herbeigeführt wurden, sobald man sich zu einem anderen Vorgehen entschloß, wie das hier der Fall war. Er dürfe darauf hinweisen, daß der ganze Sachschaden nur etwas über 300 M. beträgt; daß keinerlei Körperverletzung vorgekommen ist, daß mit keinem Stein geworfen wurde, keine Schüsse gefallen, keine Pferde ausgepannt worden sind. Es hat sich bei den Ausläufen weder um eine ungelegliche Handlung der Streikenden, noch um eine verbrecherische Absicht gehandelt. Man müßte auch beachten, um welches Menschenmaterial es sich hier handelt. Mit den vorgenommenen 21 Verhaftungen sei die Ruhe wieder hergestellt. Nach allem könne man sich selbst sagen, ob es richtig gewesen wäre, wenn die Polizei anders gehandelt hätte, die zwar einmal blank zog, aber nicht dreinzuschlagen brauchte. Nach diesen Ausführungen des Polizeivorstehers, denen die Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums lebhaften Beifall zollte, blieb Artur Osann nichts anderes übrig, als sich den Vudal zu reiben und sich dagegen zu verwahren, daß er habe scharfmachen wollen. Die Diebe, die er der Arbeiterbewegung im allgemeinen zugedacht hatte, waren auf ihn zurückgefallen. Dieser Streik ist eine Folge der ständigen Verteuerung der Lebensverhältnisse. Und daran ist ja Dr. Osann als Reichstagsabgeordneter nicht so ganz unschuldig.

Ausland.

Achtung, Steinarbeiter! Die Steinmeister von St. Margrethen, Schweiz, wollen in Süddeutschland Steinhauer anwerben. Wir machen bekannt, daß die gleichen Steinmeister vor drei Wochen schon sämtliche bei ihnen beschäftigt gewesenen Steinhauer, über 100 Mann, ausgesperrt haben, weil diese darauf beharrten, daß der gegenwärtig in Kraft bestehende Affordatist anerkannt und gehalten werden müsse, während die Meister Verschlechterungen der Entlohnungen wollten.

Der Kampf in St. Margrethen wird voraussichtlich lange dauern, indem er seitens des schweizerischen Baumeisterverbandes zu einer Nachfrage zwischen Arbeitgeber- und -nehmerverband gemacht wurde. Wir warnen also dringend vor Zugug von Steinhauern nach St. Margrethen.

Metallarbeiterkämpfe in Oesterreich. Einem umfangreichen Werke, das der demnächst stattfindenden Generalversammlung des Oesterreichischen Metallarbeiterverbandes vorgelegt werden wird, ist folgendes zu entnehmen: 1906 bis 1910 wurden vom Verband 1411 Lohnbewegungen in 6875 Betrieben durchgeföhrt. 1908 bis 1910 kämpften 28 000 Arbeiter = 25,24 Proz. mit Erfolg, 70 186 Arbeiter = 65,49 Proz. mit teilweisem und 12 577 = 14 Proz. ohne Erfolg. Ueber 820 000 Kronen wurden in diesen 3 Jahren an Streikunterstützung ausgegeben. Bedeutende Verkürzungen der Arbeitszeit, nennenswerte Lohnhöhungen konnten durchgeföhrt werden. Jetzt konsolidiert sie die Teuerung.

Straßenbahnerstreik.

Ans Santiago de Chile wird unter dem 4. Oktober gemeldet: Der Betrieb von 88 Linien der elektrischen Straßenbahn ist seit gestern infolge eines Ausstandes der Angestellten lahmgelegt.

Letzte Nachrichten.

Viktor Adler über das Attentat.

Wien, 5. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach Wiederaufnahme der Sitzung setzte Genosse Dr. Adler seine Rede fort und sagte: Vor allem habe ich für mich und meine Partei das tiefste Bedauern über die Szene auszusprechen, deren Zeugen wir alle waren. Dem immer die Schüsse gekollert haben, es waren Schüsse, die nicht von Vernunft, sondern vom Wahsinn eingegeben waren. Ich beglückwünsche das Haus, besonders vor allem diejenigen, die der Gefahr ausgesetzt waren, wer immer sie sein mögen, daß die Schüsse kein Unheil angerichtet haben. Ich habe in meiner Rede gegen die Gewalt von oben und gegen die Gewalt von unten Protest ausgesprochen. Wir, die wir den Wahsinn von oben nicht billigen, sind nicht schuld an dem Wahsinn, der die Folge davon ist. Wir wissen sehr wohl, daß dieser Wahsinn gegen uns ausgebeutet werden wird, daß die Demagogie von oben Draien feiern wird, und daß man aus diesen Revolvergeschüssen eines Unzurechnungsfähigen jetzt gegen die Partei Kapital schlagen wolle, gegen die Massen und die Millionen der Unglücklichen. Mögen Sie von der Ministerbank agitieren und mögen Sie sich an die Spitze dieser Demagogie stellen, wir fürchten sie nicht. Ich würde wünschen, daß alle in diesem Saale in diesem Moment ein so gutes und reines Gewissen hätten wie wir. Und nun lassen Sie mich schließen, lassen Sie diesen Zwischenfall doch nicht die furchtbare Folge haben, daß das Haus von dem abgelenkt wird, was seine Pflicht ist. Treiben Sie es nicht soweit, daß man die Meinung haben könnte, es sei jeder Zufall willkommen, der das Haus und die Regierung in stand setzt, sich mit anderen Dingen zu beschäftigen, als mit der Not des Volkes. Darum soll dieser traurige und beklagenswerte Zwischenfall die eine gute Wirkung haben, daß er die Pflicht, hier alles Notwendige zu tun, um der Not Einhalt zu gebieten, in uns lebendig mache.

Der Attentäter.

Wien, 5. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Beamte des Holzarbeiterverbandes, Paulin, begab sich, sobald er von dem Attentat erfuhr, sofort auf die Polizei, um seine Aussage zu erstatten. Er hat den Attentäter nur ein einziges Mal vor Jahren in Sebenico gesehen und ihn weiter nicht gekannt. Der Mann war erst vor drei Tagen nach Wien gekommen.

Eine Seeschlacht bei Mytilene.

London, 5. Oktober. Der „Daily Chronicle“ hat heute nachmittags ein Telegramm aus Konstantinopel erhalten, demzufolge die türkische Flotte, die die Dardanellen verlassen hat, im Norden des Ägäischen Meeres an der Nordküste der Insel Mytilene mit der italienischen Flotte in ein Seegefecht verwickelt sein soll.

Ein zweites Telegramm aus Konstantinopel an den „Daily Chronicle“ besagt, daß in der noch andauernden Seeschlacht ein türkisches Schiff von den Italienern in den Grund gehohet sein solle.

Ein Jahr Republik.

Man schreibt uns aus Lissabon: Am 5. Oktober jährt es sich zum ersten Male, daß die Republik in Portugal proklamiert wurde...

In kaum einem Jahre hat sich indessen das portugiesische Proletariat darüber klar werden können, daß die republikanische Partei ihre historische Aufgabe nicht erfüllt hat.

Die Politik der Bourgeoisie ist weder eine ideologische noch eine prinzipielle; sie ist vielmehr eine Politik des Ehrgeizes, des Egoismus, der Intrigen und vor allem die einzelner Persönlichkeiten.

Die letzte Ministerkrise war hierfür sehr bezeichnend. Die Republik sah sich in der schwierigsten Lage, als es sich darum handelte, ihr erstes Kabinett zu bilden...

Dieselben Verbrechen und Fehler, die die republikanische Partei einst der Monarchie vorwarf, hat sie jetzt selbst auf ihrem Schuldkonto. Und ein solches Hinabgleiten auf abschüssiger Bahn kann natürlich für die Republik von verhängnisvollen Folgen sein.

Die Republik ist jetzt drauf und dran, die Fühlung mit dem Volke zu verlieren. Die Verfassung, die sie sich gegeben hat, ist durch und durch konterbändig; sie enthält nicht einen einzigen Gedanken, den man liberal nennen könnte.

Die gewerkschaftliche Lage der breiten Volksschichten ist die gleiche geblieben, zum Teil sogar schlechter geworden, da sich die republikanische Regierung bis jetzt herzlich wenig um die soziale Lage des Volkes gekümmert hat.

Im Parlament bietet sich das gleiche Schauspiel dar. Die Stimme des einzigen sozialistischen Abgeordneten, Manuel José de Silva, wird nicht beachtet. Kein Mensch will etwas von sozialen oder wirtschaftlichen Fragen hören...

Die gegenwärtige Situation unterscheidet sich nicht wesentlich von den Zuständen, wie sie in der letzten Zeit unter dem monarchistischen System herrschten. Alles steht unter dem Zeichen der Unsicherheit und des Mißtrauens.

Die sozialistische Partei Portugals hält sich inmitten dieser Verwirrung streng auf einer neutralen Linie; sie vermeidet es, sich

in die inneren Zwistigkeiten der Republikaner einzumischen. Sie kann in dem kleinlichen Gezänk nicht Partei ergreifen, ihre Aufgabe ist eine andere, edlere.

Die sozialistische Partei muß die Lage ausnutzen und eine prinzipielle Politik treiben, indem sie die Republik zwingt, dem Proletariat die Rechte zuzusprechen, die ihm zutreffen.

Das ist das Ziel, das die sozialistische Partei sich gesetzt hat. Ihre politische Tätigkeit muß unabhängig sein, weil sie im prinzipiellen Gegensatz zu allen Bourgeoispartei steht und weil sie ihre Stimme gegen Unrecht und Ausbeutung erhebt.

Lissabon, 5. Oktober. Der Vorabend des Jahrestages der Proklamation der Republik wurde gestern unter großer Begeisterung gefeiert. Der Präsident und der Minister wurden, wo sie sich zeigten, mit lebhaften Beifallsausdrücken begrüßt.

Die sozialistische Einigungskonferenz in Großbritannien.

III. Manchester, 2. Oktober.

Nachdem die Sitzung vom Genossen Russell Smart, der anfangs in Abwesenheit des Genossen Hyndman den Vorsitz führte, wieder eröffnet worden, stellte L. Hall folgenden Änderungsantrag:

„Die Sozialistische Partei ist eine revolutionäre Partei, die eine revolutionäre wirtschaftliche Taktik ergänzt durch politische Aktion zur Abschaffung aller Klassenunterschiede und der Verwirklichung der Freiheit und Gleichheit befolgt.“

Der Redner bemerkte, daß die jüngsten Ereignisse die englische Gesellschaft bis zu den Grundfesten erschütterten hätten. Der Sympathiestreik und der Generalstreik seien unendlich stärkere Waffen als der Parlamentarismus. Dieser reibe die Streitkräfte auf.

Der folgende Redner bemerkte, daß es gerade die Untätigsten seien, die ins Parlament kämen. Watson (S. D. P.) sprach gegen das Amendement. Die sozialistische Partei sei der politische Ausdruck der Arbeiterbewegung.

Ein anderer Redner der S. D. P. führte ein ähnliches Argument ins Feld. Man täusche sich, wenn man glaube, daß die englischen Gewerkschaften heute leichter für den Sozialismus und seine Ziele zu gewinnen seien. Als Mitglied des Vorstandes einer Gewerkschaft könne er der Konferenz versichern, daß sich die meisten der Gewerkschaftler nur um kleinliche Dinge kümmern.

Watson (S. D. P.) unterstützte das Amendement. Die geeinigte Partei müsse sich der neuen wirtschaftlichen Bewegung annehmen und sie mit sozialistischem Geiste durchdrängen. Zue sie das nicht, so verabsäume sie die erste Pflicht einer sozialistischen Partei.

entfesslichen Feinde höheren Lebens inmitten der roten Blutkörperchen, während die weißen Blutkörper Gewehr bei Fuß zudauern.

Kleines feuilleton

Geheimnisse der belebten Natur. Die Urania hat den glücklichen Gedanken gehabt, den Kinematographen in den Dienst naturwissenschaftlicher Aufklärung zu stellen. Im Frühjahr eröffnete der Direktor unseres Zoologischen Gartens dieses vielversprechende neue Betätigungsfeld durch eine Serie von höchst anschaulichen und interessanten Bildern aus dem Großtierleben.

Der Kinematographische Apparat zeigte zunächst „Lebensläufe bei der Arbeit“. Man sah Pflanzenzellen, in denen der Urlebensstoff, das Protoplasma, seine rätselhaft automatische Strömungen ausführt, welche Bewegungen besonders an den grünen Chlorophyllkörnern, diesen „stillen Schöpfern alles Lebens“ deutlich hervortreten.

Der zweite Teil des Vortrages hatte den nie rastenden Kampf von Leben gegen Leben zum Gegenstand. Nachdem wir schwebelernen Gastmählern von vorläufig noch ziemlich harmlosen Kleintierwesen der Präkambria und des Käufebarns — Säugetiere, wie sie sich täglich und stündlich auch in unseren Organismen abspielen — zugehört haben, zeigt der Vortragende eine Stätte der Vermählung, ein Tröpfchen vom Blut eines Tieres, das mit Erregern der furchtbaren Viehsterbe Ragana unheilbar infiziert ist.

Die Urania verdient den Dank aller Bildungsfreunde, daß sie ihr wissenschaftliches Kinematographisches Programm durch diese zweite Darbietung fortgesetzt hat. Die Beschaffung des Materials hat zweifellos große Mühen gelostet, um so schöner ist also auch der Erfolg.

Musik.

Herr Leo Reckenberg, uns von vollständigen Konzerten her als gut künstlerischer Klavierspieler bekannt, hat sich mit dem Violinisten Louis van Laar und dem Violoncellisten Marie Loevensohn zu einem Trio zusammengetan. Seine Kammermusikabende wollen erstlich nicht über den bekannten Konzertrahmen „B, B, 2 und 1 M. bei Note u. Viol.“ hinaus zum „Populären“ vordringen.

Mit einer Erstaufführung wurde begonnen: Klaviertrio op. 14 von Georg Enowitsch Catoire. Ueber die hauptsächlich von Beethoven und den Romantikern geschaffene Form des Zusammenspiels von Violine, Violoncello und — mit viel Längen und dergleichen — Klavier geht das Werk wenig hinaus, erwärmt auch nicht sehr, bemüht sich aber mit Geduld nach dem Phantastischen, Gräßlichen, fast Gesterbten (etwa im Sinne von Beethovens „Geistertrio“) und bringt in der Mitte statt des sonst üblichen langsamem Satzes ein eigenartiges „Allegro Fantastico“. Interessant war der Vergleich mit einem nachher vorgeführten Klaviertrio von Max Regner (op. 102, also jung, doch schon bekannt), das des wenigstens im Instrumentalen anerkannten Meisters Hauptfreunde an fortwährenden Gegensätzlichkeiten deutlich zeigt.

keine genaue Grenze zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Aktion ziehen. Er wisse wohl, daß kein Generalstreik und keine Reihe von Generalstreiks die kapitalistische Gesellschaft umstürzen würde, aber die jüngste Arbeiterrevolte habe mehr getan, die Arbeiter zu erziehen, als alle geleistete Propagandarbeit.

Russell (S. D. P.) bekämpfte das Amendement. Man dürfe sich nicht durch vorübergehende Ereignisse in seinen Grundfragen beeinflussen lassen. Die Leute, die an den letzten Streiks teilgenommen hätten, beabsichtigten etwas ganz anderes als die Sozialisten.

Irving (S. D. P.) führte aus, daß die geeinigte Partei in Reich und Glied mit der Internationale marschieren müsse. Das Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Partei sei auf dem Stuttgarter Kongress festgelegt worden. Es sei unangehörig, wenn die politische Partei verhalten würde, den Gewerkschaften ihre Ansichten aufzudrängen. Viele jungen Genossen glaubten augenscheinlich, die Arbeiterrevolte des Jahres 1911 sei etwas noch nie Dagewesenes. Das sei falsch. Er habe im Dozarbeiterstreik des Jahres 1889 mitgekämpft. Auch damals habe eine ähnliche Stimmung geherrscht.

Nachdem noch ein Delegierter gegen das Amendement gesprochen hatte, kam es zur Abstimmung. Das Amendement wurde abgelehnt. Alldann wurde über die ganze Resolution mit den angenommenen Änderungsanträgen abgestimmt. Die Resolution lautete nunmehr:

„Diese Konferenz sozialistischer Organisationen glaubt, daß die Meinungsunterschiede und die Anwendung einer verschiedenartigen Taktik, die bisher die verschiedenen Sektionen der britischen sozialistischen Regierung gekennzeichnet haben, von Umständen herrühren, die den Anfangsstadien der Bewegung eigen waren; sie ist überzeugt, daß die Zeit zur Bildung einer geeinigten sozialistischen Partei jetzt reif ist, und die Delegierten verpflichten ihre Organisationen bei der Vereinigung ihrer Kräfte auf folgender gemeinschaftlicher Grundlage mitzuwirken.“

Die sozialistische Partei ist der politische Ausdruck der Arbeiterbewegung, die in engstem Zusammenarbeiten mit den wirtschaftlichen Organisationen die Vergesellschaftung der Produktions- und Austauschmittel, das heißt, die Umgestaltung der kapitalistischen in eine kollektivistische oder kommunistische Gesellschaft erstrebt. In ihren Zielen, ihren Idealen und den angewandten Mitteln ist die sozialistische Partei keine reformistische, sondern eine revolutionäre Partei, die der Ansicht ist, daß die wirtschaftliche Freiheit und Gleichheit nur dadurch gewonnen werden kann, daß der Klassenkampf zu Ende gekämpft wird, um dadurch alle Klassenunterschiede auf immer abzuschaffen.

Die Delegierten aus dieser Konferenz ernennen deshalb ein Komitee von 10 Mann, um in Uebereinstimmung mit dieser gemeinschaftlichen Grundlage ein Parteistatut auszuarbeiten; ein Exemplar dieses Statuts wird allen hier vertretenen Körperschaften zugestellt werden, die sich nach der Ratifikation dieses Parteistatuts verpflichten, ihre Existenz als Landesorganisationen aufzugeben und sich zu einer geeinigten sozialistischen Partei zu verschmelzen.“

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Delegierten erhoben sich begeistert von den Sitzen und gaben mehrere Minuten lang ihrer Freude in lauten Rufes Ausdruck. Alldann wurde die „Vote Frage“ angestimmt und begeistert gelungen. Dann: drei Hochrufe auf die soziale Revolution und drei Hochrufe auf die sozialistische Einigkeit. Eine von Russell Smart eingereichte Resolution, in der der italienische Raubzug nach Tripolis und der Krieg überhaupt mit scharfen Worten verurteilt wurde, gelangte noch zur Annahme, ehe sich die Konferenz auf Sonntag vertagte.

Die erste Arbeit der geeinigten sozialistischen Partei, ehe sie noch einen Namen hatte, war somit die Verurteilung des menschenmordenden Krieges.

Sonntagsfeier.

Hyndman eröffnet die Sitzung und dankt den Delegierten für ihre musterhafte Ausführung in der ersten Sitzung. Er bemerkte, daß es schade sei, daß die J. L. P. nicht offiziell vertreten sei. Er

Den verzwickten Ansprüchen eines solchen Programms wurde das neue Trio mit viel Sorgfalt gerecht.

Notizen.

— Straußens „Rosenkavalier“ soll in der Berliner Ayl. Oper am 6. November zum ersten Male aufgeführt werden, dafür wird die Neuentstehung von Verbis „Delfino“ in den November verschoben. (Zunmer langsam voran, damit die Intendanz nachkommen kann.)

— Die Reinhardtische „Dresler“ erlebt ihre Berliner Erstaufführung am 13. Oktober im Circus Säuermann. (München hat diese Sensation glücklicherweise schon hinter sich.)

— Volkstheater. Die Vorbereitungen für die von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger geplanten Volksvorstellungen sind bereits soweit gediehen, daß die ersten Aufführungen noch in diesem Monat stattfinden können. Es haben sich mehrere hundert Bühnenkünstler zur Beteiligung angemeldet. Aus dieser Schaar werden acht Ensembles gebildet, die abwechselnd in den verschiedenen Theaterjahren auftreten werden. Bei den Aufführungen soll besonderer Wert auf gute Klassikervorstellungen gelegt werden; es sind jedoch auch Erstaufführungen moderner Werke vorgesehen. Die Leitung, hat der frühere Vizepräsident Friedrich Goldhaus. An Stücken zur Aufführung sind zunächst in Aussicht genommen: „Preciosa“, „Kabale und Liebe“, „Das Glück im Winkel“, „Überpeig“, „Fischmann als Erzieher“, „Jelky Philippis „Erbe“ und „Hafemanns Töchter“.

— Gustav Mahlers Achte Sinfonie wird nunmehr nach der Münchener Uraufführung, die im vorigen Herbst noch unter Leitung des Komponisten stattfand, in einer Reihe von Städten, darunter auch in Berlin, aufgeführt werden.

— Die Königsberger Zensur, die neuerdings wiederholt Webedind unterdrückte, hat die Aufführung des neuen Bühnenwerkes von Herbert Gulenberg: „Anna Walenka“, verboten.

— Ein neuer Museumsdiebstahl hat sich in Quimper in der Bretagne (Frankreich) ereignet. Poucher's Gemälde „Neptun und Amphidrite“ wurde aus dem Museum geschnitten und entwendet. Der Wert des Bildes wird auf 20 000 M. geschätzt.

— Detlev v. Liliencrons Werke werden in Kürze in einer neuen Ausgabe von acht Bänden erscheinen. Richard Dehmel hat die Herausgabe übernommen, die Anordnung nach sinnvollem Plan getroffen und nicht nur eine beträchtliche Zahl neuer Gedichte, sondern auch etwa dreißig noch nicht in Buchform erschienene neue Prosafirsten Liliencrons mit aufgenommen.

— Die deutsche Südpolarexpedition Filchner trat am 4. Oktober in Buenos Aires an Bord der „Deutschland“ die Ausreise an.

sei überzeugt, die Parteileitung der J. L. P. habe einen Fehler begangen, indem sie die Beteiligung abgelehnt; sie habe der Stimmung, die unter den Mitgliedern der J. L. P. herrsche, nicht Rechnung getragen. Aber das lasse sich ja noch immer ändern. Das selbe treffe auf die Fabrische Gesellschaft zu. Niemand sollte von der Partei ausgeschlossen werden. Er glaube, das sei das Gefühl, das in der gestrigen Sitzung geherrscht habe. (Lauter Beifall.)

Eine lange Reihe Anträge über die verschiedensten Gegenstände war eingereicht worden. Die meisten wurden dem noch zu wählenden zehnjährigen Komitee zur Kenntnisnahme überwiesen. Ein Antrag der J. L. P. (Stoffe Newington), in dem gefordert wurde, daß die geeinigte Partei kein politisches Bündnis mit irgend einer nichtsozialistischen oder Arbeiterkörperchaft (Labour body) eingehen soll, wurde ohne Diskussion angenommen. Vergebens versuchten die Freunde der „Industrial action“ die Frage der wirtschaftlichen Aktion noch einmal aufs Tapet zu bringen. Ihr Antrag wurde ohne Abstimmung abgelehnt. In der Diskussion über diesen Punkt wurde wenig vorgebracht, was nicht schon am vorhergehenden Tage erwähnt wurde.

Folgende vier Namen waren für die geeinigte Partei vorgeschlagen worden: Britische Sozialistische Partei, Vereinigte Sozialistische Partei, Sozialistische Partei, Internationale Sozialistische Partei (Britische Sektion). Drei Abstimmungen fanden statt. Bei der ersten fiel der letzte Name, bei der zweiten der vorliegende aus, bis schließlich der Name „British Socialist Party“ übrig blieb.

Bei der Wahl des Komitees hatte man sich geeinigt, daß jede der vertretenen Sektionen des britischen Sozialismus in konstituierenden Ausschüssen Vertretung finden sollte. Hyndman und Quetch hatten ihre Kandidatur zurückgezogen. Quetch erklärte, die S. D. P. habe dies beschlossen, da man nicht den Anschein erwecken wolle, als trachte die S. D. P. danach, die anderen Sektionen zu erdrücken. Die Konferenz schien jedoch zu befürchten, daß die Abwesenheit Hyndmans vom Komitee der Vollendung des Einigungswerkes Schaden tun könnte. Von allen Seiten drang man in Hyndman, seine Ablehnung rückgängig zu machen. Schließlich nahm dieser den Posten des Vorsitzenden ohne Stimme an, was von der Konferenz, bei der sich der Vorsitzende durch seine persönliche Haltung das größte Vertrauen erworben hatte, mit lautem Beifall aufgenommen wurde. Von 21 Kandidaten wurden folgende zehn Genossen in das Komitee gewählt: Hall (Hillingham), Fairchild (London), Grayson (London), Russell Smart (Southport), Irving (Burnley), Gaggan (London), Groom (Gloucester), Kennedy (Aberdeen), Dunter Waits (London) und Simpson (Manchester). Lee (London) wurde zum Sekretär ernannt. Zur Deckung der ersten Unkosten der Partei wurde von jedem Delegierten ein Beitrag erhoben.

Dann nahm Hyndman das Schlusswort, von dem stürmischen Beifall der Genossen begrüßt. Er war von der Größe des Augenblicks sichtlich ergriffen. Er führte folgendes aus:

Genossen und Genossinnen! Wir haben zwei Tage lang in vollstündiger Harmonie getagt und ein gutes und großes Werk ist geschaffen worden. Das unsere Vorkämpfer, was Männer wie unser unvergesslicher William Morris erzieht, ist zur Tat geworden. Nermal haben wir versucht, eine geeinigte Partei zustande zu bringen. Endlich ist das Werk gelungen. Wir haben uns fernerhin nichts mehr vorzusetzen. Ihr alle habt Euch exemplarisch aufgeführt. Meinungsverschiedenheiten sind wohl zum Ausdruck gekommen, aber kein bitterer Ton hat sich bemerkbar gemacht. Alle haben die Beschlüsse der Konferenz loyal anerkannt. Ich freue mich, daß wir uns unseren Genossen im Ausland die frohe Botschaft senden können, daß die sozialistische Einigung in Großbritannien vollbracht ist. Und das ist von großer Bedeutung für die sozialistische Bewegung der ganzen Welt. Und mit mir werden sich die Allen freuen, die an der Wiege der Bewegung gestanden haben, besonders unser alter Freund Will G. H. H. H., der älteste Sozialist in Großbritannien, der heute hier anwesend ist.

Wir traten nicht zusammen, um eine Partei zu bilden, die der Arbeiterklasse einen kleinen Vorteil hier und da verschaffen will, wir kamen zusammen in der großen Sache des Sozialismus, um der unerschütterlichen Produktionsweise des Kapitalismus ein Ende zu bereiten und der darübenden und unterjochten Menschheit eine dauernde Grundlage des Wohlergehens und der Freiheit zu verschaffen.

Ich bin jetzt im Dienste des Sozialismus ein recht alter Mann geworden, der die Einigung wohl nicht lange überleben wird. Ich glaube nicht an eine Unsterblichkeit der Seele. Aber ich glaube an die Unsterblichkeit der Arbeit, die wir für den Sozialismus verrichten. Wir wissen, der Sozialismus wird kommen, aber wir wissen auch, daß wir imstande sind, das gute Werk um 30, um 50 Jahre zu beschleunigen. Wir verlassen diese Konferenz mit einem Gefühl der Würdevollheit, wie wir es nie zuvor empfunden. Sammelt wie alle, Männer, Frauen, und nicht zu vergessen die Kinder. Nehmen wir alle in unsere Reihen auf, die unsere Grundzüge anerkennen.

Man hat uns die Arbeiterpartei genannt, die Partei, die mit an den Wagen denkt. Gewiß glauben wir, daß der gefällige Wagen, das physische Wohlergehen des Volkes die Grundbedingung für den Fortschritt der Menschheit ist. Aber dieser Vorwurf ist unbillig. Wieso könnte sonst der Sozialismus die Männer der Kunst und der Wissenschaft anziehen? Wir haben hier ein Begrüßungsschreiben von Walter Crane, dem größten Zeichner der Gegenwart, den man den englischen Albrecht Dürer genannt hat. Wir haben in unseren Reihen Wissenschaftler, deren Namen in allen zivilisierten Ländern berühmt sind. Diese Männer wissen, daß das Volk, um Kunst und Wissenschaft genießen zu können, zuerst von den Särden des Kapitalismus befreit werden muß. Wir predigen den Klassenkampf, aber nicht den Kampf gegen Individuen, sondern den Kampf gegen den Individualismus, wie er im Kapitalismus zum Ausdruck kommt.

Nichts hat uns mehr gerührt als das ermutigende Schreiben, das wir von der österreichischen Parteivertretung erhalten haben. Dort schildert uns Genosse S. L. A. T., wie das Werk der Einigung in Oesterreich zustande gekommen ist. Es war der praktische Sinn und der hohe Idealismus von Männern wie Viktor Adler, die die deutschen sozialistischen Sektionen zusammenbrachten. Folgen wir ihrem Beispiel, arbeiten wir wie sie, und ich bin sicher, daß die jungen Kämpfer, die ich hier im Saale sehe, noch die Verwirklichung unserer Ideale erleben werden. (Lauter Beifall.) Mit Hochrufen auf die sozialistische Einigkeit geht die Konferenz auseinander.

Aus der Partei.

Mit dem Jenaer Parteitag

Beschäftigten sich am Dienstag die Jülicher Parteigenossen. Die Genossen Stilling und Diez als Referenten erklärten sich mit dem Verlauf des Parteitages zufrieden, der die Gegner schwer enttäuscht, dafür aber gute Arbeit für die Partei geleistet habe. Schwärze Kritik erfuhr die Sonderzusammenkünfte der radikalsten Parteigenossen, in denen heftige Angriffe auf den Parteivorstand und einzelne Mitglieder erfolgt seien. Diese Sonderparteitage bilden eine Gefahr für die Einheit der Partei und mühten ebenso wie der sich fälschlicherweise „Wohlfahrtsausschuß“ nennende in Magdeburg gewählte überparteiliche Ausschuss befeitigt werden, solle nicht die Partei selbst Schaden leiden. Nach einer Debatte, die sich durchweg im Sinne der Referenten bewegte und an der sich die Genossen Promme, Döwig und Saloman beteiligten, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die am 3. Oktober tagende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins erklärt sich mit den Beschlüssen des Jenaer Parteitages einverstanden. Die Versammlung protestiert jedoch entschieden dagegen, daß die Parteitage delegierten der einen oder anderen Richtung gesonderte Zusammenkünfte abhalten und dadurch die Gegenfrage innerhalb der Partei verschärfen. Ein solches Treiben wirkt nicht einigend sondern zerlegend, und dadurch parteischädigend. Im Interesse der Einheit der Partei erwidert die Versammlung, daß derartige Zusammenkünfte, die den

Charakter von Sonderparteitage tragen, in der Folgezeit unterbleiben.“

Schweizerischer sozialdemokratischer Parteitag.

Das am Sonntag in Olten versammelt gewesene Parteikomitee hat beschlossen, den ordentlichen Parteitag auf den 2. und 3. Dezember nach Olten einzuberufen und zwar mit folgenden hauptsächlichsten Punkten der Tagesordnung: Reorganisation der Partei (Statutenvorlage der Vier-Kommission), kommunale Maßnahmen gegen die Fenerung (Referent: Gemeinderat Müller-Bern), Aufgaben und Taktik der Partei (Gruelich), Jugendorganisation (Stadttrat Pfister-Zürich), Frauenstimmrecht (Genossin Walter-Winterthur). Das Parteikomitee beschloß, mit allen Kräften für die Annahme des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes in der Volksabstimmung zu wirken. Dem Genossen Dr. Bruckstein, den die Genossen in Basel, deren Vertreter er bisher war, nicht mehr als Kandidaten für den Nationalrat aufstellen, sprach das Parteikomitee einstimmig sein unvermindertes Vertrauen aus.

Die Pressekommision der „Schwäbischen Tagwacht“ hat sich konstituiert. Sie besteht aus den Genossen Bildstein-Gannstatt, Sullmer-Stuttgart, Harlin-Weil im Dorf, Heidinger-Stuttgart, Neugebauer-Ludwigsburg, Westmeyer-Stuttgart und Genossin Jettin. Zur Vorsitzenden wurde einstimmig Genossin Jettin gewählt.

Genosse Bänzelburg ist, wie die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ mitteilt, in Eigersburg in Thüringen, wo er infolge der Ueberanstrengungen bei den Einigungsverhandlungen im Baugewerbe wegen eines Nervenleidens seit längerer Zeit zur Kur weilt, so schwer erkrankt, daß es zweifelhaft ist, wann er wieder völlig gesund werden wird.

Polkzeiliches, Gerichtliches usw.

Gewissenlose Hineinlegung eines Parteiblattes.

Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ hatte im Dezember vorigen Jahres einen Vorfall aus Flensburg veröffentlicht und kritisiert, der sich in der Nähe der Infanteriekaserne zugetragen hat. Am Abend des 24. Dezember 1910 hatte der Leutnant B. Lillencron drei Arbeiter durch Soldaten anhalten und einen davon zur Feststellung seines Namens gewaltsam auf die Wache bringen lassen. Die Arbeiter hatten erklärt, daß sie keinen Anlaß dazu gegeben hätten. Vor Gericht wurde aber festgestellt, daß einer der Arbeiter die Frau des Leutnants, die auf ihrem Mann vor der Kaserne wartete, in sehr zudringlicher Weise belästigt hatte. Der verantwortliche Redakteur der „Volkszeitung“ und der Flensburger Korrespondent hatten vor Aufnahme der Notiz die größten Vorsichtsmassregeln angewandt, aber die Arbeiter blieben immer wieder bei ihrer Behauptung, sie hätten keinerlei Anlaß zu dem Einschreiten des Offiziers gegeben. Der Staatsanwalt beantragte 200 M. Geldstrafe, das Gericht ging aber weit über das beantragte Strafmaß hinaus und verurteilte den Genossen Sakmirda zu 500 M. Geldstrafe. Nicht zustimmen können wir man aber der Annahme des Gerichts, daß der Offizier zu der gewaltsamen Festnahme des Arbeiters berechtigt war, umso mehr nicht, als die drei Arbeiter sich bereit erklärt hatten, bis zur nächsten Polizeistation mitzugehen.

Dr. Möller in Mannheim.

Dr. Möller-München, der Verfasser des Buches über die „Sozialdemokratie in den Krankenlaffen“, schickte sich von der Mannheimer „Volksstimme“ beleidigt, weil diese sich in vier Artikeln etwas eingehend mit seinem Buch beschäftigt. Die Artikel erschienen vor dem 12. Januar d. J.; am 24. April reichte Dr. Möller seinen Klageantrag gegen den Redakteur Kemmele ein. Am 3. Oktober war Verhandlungstermin festgesetzt, in welchem Möller durch seinen Münchener Anwalt vertreten war. Genosse Dr. Frank machte gegen die Klage Verjährungsfrist geltend, der längerer Anwalt hatte sich durch einen Berliner Reichsverbandbeamten bestätigen lassen, daß Möller von ihm erst Ende März die Artikel der „Volksstimme“ geschickt erhielt. Das nützte nichts. Dr. Möller wurde mit seiner Klage abgewiesen, die Kosten des Verfahrens hat er zu tragen.

Eingekerkertes Strafverfahren.

In dem vor kurzem gegen den Redakteur des „Wahren Jacob“, Genossen Heymann in Stuttgart, eingeleiteten Strafverfahren wegen Beleidigung der Polizeiverwaltung von Halle, begangen durch die Veröffentlichung des Gedichtes „Die Schlacht von Delau“, hat die Justiz sehr bald den Rückzug antreten müssen. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft dem Genossen Heymann bald nach seiner ersten Vernehmung durch den Knerjudenrichter mitteilte, hat sie beschlossen: „Das Verfahren unter Uebernahme der Kosten auf die 2. Staatsklasse einzustellen.“

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nummer 20 heben wir hervor: Rach der Deerschau. — Der Parteitag und die Jugendbewegung. — Auf Gummischuhen. Von Alvin Rudolph (Schluß). — Bildung und Zusammenlegung der Erdkruste. (Mit neun Abbildungen.) Von G. E. Graf. — Aus der Jugendbewegung. — Vom Kriegerdenkmal usw.

Beilage: Der König der Vogabunden (Fortsetzung). Erzählung von Erwin Rosen. — Herbst. Von Lu Märten. — Karl Hendell. Von Otto Koenig. (Mit Bild.) — Der Nil. (Mit Illustrationen und Karte.) — Ein Sonnenaufgang auf der Schwarzwaldböhe. Von B. G. — Gedichte von Karl Hendell. — Der sterbende Juave. Erzählung von Anna Mosegaard.

Aus der Frauenbewegung.

Bürgerliche Frauentagungen.

Die vierte Generalversammlung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht findet vom 5. bis 7. Oktober 1911 in Hamburg statt. Zwei prinzipielle Fragen werden auf dieser Versammlung zur Berprechung gelangen, und zwar in der öffentlichen Versammlung am Donnerstagnachmittag. Das Thema: Die Mitarbeit der Frauen in den politischen Parteien wird ebenfalls bejahend durch Frau Toni Weisbach-Berlin behandelt werden, wogegen sich Fräulein Lida Gustava Heymann verneinend, vom Standpunkt der deutschen Suffragette, mit dem obigen Thema auseinandersetzen wird. Eine zweite öffentliche Versammlung wird sich mit dem Frauenstimmrecht in Beziehung zu Staat, Fortschritt und Kultur befassen. Eine wichtige englische Suffragette wird unter anderem dazu reden. Die dritte öffentliche Versammlung mit den beiden Referentinnen Dr. jur. Anita Augspurg und Dr. Käthe Schirrmacher wird das Thema behandeln: Der alte und der neue Reichstag, Kritik und Fortentwicklung der Frauen.

Die geschäftlichen Debatten werden wieder einen Kampf um die Aenderung des § 3 der Satzung des Verbandes, der von dem allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht handelt, bringen. Und die Wahl des Vorstandes wird unter diesem Zeichen stehen. Jedenfalls wird gegen den augenblicklichen Vorstand seit längerem agitiert.

Lesende.

Königs-Wupperhausen und Wildau. Frauenleseabend heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Frau Wedhorn. Tagesordnung: Bericht von der Frauenkonferenz in Jena. Referentin: Genossin Ottilie Baader-Berlin. Die Parteigenossen werden ersucht, ihre Frauen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Der Vorstand.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Blüthner-Saal, Lützowstraße 70: Konzert und Fester des 100. Geburtstages Franz

Beizis unter Mitwirkung von Ref. Maria Etzlab (vgl. Hofopernsängerin), Herrn Emanuel Reicher (Vestling-Theater), Herrn Egon Petri (Klavier), Frau Margarete Wille (Klavier), Herr Walter Fischer (Orgel). — Billetts a 50 Pf. sind zu haben im Verein, bei Horst, Engelstraße 15; Gottfried Schulz, Admiralstraße 40; Frau Klotzsch, Richteplatz 1; Frau Jordan, Löhdecker Str. 43; Frau Antke, Kringsstraße 102; Frau Köhler, Schreinerstraße 58; Frau Panzeram, Pappelallee 76; Frau Guhn, Nordorfer Str. 89; Frau Döring, Steinmetzstr. 23; Frau Hammann, Niddorfer, Fontaneplatz 25; Frau Jalousy, Wiesenstr. 10; Frau Wohl, Klostoder Str. 27, und an der Kasse. — Montag, 18. Oktober, 8 Uhr abends, in Stellers Neuer Philharmonie, Köpplerstraße 96/97: Vortrag: „Ernährung, Einkommen und Besteuerung“. Referent: Emanuel Wurm.

Gerichts-Zeitung.

Ein beleidigter Lehrer.

Das Schöffengericht Lichtenberg hatte vor kurzem gegen den Genossen Vinseler in Friedrichsfelde verhandelt, welcher wegen Beleidigung des Lehrers Schrader in Friedrichsfelde angeklagt war. Nachdem die Verhandlung damals vertagt worden ist, weil noch eine Belastungszeugin geladen werden sollte, wurde die Sache gestern in einer länger als vier Stunden währenden Verhandlung zu Ende geführt. Die Beweisaufnahme ergab in der Hauptsache folgendes:

Am 8. Dezember 1910 fand in Friedrichsfelde eine vom sozialdemokratischen Wahlverein einberufene öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand die Berprechung der Friedrichsfelder Volksschulverhältnisse. Die Lehrer waren zwar zu der Versammlung eingeladen, es ging aber niemand von ihnen hin. Dagegen schickte der Lehrer Schrader seinen 15jährigen Sohn, seine 17jährige Tochter und deren Freundin in die Versammlung, um, wenn dort Beleidigungen gegen Lehrer ausgesprochen würden, dieselben stenographisch aufzunehmen. Auf diese Weise ist Herr Schrader und durch ihn der Lehrer Schrader zu der Kenntnis gekommen, daß Vinseler als Diskussionsredner, nachdem von Verhandlungen der Schüler die Rede war, gesagt haben soll: Früher, als die Lehrer noch Schuster und Schneider waren, habe man solche Ausschreitungen allenfalls verstehen können, aber nicht heute, wo doch die Lehrer gebildete Leute seien, aber gebildet sein wollende Leute, die ja mit den studierten Leuten auf eine Stufe gestellt sein wollen. — Ein andere Aeußerung Vinselers ging dahin: Ein Lehrer in Friedrichsfelde, der früher an der Mädchenschule war, sei infolge einer Beschwerde an die Knabenschule versetzt worden, dann mit einer Geldstrafe von 20 M. belegt und nachher wieder an die Mädchenschule zurückversetzt worden, weil er an der Knabenschule nicht zu gebrauchen gewesen sei. — Den letzten Satz gebraucht zu haben, bekreitet Vinseler. Auch in dem Stenogramm der beiden jungen Mädchen ist er nicht enthalten, sie wollen ihn aber, ebenso wie der 15jährige Schrader gehört haben. — Da die tatsächlichen Angaben Vinselers auf den Lehrer Schrader zutreffen, so fühlt dieser sich beleidigt durch die Behauptung, er sei an der Knabenschule nicht zu gebrauchen gewesen, sowie durch die Bemerkung, die Lehrer seien gebildet sein wollende Leute.

Vinseler berief sich darauf, daß seine Ausführungen in der Hauptsache dahin gingen, die Eltern, deren Kinder in der Schule mißhandelt würden, zu beschweren bei der Schulaufsichtsbehörde zu veranlassen. Im übrigen habe er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, nicht nur in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher, sondern auch als Vater, denn seine im Jahre 1904 verstorbene Tochter habe die Klasse des Lehrers Schrader besucht und ihm, dem Vater, mitgeteilt, daß dieser Lehrer die Schülerinnen mit Schimpfwörtern wie „Lasse“, „Gef“, „Rindvieh“, „Kamel“ belege. Vinseler habe deswegen Beschwerde gegen den Lehrer Schrader erhoben. Darauf habe Schrader in der Klasse gestraft, weissen Vater die Beschwerde veranlaßt habe. Als von einer Schülerin der Name Vinseler genannt worden sei, habe Schrader die Grette Vinseler vor der ganzen Klasse als Ringerin bezeichnet. In der Folgezeit — so sagte Vinseler — sei seine Tochter vom Lehrer völlig ignoriert worden, sie habe von da an schlechte Zeugnisse bekommen, während sie vormals stets gute Zeugnisse erhalten habe. Nun habe er sich beim Schulpfessor beschwert. Bald darauf sei Schrader an die Knabenschule versetzt worden. Grette Vinseler, die kränzlich war und auf Anordnung des Rektors mit Schonung behandelt werden sollte, sei später von einem anderen Lehrer derart mißhandelt worden, daß er (Vinseler) glaube, der Tod seiner Tochter sei auf diese Mißhandlung zurückzuführen. Das alles habe ihn veranlaßt, in der Versammlung auf Mißstände in der Volksschule hinzuweisen.

Lehrer Schrader, der in dem von der Staatsanwaltschaft geführten Verfahren als Nebenkläger zugelassen war, gab als Zeuge zu, daß er die Schimpfwörter „Lasse“ und „Gef“ seinen Schülerinnen gegenüber in der Erregung gebraucht hat. Daß er die Mädchen auch „Rindvieh“ und „Kamel“ geschimpft hat, weiß er nicht. — Mit der Verurteilung Schraders zu 20 M. Geldstrafe hat es, wie durch Verlesung des betreffenden Strafammerurteilens festgestellt wurde, seine Richtigkeit. Die Strafammer hat Schrader am 4. März 1908 wegen vorläufiger Körperverletzung im Amt verurteilt, weil er einen Schüler mit dem gestrichelten Fuß gegen den Schenkel stieß. . . . Das hat aber Herr Schrader in den Augen seiner Vorgesetzten nicht geschadet, denn im Jahre 1908 wurde er an die Mädchenschule zurückversetzt, und zwar nicht — wie Vinseler gesagt haben soll —, weil er bei den Knaben nicht zu gebrauchen war, sondern die Verlesung war — wie der Kreis-Schulpfessor, Schultat Vandike sagte — eine Anerkennung für Schrader, der ein tüchtiger Lehrer sei und in einem Spezialfach an der Mädchenschule benötigt worden sei.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, bot Beweis dafür an, daß Schrader sich eine Reihe großer Ausschreitungen gegen Schülerinnen habe zuschulden kommen lassen. Es solle bewiesen werden, daß Schrader eine Schülerin mit dem Mohrtod in Gesicht schlug, so daß ihr Zahne und Lippen bluteten; daß er in einem anderen Falle zwei Schülerinnen mit den Köpfen zusammenstieß und dabei sagte: „So ein Faak kommt hierher“; daß er in anderen Fällen Schülerinnen schimpfte: „Idioten“, „faules Faak“, „Ihr trinkt ja vor Faulheit“ und dergleichen mehr. — Das Gericht lehnte diese Beweisanträge ab.

Der Staatsanwalt beantragte nach reichlichem Gebrauch von löbenden langweiligen Worten über die angebliche Tugend des Sozialdemokraten Vinseler, die Volksschule und ihre Lehrer herunterzusetzen, einen Monat Gefängnis. — Auch der Anwalt des Nebenklägers schloß sich diesem Antrage an.

Rechtsanwalt Rosenfeld beantragte Freisprechung, weil nicht erwiesen sei, daß der Angeklagte die als beleidigend aufgeführten Aeußerungen gebraucht, und daß er im übrigen in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Unter anderem verwies der Verteidiger darauf, daß vor nicht langer Zeit schon ein Strafverfahren gegen Vinseler schwand, weil er gesagt hatte, die Schulpfänder würden brutal mißhandelt. Die Beleidigung hatte einen umfangreichen Wahrheitsbeweis vorbereitet. Aber es kam nicht zur Hauptverhandlung, weil kurz vor derselben der Straf Antrag zurückgezogen wurde. Aus welchen Gründen das geschah, darüber wollte Schulpfater Vandike in der heutigen Verhandlung keine Angabe machen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen formaler Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe.

Die Verurteilung dürfte die Strafe kaum aufrechtzuerhalten.

Ein Mordprozeß

gelangte gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zur Verhandlung. Aus der Untersuchungshaft wurde der 19jährige frühere Eisenbahnwärter, jetzige Postkastenbedienter Walter Ewis vorgeführt, um sich wegen Mordes gemäß § 211 St. G. B. zu verantworten. — Der Angeklagte hat das Gymnasium bis Unsterbertia besucht, kam dann auf eine sogenannte Presse, konnte aber auch hier das Einjährigengexamen nicht bestehen. Er trat dann bei der Eisenbahnbedienungsstelle ein und erhielt hier den Titel „Eisenbahnbedienter“. Schon nach kurzer Zeit schied er aber aus und dieser Stellung wieder aus und trieb dann einen Handel mit Postkarten. Im August vorigen Jahres machte er in der Leiggiger Straße die Bekanntschaft der damals 19jährigen Schneiderin Ida Dietzner, die

für verschiedene Geschäfte Näharbeiten anfertigte. Aus der Bekanntschaft entwickelte sich ein intimes Liebesverhältnis. In der Weihnachtszeit erschien dann der damals gerade 18jährige Angeklagte im Gehrock und Zylinder mit Blumenstrauß bei den in der Kollstrasse in Groß-Niedertelde wohnhaften Eltern des jungen Mädchens, um dort seinen förmlichen Heiratsantrag anzubringen. Er legte sich hierbei einen falschen Namen bei, gab sich als Reserveoffizier aus und erzählte, daß er ein großes Vermögen in ganz kurzer Zeit erhalte. Sein Vater sei verstorben, seine Mutter befinde sich in einer Irrenanstalt, so daß irgendein Ehehindernis nicht bestehe. Zu Ostern fand dann die offizielle Verlobung statt. Dem Angeklagten wurde später, als seine Eltern hinter dieses Verhältnis gekommen waren, jeder weitere Verkehr mit der W. untersagt. Der Angeklagte verließ bald darauf das Elternhaus und mietete sich in Groß-Niedertelde ein möbliertes Zimmer. In der Folgezeit kam es zwischen dem Vater des Angeklagten und dem jungen Mädchen zu einer erregten Szene, die damit endete, daß die W. zur Polizeiwache geführt wurde. Dieser Vorfall, in Verbindung damit, daß inzwischen das ganze Lügengewebe des Angeklagten zur Kenntnis der Eltern gekommen war, führte dazu, daß sich die W. auf den Rat ihrer Eltern immer mehr und mehr zurückzog, um schließlich sich im Guten von ihm zu trennen. Am frühen Morgen des 18. August dieses Jahres fand zwischen den beiden eine Aussprache statt, in der die W. erklärte, daß sie endlich mit ihm „Schluß machen“ wolle. Bei dieser Gelegenheit wurde sie von dem Angeklagten gebeten, ihm noch am Abend ein letztes Rendezvous zu geben. Gegen 10 Uhr abends vernahm der in der Kollstrasse wohnhafte Brauer Schulz, als er sich gerade zu Bett legen wollte, auf der Straße einen langen, durchdringenden Schrei. Er eilte an das Fenster und sah auf der gegenüberliegenden Stroßenfront den jehigen Angeklagten stehen, der sich über die wie leblos in seinen Armen liegende Ida Wirtner beugte und sie liebte. Der Zeuge hörte, wie das Mädchen ausrief: „Walter, Du hast mich getödet!“ und bald darauf zu Boden sank. Infolge des Ausrufes hatten sich mehrere Menschen angesammelt. Ein Kaufmann Heider, der nicht wußte, um was es sich handelte, bot sich an, einen Arzt zu holen. Der Angeklagte erwiderte: „Lassen Sie man, das hat keinen Zweck mehr, die stirbt doch gleich.“ Gleich darauf erklärte er: „Das ist meine Braut, es ist also Privatfache, ich habe sie getödet.“ Eine gleiche Äußerung machte er dem Polizeiergeanten Brandt gegenüber, dem er mitteilte, daß das zur Tat benutzte Messer unter einem in der Nähe befindlichen Baum liege, wo es dann auch gefunden wurde. Ein zufällig des Weges kommender Arzt konnte nur noch den Tod des Mädchens konstatieren. Bei der Abführung des Täters sprach er den Wunsch aus, seine Braut noch einmal küssen zu dürfen und bei ihr die Totenwache halten zu können. Bei der Obduktion ergab es sich, daß die Wirtner durch einen Stich mit dem Messer eines sogenannten Reifebestecks, der die Lungenschlagader durchbohrt hatte, getötet worden war. Bei seiner ersten Vernehmung gab er an, er habe die W. auf ihren ausdrücklichen Wunsch hin getötet. Später widerrief er diese Angabe und trat plötzlich mit der Behauptung hervor, das Mädchen habe sich selbst getötet, nachdem er sich geweigert habe, auf ihr Verlangen hin den tödlichen Stich beizubringen. — Die Ermittlungen ergaben, daß die W. ein stets lebenslustiges und vergnügtes Mädchen war und wiederholt geäußert hatte, daß sie sich freudig, den Angeklagten bald los zu sein. Die Anklage nimmt deshalb an, daß sich der Angeklagte eines mit voller Ueberlegung ausgeführten Mordes schuldig gemacht habe.

Das Urteil lautet, nachdem die Geschworenen nur die Schuldfrage nach Tothschlag unter Zuhilfenahme mildernder Umstände bejaht hatten, mit Rücksicht auf die beispiellose Verlogenheit und die vom Angeklagten bewiesene niederträchtige und gemeine Gesinnung, die darin zum Ausdruck kam, daß er nicht davor zurückschreckte, die Person, die er angeblich geliebt, nachträglich zu verunglimpfen, auf das vom Staatsanwalt beantragte Höchstmaß von fünf Jahren Gefängnis.

Ugrarische Landjustiz.

Aus Halle a. S. berichtet man und: Der Großgratier Albert Kuhree von Landsberg, der gestern vor dem Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt war, hatte einen Koller beantragt, seine Liegenschaften für 165.000 M. zu verkaufen. Als

der Koller am 17. August im Zivilgericht eine Restprovision von 600 M. verlangte, kam es zu Differenzen. Nach dem Verlassen des Gerichtssaales nahm der Agrarier seinen Knüttel und verpackte damit seinem Gegner mehrere Schläge über den Kopf. Der Richter handelte laut blutend zusammen und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Rechtsanwalt beantragte gegen den Verübder der Rohheit drei Monate Gefängnis. Das Gericht ließ ihn mit 60 M. Geldstrafe davon kommen.

Das Armenrechtsgesetz unterbricht die Verjährung.

So hat das Reichsgericht in einem am 2. d. Mt. verhandelten Schadenersatzprozeß entschieden. (Allenz. VI, 476, 10.)

Soziales.

Der Omnibus in der Grube.

Der Chauffeur Sch. Nagle beim Gewerbegericht gegen die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft. Er forderte 113,19 M. rückständigen Lohn und die Rückgabe der Kautions von 100 M. Die besagte Gesellschaft machte im Wege der Widerklage eine Schadenersatzforderung von 560 M. geltend, die sie gegen die Klägerische Forderung aufrechnen wollte. Der Kläger war eines Abends beim Nachhausefahren mit dem Wagen in eine an der Gräberstraße und Kottbuser Straße aufgeworfene Grube, die durch Umzäunung und Licht kenntlich gemacht worden war, hineingefahren. Die Wiederherstellung des bei dem Unfall demolierten Wagens hat der Gesellschaft 500 M. gekostet. Der Kläger gibt an, daß ihm plötzlich etwas in die Augen geflogen war, wodurch er am Sehen behindert war. Schon in dem nächsten Moment war er aber mit dem Wagen schon in der Grube drin. Die auf Antrag der Beklagten vorgenommene Beweisaufnahme ergab kein Verschulden des Klägers. Das Gewerbegericht unter Vorbehalt des Magistratsrats Schutz verurteilte die Beklagte dem Klageantrag entsprechend und wies die Widerklage ab.

Aus aller Welt.

Italienische Kriegsheer.

Aus Rom wird uns geschrieben: Die Kriegsbegeisterung gemahnt wird, das konnte man am Montagabend auf der Piazza Colonna beobachten. Auf dem Platze, der Mittelpunkt des römischen Straßenlebens ist, konzertierte die Kapelle des Guardia Civile. Gleich nach Beginn der Musik tauchte aus der Menge (es muß schon vorher bereit gehalten worden sein) ein Transparent auf, das die Aufschrift enthielt: „Tripolis italienisch“ und von zwei italienischen Fahnen flankiert war. Daneben erschien noch ein kleines, ziemlich mahlungenes Transparent, das den Türken durch den Italiener an die Wand gedrückt darstellte. Nachdem die Menge an diesen Dingen sich genügend lange „begeistert“ hatte, erfuhr die Sache eine Steigerung. Man befestigte an der einen Seite des großen Transparent ein großes W. Das kam meiner Ansicht nach nur eine Anspielung auf den deutschen Dreibundsgenossen gewesen sein. Das Mädchen und Hurrarufen steigerte sich. Dann verschwand das Transparent nochmals auf kurze Zeit; nachdem es wieder aufgetaucht war, trug es auf der Rückseite des großen W einen ziemlich schenkelig karikierten blutigen Türkenkopf, umrahmt von dem türkischen Halbmond und darüber die Aufschrift: „Ultimo quattro“ (Letztes Viertel). Man konnte aus dieser Zusammenstellung so mancherlei sich zusammen reimen: der abgeschüttelte Türkenkopf charakterisiert nämlich treffender als alles andere die tatsächlich blutigste aller Halsabschneidereien, die Italien sich gegenüber der Türkei mit diesem Kriege geleistet hat. Aber solche Erwägungen lagen natürlich den „begeisterten“ Reuten auf der Piazza Colonna, die alleamt ihre Knochen nicht nach Tripolis tragen, durchaus fern. Für diese gedankenlose Menge hatte die Sache, die von einigen jungen, noch nicht militärpflichtigen Reuten arrangiert war, ihren Zweck erfüllt. Soweit ich Arbeiter in der Menge sehen konnte, machten diese den Begeisterungstau mel nicht mit.

echt amerikanisch.

In Hopkinsville, einem kleinen Städtchen im Staate Kentucky, wo jeder Erwachsene zum mindesten den Oberstentitel führt, hat sich eine blutige Familienscène zugetragen, wie sie selbst in den Annalen des an Ruhm so reichen Staates bisher kaum zu verzeichnen war. Die beiden hochangesehenen alten Familien Smith und Barnett befanden sich seit Jahren in einem schweren Streit um eine alte Erbschaft. Am Mittwoch wurde auf dem Marktplatz des Städtchens vor der Cityhall in Gegenwart fast der gesamten Einwohnerschaft eine regelrechte Schlacht zwischen den beiden Parteien ausgekämpft. Bei der zwölf Personen ihr Leben ließen. Der Oberst Smith traf seinen alten Widersacher den Oberst Barnett und begräßte ihn mit einigen Kugeln aus seinem Browning. Er verfehlte seinen Gegner jedoch und mußte diese Unvorsichtigkeit mit dem Leben bezahlen. Seine Angehörigen rächten sich, indem sie zwei Söhne Barnetts erschossen. Die Barnetts zogen darauf ihre gesamte Verwandtschaft heran, während die Smiths durch die ihnen verschwägerten Dennys Unterstützung erhielten. Als die Polizei einschritt, zogen sich die Smiths und die Dennys in eine, den Dennys gehörende Villa zurück, wo sie sich gegen die Polizei und die Barnetts stundenlang verteidigten. Nach heftigem Feuergefecht wurde schließlich die Villa im Sturm genommen. Allein drei Stadtvorordnete von Hopkinsville, Kellie, Collins und Henry blieben auf dem Kampffeld. Ueber zwanzig Personen wurden schwer verletzt. In der Stadt herrschte eine ungeheure Aufregung während des Kampfes und hohe Wetten wurden über den Ausgang des Kampfes abgeschlossen.

Kleine Notizen.

Eisenbahners Ende. Auf dem Rangierbahnhof in Gleiwitz wurde der Weichensteller Macinga von einem Personenzug erfasst und überfahren. Der Unglückliche, der sofort getötet wurde, hinterläßt eine Frau und fünf Kinder.
Opfer des Sturmes auf der Nordsee. Wie aus Blissingen berichtet wird, ist außer dem Pilotenschiff Nr. 2 auch das Pilotenschiff Nr. 3 gesunken, von dem man seit dem Ausbruch des Sturmes ohne Nachricht war. Von den an Bord befindlichen 15 Mann Besatzung vermutet man, daß sie ertrunken sind. Ein kleiner Dampfer ist bei Dinter gesunken. Ueber die Mannschaft ist man noch ohne Nachricht.
Ein Todesopfer der Toulouner Panik. Eine Frau, die bei der Panik während des Leichenbegängnisses der Opfer der „Liberté“ niedergeworfen und getreten worden war, ist ihren Verletzungen erlegen. Der Zustand der anderen Verletzten ist befriedigend.
Eisenbahnunglück in Spanien. Der Nachtschnellzug der Linie Barcelona-Terdeu ist auf der Station Figueras mit einem Güterzug zusammengestoßen. Das Personal beider Züge und zahlreiche Reisende wurden verletzt.

Witterungsübericht vom 5. Oktober 1911.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Tag	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Tag
Emmental	765	SW	1	heiter	8	Saparanda	759	SW	4	bedeckt	3
Hamburg	765	SW	2	wolfig	9	Petersburg	758	SW	2	Regen	9
Berlin	764	SW	1	heiter	7	Seibitz	764	SW	0	5 wolfig	12
Frankfurt	762	SW	1	Regen	9	Dortmund	770	SW	2	wolfig	7
München	763	SW	5	bedeckt	9	Wien	760	SW	2	Regen	3
Wien	761	SW	1	wolfig	9						

Wetterprognose für Freitag, den 6. Oktober 1911.

Zeitweise neblig, vorwiegend heiter und trocken, nachts etwas kühl, am Tage ziemlich kühl bei mäßigen SWlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 3. Oktober verstarb unser Genosse, der Brauereiarbeiter
Rudolf Schülke
Geburtsort Strake 14.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Pioniergemeinde, Nieber-Schönhausen, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung erlaucht
251/8
Der Vorstand

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am Dienstag, den 3. Oktober, verstarb ganz plötzlich unser Kollege
Paul Höstermann
im Alter von 42 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 1/2 Uhr, von der Halle des Kirchhofes Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
29/4
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die herzlichste Teilnahme und die vielen Kränze bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Bräutigams, des Buchhalters
Georg Wuttig
Rantstraße 49
lagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie dem Vorstand, der Geschäftsleitung und den meisten Kollegen der Ortskrankenkasse der Schneider und Schneiderrinnen, Seidamauerstr. 37/38 und des 6. Berliner Wahlkreises unseren innigsten Dank.
9636
Die trauernden Hinterbliebenen.

Unserem Genossen
Karl Wolter nebst Braut
die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Genossen vom Les- und Diskutierklub „Liebknecht“.

Unserem Freunde u. Genossen
Karl Wolter nebst Braut
Genossin **Clara Wilke**
zur heutigen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen des 514. Bezirks.

Ziehung am 11. u. 12. Oktober unwillkürlich.
Genehmigt für die Preuss. Monarchie.
Hamburger Lotterie
Ausstellungs-
Preis 1 Mk. das Los.
4771 Gewinne i. Gesamt w. Mark
70000
20000
10000
Hauptgew. 100.000 M.
Hamburger Lose à 1 Mk.
11 Lose = 10 Mk. Porto u. Liste 25 Pf.
in Lotteriegesch. u. Losverkaufsstellen
Lud. Müller & Co.
Berlin C., Breitestr. 5.
Officiere in nur frischer, schöner Ware:
Nur ein Preis!

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).
In neuer Auflage sind erschienen:
Referenten-Führer.
Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationsfähigkeit notwendigen Wissens u. Könnens.
Von **Eduard David.**
Preis 1.50 M.
Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850.
Von **Karl Marx.**
Mit einer Einleitung von Friedrich Engels und einem Vorwort von August Bebel.
Preis 1 M., gebd. 1.50 M.
Zeitungs-Fremdwörter und politische Schlagwörter.
Beideutsch und erläutert von **Adolf Braun.**
Preis 30 Pfennig.

Neu!
Amerikanische Schutzhose
mit selbsttätigen verstellbaren Trägern.
Von d. Gewerbeinspektion empfohlen.
D. R. G. B.
Bester Schutz gegen Betriebsunfälle.
Praktische Erfindung!
Die Schutzhose ist aus prima echt indigoblauer Ädper fest gearbeitet, reicht bis an die Kniehöhlen heran.
Hinten 2 Taschen.
Trotz der vielen Vorzüge kostet die Schutzhose nur
Mk. 3.95
Extra weill. 4.50
Burschen-Größe 3.45
Bei Entnahme von 6 Stk. 5% Rabatt.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Flaschenreparateur
Rudolf Schmelke
(Geb. 11)
im Alter von 25 Jahren an der Choleraerkrankung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von Leichenhalle des Pionierhofes in Nordend aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
44/13
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bretterträger
Adolf Margenfeld
am 3. Oktober im Alter von 33 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pionierhofes, Pionierstr., Nordend, aus statt.
71/8
Die Bezirksverwaltung.

Dankfagung.
Für die herzlichste Teilnahme und die vielen Blumenpenden bei der Beerdigung meiner unermöglichen Frau, guten Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante lagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma Kessel u. Co. und Kollegen herzlichsten Dank.
9636
Paul Kolsch nebst Sohn.

Dankfagung.
Für die herzlichste Teilnahme und die vielen Kränze bei der Beerdigung meines geliebten Sohnes
Franz
lagen wir allen Freunden, Genossinnen und Genossen, seinen künftlichen Kollegen, den Sängern sowie dem Genossen Ritsche für die ergreifendsten Worte in der Halle unseren innigsten Dank.
9676
Familie Nowakowski.

Fette junge Gänse 0,68
7-12 Pfund schwer. 112/2*
Nur allererste Qualität
Gäuserümpfe, halbe Gänse.
Fette Suppenhähner, 1/2 Bräuhäner.
F. Wegner, 50. Mariannenstr. 34.

Blumen- und Franzbinderrei
von **Robert Meyer,**
nur **Mariannen-Str. 2.**

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Str. 37a (2. Haus von der Jerusalemstr.)
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt-Str. 115 (2. Haus von der Androssstr.)
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegant Genoz. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Berufs- und Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
Spezialhaus größten Maßstabes
11 Brüder-Str. 11.
Chauffeur-Str. 29/30.
Gr. Frankfurter Str. 20.
Schöneberg, Hauptstr. 10.
Haupt-Katalog kostenfrei.
Radfahrräder verholten.
Reparaturen Spez.: Inerriehlich sanftere Weiche für Fahrer. Tonverbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone nachklingen ähnlich ist. Wesentliche Vorteile und eventuelle Katalogzahlung für Vorwärtsabkommen. Ungewöhnlich ebene Anwesenheiten.
Smil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgeigenbau in Berlin C., Joachimstr. 11c.

Am Dienstag, den 3. Oktober, verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Buchbinder
Emil Thomas
im 49. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Das Personal der Buchbinderei
H. S. Hermann.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. Oktober, nachmittags 1 Uhr, auf dem neuen Friedhof, Spittel-Str. 10, in Schöneberg, Tempelhofer Str. 111, aus statt.
9956

Am Dienstag, den 3. Oktober, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Pionierhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Paul Höstermann.
Ehre seinem Andenken!
Das gesamte Personal der Buchdruckerei Otto Eisner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Pionierhofes, Pionierstr., Nordend, aus statt.
9956

Große Firma pergrüßt
Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren
auf **Teilschlingung ohne Anzahlung.**
Keine Rottweil. Chiffre 8.100, Verwilt. Exped. Auguststr. 30.

Wie sollen wir schlafen?
Broschüre 190a für **Nervöse, Schlaflose und Gesunde,** die normal schlafen wollen, versendet gratis und franko.
R. Jaekels Patent-Möbel-Fabrik, Berlin, Markgrafstr. 20, München, Dienenstraße 6.

Stadtverordneten-Versammlung.

29. Sitzung vom Donnerstag, den 5. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Die Ausschüsse für die Anträge Dr. Krons und Genossen (Soz.): 1. betr. die

Gehalts- und Lohnaufbesserung

für städtische Beamte, Hilfskräfte und Arbeiter und die Bewilligung von Teuerungszulagen, 2. Begründung eines städtischen Wohnungsamtes usw., sind gemahlt. Im ersteren ist die sozialdemokratische Fraktion durch Hünke, Mann, Ritter, Dr. Wehl, im zweiten durch Grünwald, Heimann, Rosenfeld und Wengels vertreten.

Zunächst finden Erbschaftswahlen für den verstorbenen Stadtd. Deutsch (Soz. fortshr.) statt. Es werden gewählt in die Gewerbe-Deputation Stadtd. Mengele und in die Schuldeputation Dr. Kathan. Zwei weitere Erbschaftswahlen werden auf die nächste Sitzung verschoben.

Der eingesehete Ausschuss für die Magistratsvorlage wegen

Bereitstellung der Prenzlauer Straße

auf 10 Meter hat mit 7 gegen 3 Stimmen den Magistratsantrag abgelehnt und empfohlen, den Magistrat um schleunige Einbringung einer Vorlage zu ersuchen, welche die Verbreiterung auf 24 Meter vorschlägt. Referent ist Stadtd. Kuhlmann (fr. Fr.).

Stadtd. Manasse (Soz.): Wir schließen uns nur dem Urteil der Fachleute an, wenn wir hier gegenüber den Statuten die Verbreiterung auf 24 Meter verlangen. Damit treiben wir wahrhaft praktische Kommunalpolitik. Zunächst soll ja doch auch nur eine neue Kaufstrecke beschlossen werden. Nicht nur die Verkehrsverhältnisse, sondern auch die Rücksichten auf die Volkshygiene gebieten eine Verbreiterung auf 24 Meter.

Stadtd. Löfer (A. L.) hält 19 Meter für genügend, ist aber nicht abgeneigt, auf 22 Meter zu gehen. Das sei die Breite der Leipziger Straße, und diese Breite würde für 100 Jahre ausreichen.

Stadtd. Max Schulz (A. L.) tritt für 24 Meter ein. Die ganze zukünftige Entwicklung des Nordostens, zumal die von Weihensee, drängen auf die Prenzlauer Straße hin. Man solle doch nicht kurzfristige und engherzige Kommunalpolitik treiben und keinen Unterschied zwischen der Prenzlauer, Königs- und Landsberger Straße machen.

Stadtd. Dr. Franz verteidigt die Magistratsvorlage. Die Prenzlauer Straße sei nicht die einzige Zubringerin vom Nordosten; diesem Zweck diene auch die Weidenpferstraße. Der finanzielle Gesichtspunkt spiele nur nebenher mit. 19 Meter Breite werde für lange Zeit ausreichen; 22 Meter Breite hätten für das Verkehrsinteresse keine größere Bedeutung als 19 Meter, denn wolle man den Fahrbaum auf 15 Meter Breite bringen, so müsse die Gesamtverbreiterung auf 24 Meter erfolgen.

Stadtd. Körte (fr. Fr.) spricht sich entschieden für 24 Meter aus. Stadtd. Gremer (A. L.): Die Prenzlauer Straße hat keinen Durchgangsverkehr; 22 Meter dürften völlig genügen.

Stadtd. Manasse tritt den Ausführungen des Stadtrats entgegen. So sei es doch ein sehr unangenehmer Blinddarmpflicht, wenn die 26 Meter breite Prenzlauer Allee in die nur 19 Meter breite Prenzlauer Straße einmünde.

Stadtd. Dr. Krause: Wenn die Charlottenstraße 22 Meter hat und verlängert werden soll, so können wir doch füglich keine andere Breite für die Verlängerung wählen. Tatsächlich machen 19 und 22 Meter einen Unterschied nur in der Bauhöhe.

Der Ausschussantrag wird mit schwacher Mehrheit angenommen.

Um 6 Uhr wird in

gemeinsamlicher Sitzung

mit dem Magistrat unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kitzner die Wahl von 40 Mitgliedern und 40 Stellvertretern zur Vertretung Berlins in der Bundesversammlung für Groß-Berlin vorgenommen. Es werden 10 Magistratsmitglieder und 30 Stadtverordnete gewählt und zwar durch Zufall. Unter den Gewählten befinden sich folgende 8 Mitglieder der sozialistischen Fraktion: Dr. Krons (Vertreter Mann), Wasner (Leid), Bruns (Hünke), Heimann (Glode), Hoffmann (Dr. Lieb-Knecht), Pfannuch (Schulz), Stadthagen (Wurm), Dr. Wehl (Dr. Bernstein).

Ein Antrag Löfer und Genossen (A. L.) geht dahin:

„Der Magistrat wolle für den Teil der Charlottenstraße zwischen den Linden und Weidenpferstraße zwecks der notwendigen Verbreiterung schleunigst eine neue Kaufstrecke festlegen.“

Stadtd. Löfer verweist auf die Absicht der Diskontogesellschaft, an dieser Stelle einen Neubau auszuführen, stellt anheim, eine Verbreiterung auf 19 Meter zu empfehlen, und beantragt Ausschussberatung.

Stadtd. Dr. Krause wirft einen Rückblick auf frühere Verbreiterungsprojekte. Burszeit sei die Straße an der Stelle 13 1/2 Meter breit. Einer Verbreiterung auf 19 Meter habe die Diskontogesellschaft nicht zugestimmt; sie habe sich aber zur kostenlosen Abklärung eines 2 Meter breiten Streifens bereit erklärt. Dadurch komme die Straße auf 15 1/2 Meter. Der Fahrbaum von 7 1/2 Meter genüge, um 3 Fußwerke nebeneinander fahren zu lassen. In wenigen Wochen werde eine bezügliche Vorlage gemacht werden.

Stadtd. Löfer zieht hiernach seinen Antrag zurück.

Der Antrag der dem Verein für Feuerbestattung gehörigen

Urnenhalle

in der Gerichtstraße nebst Urenenhain nach Einbau einer Krematoriumsanlage für 220 000 M. wird einstimmig beschlossen, nachdem Stadtd. Leid bemerkt hat, daß auch seine Fraktion der Vorlage zustimme, ohne sich direkt auf die von dem Verein für Feuerbestattung in Aussicht genommenen Gebührensätze, so 100 M. für jeden Ashensbestattungspfad, festzusetzen.

Das Ortsstatut über die

Einschränkung der Sonntagsarbeit

in offenen Verkaufsstellen soll jetzt endlich — der Beschluß der Versammlung datiert vom 16. Februar 1911 — dem Oberpräsidenten zur Genehmigung eingereicht werden und ev. am 1. November in Kraft treten. Zugleich werden noch einige zur Klarstellung erforderliche redaktionelle Veränderungen vorgeschlagen.

Stadtd. Hünke: Wir bitten, zur Beilegung auch der geringsten Unklarheit in dem Ortsstatut zu sagen: „vom 1. Mai bis inkl. 30. September“, und „vom 1. Oktober bis inkl. 30. April“; sonst könnten manche Ausleger auf den Gedanken kommen, der 30. September und der 30. April seien von der Sonntagsruhe frei. Damit können wir die Vorlage annehmen. Aber ein paar freundliche Worte muß ich dem Magistrat und dem Stadtrat Naas doch dafür sagen, daß sie es fertig gebracht haben, einem großen Teil der Bevölkerung die erweiterte Sonntagsruhe in diesem Sommer zu rauben. Die Vorlage kam schon vorigen Dezember an uns, im Februar wurde sie von uns verabschiedet; wir hielten den 1. Mai als Termin des Inkrafttretens für selbstverständlich.

Am 24. Mai wurde dann der Antrag Vamberger angenommen, der den Magistrat um schleunigste Durchführung ersuchte. Jetzt haben wir Anfang Oktober, über 5 Monate hind ins Land gegangen, ehe uns die heutige Vorlage kam. Eine derartige Verschleppung können wir nicht gutheißen; im Namen einer ganzen Reihe von Angehörigen wird von kleinen Gewerbetreibenden bedauert die Aufschiebung, daß ihnen in diesem wunderbaren Sommer diese Sonntagsruhe verloren gegangen ist. Es hat erst des Protestes

schlechter Angestellter bedurft, ehe uns endlich die heutige Vorlage gemacht wurde.

Stadtrat Naas: Gegen diese freundliche Begrüßung muß ich den Magistrat in Schutz nehmen. Wir haben doch erst die Beschlußfassung der Vororte abwarten wollen, und noch heute haben wir von 3 bis 4, so von Stralau und Tempelhof, keine Antwort. Trotzdem werden wir das Ortsstatut jetzt zur Genehmigung vorlegen.

Stadtd. Goldschmidt (A. L.) freut sich, daß der Magistrat selbst endlich ungeduldig geworden ist, und hofft, daß der Oberpräsident seinerseits nicht lange auf sich warten lassen werde.

Die Vorlage gelangt darauf mit der beantragten Modifikation zur Annahme.

Im Anschluß an die Uebersicht über die öffentliche Beleuchtung

für April/Juni 1911 gibt auf Ersuchen des Vorsitzers Stadtrat Ramsdau Auskunft über die Explosion auf dem Tegeler Gaswerk. Von den Einzelheiten ist auf der Tribüne nichts zu verstehen.

Die Vorlage betr. die Erhebung von Beiträgen zu den Kosten der Verbreiterung der Hofstraße auf der Nordseite beantragt Stadtd. Kuhlmann in einem Ausschusse vorzugeben. Nachdem auch Stadtd. Manasse sich in gleichem Sinne ausgesprochen, wird demgemäß beschlossen.

In einer Nachtragsvorlage ersucht der Magistrat die Versammlung um ihre Zustimmung dazu, daß vorläufig in 7 Markthallen der Außenbezirke circa 70

Seefischverkaufsstellen

eingerichtet werden, daß die Seefische an den Hafenplätzen frisch und billig angeliefert und durch hiesige Fischhändler an diesen Stellen zu von der Verwaltung festgesetzten Preisen an die Berliner Bevölkerung verkauft werden. Die Summe von 10 000 M. zur Bedeckung der Kosten soll aus dem Dispositionsfonds entnommen werden.

Stadtd. Wurm (Soz.): Wir sind vollständig einverstanden, daß die Gemeinde diesen ersten Schritt tut, um den Notstand etwas zu mildern; auch damit, daß, der Not gehorchend, die Stadt gegenwärtig nicht selbst den Verkauf in die Hand nimmt, sondern mit Hilfe der privaten Organe der Fischhändler in die Wege leitet, obwohl wir der Meinung sind, daß, weil dieser

Notstand kein vorübergehender

ist, die Stadt sich auch mit dem Gedanken vertraut machen und Vorbereitungen treffen müßte, selbst den Vertrieb zu übernehmen. Aber so angenehm es ist, wenn wir in dieser Frage sämtlich einverstanden sind mit der Gemeindeverwaltung, so unangenehm berührt es in weiten Kreisen der Bevölkerung, und noch mehr muß es die Stadtverwaltung unangenehm berühren, daß seitens des preussischen Ministers des Innern ein Erlass veröffentlicht worden ist, der geradezu

dem ins Gesicht schlägt,

was uns durch Sachverständige über die Möglichkeit der Behebung des Notstandes gesagt wird. Der Viehhofdirektor und der Tiefseefischdirektor haben uns in der gemischten Deputation gesagt, daß die Gemeinde jetzt billiges Fleisch zu beschaffen außerstande ist. Dagegen erklärt jetzt der Minister des Innern genau das Gegenteil, was bereits der Deutsche Landwirtschaftsrat vor längerer Zeit sagte, im Widerspruch mit allen Erfahrungen, daß eine Gemeindeverwaltung Maßnahmen treffen könne zur Verbilligung der Lebensmittel, so des Fleisches, und zur Erleichterung der Fleischversorgung. Man solle in zweckmäßiger Weise mit den Fleischern über Herabsetzung der Fleischpreise verhandeln; sei da nichts erreichbar, so müsse die Errichtung von städtischen Verkaufsstellen dringend empfohlen werden, wie solches vor mehreren Jahren mit Erfolg geschehen sei. Meine Erfahrungen gehen dahin, daß das nicht mit Erfolg geschehen ist. Gewiß würden sich Mittel und Wege finden lassen, um ein sauberes, glattes und ehrliches Geschäft zustande zu bringen auf dem Viehhof, welches zu einer regelmäßigen und billigeren Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch führen könnte; aber nach den uns gewordenen Erklärungen muß es als Unmöglichkeit betrachtet werden, daß die Stadt einen Einfluß auf die Preise gewinnt. Dieser Erlass ist nach meiner Meinung nichts als ein Versuch, den

Sorn der Öffentlichkeit

abzulenkten von den Junkern auf die Stadtverwaltung (Sehr richtig!) Es genügt aber nach unserer Meinung nicht, daß das hier ausgesprochen wird, sondern der Magistrat muß auch mit sich nachweisen lassen, wie es mit der Fleischversorgung durch die Stadt steht; Berlin müßte eine Gegen-Denkchrift gegen die Denkschrift des Landwirtschaftsrats und gegen den Erlass des Ministers des Innern veranlassen, damit die Bevölkerung weiß, woran sie mit den Ursachen der Fleischteuerung ist. Die Gemeindeverwaltung hat jetzt das Wort!

Stadtrat Fischbeck: Ich freue mich sehr über den Schluß der Ausführungen des Vorredners, worin er dargelegt hat, wie die öffentliche Aufmerksamkeit von dem Schuldigen abgelenkt werden soll, der auch allein helfen kann; dem stimme ich durchaus zu. Sehr bedauert habe ich ferner, in Prehorganen Ausführungen zu finden, welche der Regierung in diesem Sinne beispornig sind. Vielfach ist tatsächlich die Vorstellung in Volkstreffen vorhanden, als ob die Kommunen daran schuld wären. In erster Linie muß auf dem Gebiete der Sozialpolitik Abhilfe oder Milderung geschaffen werden; will das Reich nicht grundsätzlich eine Aenderung herbeiführen, so ist es doch in solchen Zeiten der Not verpflichtet, Maßregeln zur Milderung zu ergreifen, die Zölle herabzusetzen und zwar Getreidezölle, Vieh- und Fleischzölle, der Aufhebung der Einfuhrzölle und der Einfuhrverbote näherzutreten. Auf dem Kartoffelmarkt erklärt die Regierung, sie habe das Irrige getan, aber schon sehen wir, daß die Produzenten die Verbilligung der Frachten sich zugute kommen lassen wollen, und schon sind Prozesse damit im Gange. (Höll hört!) Was die Kommunen tun können, wollen sie tun; die heutige Vorlage ist ein erster Beweis dafür. Ich kann mitteilen, daß in der gestrigen Verhandlung mit den Vororten sich ergeben hat, daß es sehr zweifelhaft ist, ob die Kommunen versuchen sollen, den kleinen Händler auszuscheiden, daß diese Zweifel von den Vororten genau so geteilt werden wie von uns. Die Anregung wegen der Gegen-Denkchrift wäre zu erwägen.

Stadtd. Dove (A. L.): Mit der Vorlage ist bewiesen, daß die Stadt bemüht ist, diejenigen Mittel zu ergreifen, die zunächst zur Bekämpfung des Notstandes angezeigt erscheinen. Mit dem Kollegen Wurm glaube ich, daß die weiteren Vorschläge der Regierung nur mit größter Vorsicht aufgenommen werden können. Der Erlass beweist lediglich das Bestreben, die Schuldfrage zu verschleppen.

Stadtd. Goldschmidt: Die Vorlage nehme ich auch an; sie bedeutet wenigstens eine kleine Hilfe, welche die Bevölkerung immerhin dankbar annehmen wird. Auch wir haben den Erlass des Ministers nicht anders verstanden, als er hier deklariert worden ist. Man hat begonnen, die Schuld auf die Gemeinden abzumägen, aber ich glaube, dieser Versuch wird nicht gelingen. Die übergroße Mehrheit weiß sehr wohl, wo die wirklich Schuldigen sitzen. Kollege Wurm hat aber eine Bemerkung gemacht, die eine gewisse Unruhe in die Bevölkerung tragen kann; er deutete an, es ginge auf dem Viehhof nicht immer sauber und ehrlich zu. In der gemischten Deputation wurde nachgewiesen, daß erheblich viel mehr Vieh auf unseren Gütern produziert werden könnte, aber doch nicht soviel, um auf den Preis des Fleisches zu drücken.

Stadtd. Wurm: Ich mache den Vorredner darauf aufmerksam, daß neuerdings von dem konservativen Verein für Sozialpolitik eine Schrift über den Schweinehandel auf dem Berliner Viehhof erschienen ist. Daraus wird er den Zusammenhang zwischen Viehkommissionären, Händlern, Fleischern und Viehzüchtern sehr klar erkennen.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

Schluß 1/2 11 Uhr.

Graf Wolff-Metternich vor Gericht.

(Dritter Tag.)

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung erklärt der Staatsanwalt Vorzelt: Die in dem Ablehnungsantrag des Angeklagten aufgestellte Behauptung, der Untersuchungsrichter sei durch eine Verfügung des Justizministers

gehindert worden, seine Absicht, die Voruntersuchung zu schließen, auszuführen, ist, wie die Akten-Stollmann (Korff-König) ergeben, völlig unrichtig. Der Justizminister hat in seinem Schreiben vom 22. September lediglich gebeten, in der Auslieferungssache gegen den gefährlichen Hochstapler Korff-König, dessen Festnahme in Balavia zu beantragen und alle sonst erforderlichen Schritte zu tun. Die Verteilung bleibt dabei, daß auch dieses Schreiben ungeschicklich gewesen sei. Da alles, was den Angeklagten in der Falschspielerei betraf, aufgeklärt war, hätte unbefürchtet um Korff-König die Voruntersuchung gegen den Angeklagten geschlossen werden müssen.

Der Staatsanwalt führt ferner aus: Was die angebliche Anfrage an den Volschaffer in London anlangt, so sei die Annahme, die Staatsanwaltschaft habe angefragt, ob er intervenieren wolle, ganz absurd. Jemandem solches oder ähnliches Schreiben ist nie an den Volschaffer gegangen. Man könne dem Angeklagten allerdings vielleicht zugute halten, daß er durch folgenden Umstand zu seinem Irrtum veranlaßt wurde. Bei dem kaiserlichen Generalkonsulat in London war von Wien aus angefragt, welche Staatszugehörigkeit der Angeklagte habe. Man habe sich an die deutsche Volschaffter deshalb gemeldet. Eine Frau Risch, aber keineswegs irgendeine amtliche Seite, hatte sich mit der Frage an den Volschaffter gewendet, die dahin beantwortet wurde, daß der Volschaffter nicht für seinen Reffen einträte, sondern dem Verfahren seinen Lauf lassen wolle. — Angeklagter macht darauf aufmerksam, daß es doch auffällig sei, in dieser Art seine Staatsangehörigkeit festzustellen. Er stellt Beweisurteile in der Richtung der von ihm aufgestellten Behauptung. Das Gericht beschließt, diese Anträge abzulehnen. Denn aus der Anweisung des Justizministers vom 22. September gehe in keiner Weise hervor, daß der Justizminister auf den Untersuchungsrichter eingewirkt habe. Die Ladung des Volschaffters und eines Kriminalassistenten erübrige sich, da unterstellt werde, daß der Angeklagte in diesem Glauben gewesen ist und daß bei dem Volschaffter angefragt ist, ob und was gegen den Angeklagten unternommen werden könne.

Die Fortsetzung der Beweisnahme erstreckt sich zunächst wieder auf den

Fall Wertheim.

Kaufmann Gaibler erklärt es für ausgeschlossen, daß der Graf als Reifemarschall oder als eine Art Bedienter behandelt worden sei. Ueber die Aussage der Frau Wertheim in der Zulassung sei er empört gewesen. Er halte die

Frau Wertheim für total krank, hysterisch oder sonst noch was. Einmal habe sie ihn nachts telephonisch zu sich gerufen und ihm gesagt, ich will, daß mein Mann zugrunde geht, sein Geschäft soll meinethwegen auch zugrunde gehen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Alsbeger führt aus: Es ist noch nicht aufgeklärt, weshalb die Familie Wertheim so plötzlich die Beziehungen zu dem Grafen Metternich abgebrochen hat. Die Verteidigung macht geltend, es sei das deshalb geschehen, weil Wolf Wertheim einfaß, es geht mit seinen finanziellen Verhältnissen zugrunde, er müsse einen vermögenden Schwiegersohn haben und konnte sich nicht mehr den Luxus eines gräflichen Schwiegersohnes leisten. Die nach dieser Richtung an den Zeugen gestellten Fragen lehnt das Gericht ab.

Zum

Fall Guste

wird hierauf zurückgegriffen. Als Zeuginnen werden zwei Besucherinnen des Moulin rouge und des Palais de Danse darüber benannt, daß die Guste ihnen erklärt habe, der Angeklagte habe ihr den Wechsel über 1200 M. geschenkt. Die eine Zeugin weiß von nichts, die andere, ein Fräulein de Lor, bestätigt diese Behauptung. Die Zeuginnen geben zu, daß die Zeugin Guste auch manchmal renommierter. Die Verteidigung hatte beantragt, die Zeuginnen nach Entfernung der Zeugin Guste aus dem Saal zu vernehmen. Denn gestern habe Fräulein Guste beim Herausretren aus dem Saal zu der de Lor gesagt: Ich habe meine Ansage unter Eid gemacht, Du weißt, wie Du Dich zu verhalten hast. Die Zeugin Guste erklärt, diese Bemerkung sei durchaus gerechtfertigt gewesen, da sie glaube, die de Lor zur Bekundung der Wahrheit auffordern zu müssen. Mehrere Besucherinnen des Palais de Danse, darunter auch die Zeugin de Lor, hätten ihre erzählt, ein Mann sei dort erschienen, habe sie ausgefragt und alles ausgeführt, während sie bei Tisch geessen und Sekt getrunken haben. Da habe sie gesagt: Wenn Ihr bei Setztischen sitzt und Romane schwaft, dann könnt Ihr die Suppe ausöffeln, die Ihr Euch aufgetan habt. Auf wiederholten energischen Vorhalt der Zeugin Guste an die Zeugin de Lor, ob denn nicht Graf Metternich auch sie habe anempfehlen wollen, antwortete die de Lor mit Ja. Sie habe dem Grafen 300 M. auf Wechsel geborgt. Angeklagter hebt hervor, daß die Guste behauptet habe, er habe ihr 1200 M. geschenkt, ergebe sich auch daraus, daß im Moulin rouge Mädchen zu ihm gesagt hätten: Kleiner Metternich, das hätten wir von Dir nicht geglaubt, daß Du blaue Lippen verhenkst.

Zu einem

heftigen Zusammenstoß zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft

kommt es, als dem Verteidiger Dr. Jaffe vom Staatsanwalt der Vorwurf eines nicht ganz korrekten Vorgehens gemacht wurde. Die Verteidigung weist mit großer Entschiedenheit die dahin gerichteten Angriffe zurück. Dr. Jaffe erklärt zu den Vorgängen im Palais de Danse folgendes: Die Staatsanwaltschaft hat es leicht, mit Hilfe der ihr zu Gebote stehenden kriminalpolizei Ermittlungen über Zeugen anzustellen; der Verteidigung stehen diese Mittel nicht zur Verfügung. Frau Gräfin Metternich, die Gattin des Angeklagten hat, was Kosten betrifft, in diesem Prozeß schon stark bluten müssen, sie hat sogar den Hof- und Gerichtsadvokaten Meyer-Günter, dessen Ladung das Gericht wiederholt abgelehnt hat, auf ihre Kosten laden lassen usw. und wollte nicht weiterhin noch Zeugnisdienste an andere Personen zahlen. Man hatte uns der Angeklagte gesagt: im Palais de Danse verkehrten „Damen“, denen die Guste sofort erzählt hatte, daß der Angeklagte ihr den Wechsel von 1200 M. geschenkt habe. Deshalb habe ich mich mit einigen Herren in das Palais de Danse begeben und jene Herren sprachen mit den Mädchen, um zu ermitteln, wer diejenigen sind, die in Frage kommen. Ich habe mich dann nachher auch an den Tisch begeben und habe mir persönlich die Adressen notiert. Das behaupte ich ganz offen und möchte denjenigen sehen, der darin irgend etwas Inzornelles sehen will! Ich muß mich ganz entschieden verwahren, wenn der Staatsanwalt es wagen würde, daraus den Vorwurf der Inzorntheit zu erheben!

Rechtsanwalt Alfred Waller bekundet: Graf Metternich kam, nachdem der Prozeß wegen des Wechsels eingeleitet war, zu mir und erklärte, er sei von der Guste benutzert worden, er habe nicht 1200 M. erhalten. Daß ein Darlehen gegeben war, bestreit

er nicht. Eines Tages kam später Metternich zu mir und bezahlte unter Hinweis, daß er in Rom Carlo genannt habe, eine Kofferrechnung. Die im Städtischen Juweliergeschäft angestellte Buchhalterin Schütz wie der Privatbeamte Bohn befanden, daß die Königin Guste ihnen erzählt habe, sie habe dem Grafen Metternich Geld geliehen. Deshalb fragte sie den Zeugen Bohn nach den finanziellen Verhältnissen des Grafen.

Verpätetes Mittagessen.

Vor der Mittagspause kommt zur Sprache: Am Mittwoch habe der Angeklagte, als das für ihn bestimmte Mittagessen nicht gleich da war, gegen den Gerichtsdieners Schimpfworte wie: „Verfluchte Bande“, „Hunde“, „Kerle“ gebraucht. Der Vorsitzende rügt dies Benehmen und teilt mit, daß der Gerichtsdieners Strafantrag wegen Beleidigung gestellt hat.

In einem

Telegramm der Frau Wolf Wertheim

mit bezahlter Rückantwort beklagt sich diese über die Verlesung von Briefen, die sie betreffen. Sie bitte dringend um Verlegung des Prozesses oder um ihre Vernehmung in dem Sanatorium „Stephanie“ in Meran. Sei das nicht möglich, so wolle sie an Gerichtsstelle selbst erscheinen. Das Gericht erwiderte telegraphisch, daß ohne Frau Wertheim verhandelt werden würde.

Die Verteidigung beantragt Vorladung eines Zeugen, der bezeugen soll: Die Familie Wertheim habe erst Ende Januar von dem Angeklagten als Schwiegerjohn abgesehen und zwar aus finanziellen Gründen. Man habe sich nach einem umgesehen, der die Hälfte der Revenuen der Frau Wolf an die Eltern abgibt. Die Beschuldigung über diesen Antrag wird ausgeführt. Eine Zeugin Frau Hoffmann und ein Landwirt und Leutnant a. D. von Wittweger bezeugen, sie hätten den Eindruck gehabt, daß Graf Metternich den Wertheims als Schwiegerjohn außerordentlich erwünscht gewesen sei.

Es kommt hierauf zu einem

Intermezzo.

Staatsanwaltschaftsrat Borgelt richtet an die Zeugin, Frau Gräfin Metternich, folgende Frage: Sie haben Ihrem Manne mitgeteilt, daß sie aus zuverlässiger Quelle erfahren hätten, das Gericht sei schon mit dem Urteil fertig und dieses laute: 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft. Ich frage Sie: Wer hat Ihnen diese unnahe Tatsache mitgeteilt? Zeugin Gräfin Metternich: Wenn es unbedingt nötig ist, will ich es sagen, obgleich ich nicht noch andere Personen auch noch in diese Sache hineinbringen möchte.

Staatsanwalt: Wir haben ein dringendes Interesse daran, zu erfahren, wer solche unnahe Mitteilungen in die Welt setzt. Rechtsanwalt Dr. Alsborg: Ich beantrage, diese Frage abzuwehren, da sie zu dieser Strafsache und zur Beurteilung der etwaigen Schuld des Angeklagten nicht gehört. Wenn die Zeugin etwas erfahren, worüber sie die Discretion bewahren zu müssen glaubt, so kann sie die Antwort auf diese Frage ablehnen. Ich wundere mich wirklich, daß der Staatsanwalt fortwährend Fragen stellt, die nicht zur Sache gehören und nur darauf abzielen, den Angeklagten zu schädigen.

Zeugin Gräfin Metternich (mit erregter Stimme): Ich sehe immer mehr ein, daß der erste Jurist Wiens recht hatte, wenn er gesagt hat, mein Mann stehe hier nicht vor Richtern, sondern vor Scharfeisern! (Bewegung.)

Ordnungsstrafe.

Staatsanwaltschaftsrat Borgelt: Die Zeugin hat eine grobe Ungehörigkeit begangen. Ich beantrage gegen sie eine Ordnungsstrafe von 3 Tagen Haft.

Zeugin Gräfin Metternich: Sie können die Ungehörlichkeiten noch weiter treiben und mich einperren! Ich habe eine Bemerkung wiedergegeben, die eine kompetente Persönlichkeit gemacht hat, damit die Welt endlich erfährt, wie hier gegen meinen Mann vorgegangen wird!

Das Gericht zieht sich zu einer längeren Beratung zurück. Bei seiner Rückkehr erklärt Rechtsanwalt Jaffe im Auftrage der Zeugin: Die Anweisung hat die Zeugin nicht aus sich heraus, auch nicht zu ihrer eigenen gemacht, sie hat vielmehr nur in der Erregung sich hinreichend lassen, diese Anweisung, die ein hervorragender Jurist geben haben soll, wiederzugeben.

Nach nochmaliger Beratung des Gerichts verurteilt der Vorsitzende:

Die Zeugin Gräfin Metternich wird wegen Ungehör vor Gericht in eine Ordnungsstrafe von 100 M. genommen.

Das Gericht habe lange geschwankt, ob für die höchste Ungehörlichkeit die soeben begangenen worden, die höchste Geldstrafe oder die höchste Haftstrafe am Plage sei. Das Gericht habe aber erwogen, daß die Zeugin die Frau des Angeklagten ist, der schon lange in Untersuchungshaft sitzt und die sich durch ihre hohe Erregung hat hinreichend lassen. Aus diesem Grunde ist von einer Haftstrafe Abstand genommen worden.

Nach dieser erregten Szene geht der Vorsitzende zur weiteren Erörterung der einzelnen Anklagepunkte über.

Hall Dorch.

In der Filiale der Automobilfirma Dorch u. Co. in Jvidau erschien der Angeklagte, um ein Automobil zum Preise von 16 000 Mark zu kaufen. Er wollte 1000 M. anzahlen und den Rest in Wechseln à 3000 M. begleichen. Er soll dabei angegeben haben, er sehe kurz vor der Hochzeit mit einer reichen Amerikanerin und brauche den Wagen zu Repräsentationszwecken. Der Wagen wurde an ihn verkauft, verzeigte ihn aber später bei der Firma Hallen für 3000 M. Es ist nun ein lebhafter Streit darüber, ob der Wagen an den Angeklagten mit oder ohne Eigentumsvorbehalt überlassen worden sei. Der Zeuge Wellmer behauptet entschieden das Letztere, während der Angeklagte ebenso bestimmt und lebhaft behauptet, daß dieser Eigentumsvorbehalt nur eine Formsache gewesen sei. Er will in diesem Falle in keiner Weise strafbar gehandelt haben. — Auf Antrag der Verteidigung soll der Direktor der Firma, Direktor Holler aus Jvidau, als Zeuge vorgeladen werden.

Im Anschluß hieran wird der Inhaber der Firma Hallen, bei dem das Automobil verbleiben soll, vernommen. Rechtsanwalt Dr. Alsborg betont dem Zeugen gegenüber als den Standpunkt der Verteidigung, daß ein Verlehen gar nicht stattgefunden, daß es sich vielmehr um ein Darlehen gehandelt habe und daß das Auto nur hergegeben sei, um durch die Einbehaltung desselben die Rückzahlung des Darlehens zu sichern. Rechtsanwalt Dr. Alsborg hält dem Zeugen insbesondere vor, daß er doch nicht angenommen haben könne, daß das Automobil, das der Angeklagte vor drei Tagen gekauft hatte, von ihm voll bezahlt sei, wenn er jetzt in diese Zahlungsschwierigkeiten gekommen sei. — Der Zeuge gibt zu, daß er selbst Bedenken gehabt habe. — Dr. Alsborg: Warum haben Sie denn nicht bei der Firma Dorch angefragt? — Zeuge: Ich habe angefragt, mich allerdings danach nicht erkundigt.

Der Angeklagte tritt den Ausführungen des Zeugen in fast eine Stunde während der Auseinandersetzung entgegen und behauptet, daß er von dem Zeugen bewundert worden sei.

Die Erörterung soll heute fortgesetzt werden.

Soziales.

Töbliche Vergiftungen mit Phosgen.

Die chemische Industrie ist rastlos auf die Entdeckung und Produktion neuer chemischer Verbindungen bedacht, die in der Technik oder der Medizin mit Vorteil verwendet werden können. Manche Stoffe, die bisher nur ein beschränktes wissenschaftliches Interesse hatten, finden dann ziemlich schnell eine große technische Verwendung. Man verwendet sie auch sofort in der fabrikmäßigen Produktion, ohne sich vorher wegen ihres etwaigen schädigenden Einflusses auf die Gesundheit der Arbeiter zu kümmern und ohne ihn beim Produktionsprozeß mit zu berücksichtigen.

Im Jahre 1811, also gerade vor 100 Jahren, entdeckte der englische Chemiker J. Davy ein Gas, das aus einem Gemisch von Kohlenoxydgas und Chlorgas rasch im Sonnenlicht, aber nur langsam im gedämpften Tageslicht entsteht, und er nannte daher diese Verbindung Phosgen, nach den griechischen Wörtern Phos = Licht und Gennas = hervorbringen. Sein wissenschaftlicher Name heißt heute Kohlenoxydchlorid.

Dieses einen eigentümlichen, unangenehmen und erstickenden Geruch besitzende Gas, das sich bei niederen Temperaturen zu einer wasserhellen Flüssigkeit verdichtet, hatte bis Anfang der neunziger Jahre keinerlei technische Interesse. Da entdeckte gegen Anfang dieses Jahrhunderts ein Chemiker, daß Phosgen gasvorteilhaft zur Herstellung einiger chemischer Präparate benutzt werden kann, namentlich einiger Farbstoffe, wie Kristallviolett, Victoriablau, Auramin u. a., ferner zur Herstellung von pharmazeutisch verwendeter Kohlenäureäthern, wie Guajafolcarbonat, Kresofol, Santalalkarbonat, Aristochinin sowie von Ursubstanz. So wurde die Verwendung des Phosgen in der chemischen Industrie mit der Zeit eine recht erhebliche. Eine große chemische Fabrik verbraucht davon nach Angabe von Müller in der „Zeitschrift für angewandte Chemie“ jährlich etwa 40 000 Kilogramm. Man erkannte dabei wohl bald, daß das Phosgen kein respirables Gas ist, auch hat Robert bereits 1906 in seinem Lehrbuch der Intoxikationen (Vergiftungen) auf die Giftigkeit des Phosgen aufmerksam gemacht, aber da die Arbeiter bei seiner Verarbeitung nicht sehr über Schädigungen klagten, hielt man besondere Vorsichtsmaßnahmen deshalb nicht für erforderlich.

Da sah sich der Charlottenburger Gewerbeinspektor Dr. A. Bender genötigt, auf folgende durch Phosgen verursachte tödliche Unfälle aufmerksam zu machen. In einer Mannheimer chemischen Fabrik wollte ein Arbeiter im Dezember 1910 den Rest des Phosgen aus einer Benzolölung (da Phosgen durch Wasser in Kohlenäure und Salzsäure zerlegt wird, wendet man es in Benzol gelöst an) durch Hineinjessen des Gefäßes in heißes Wasser auszuweichen. Da sich dabei das Gasableitungsrohr an seinem unteren Ende verstopfte und das Gas dadurch unter erhöhtem Druck stand, stieß es den Verbindungsschlauch ab und strömte mit Bestigkeit aus und der Arbeiter atmete bei seiner Vermüdung, den Hahn zu schließen, Phosgen in größerer Menge ein. Er wurde ins Krankenhaus gebracht und erholte sich dort scheinbar nach einiger Zeit, ist jedoch durch innere Komplikationen am 5. Tage gestorben.

Ebenfalls im Dezember 1910 ereignete sich ein zweiter tödlicher Unfall durch Phosgenvergiftung in einer Berliner chemischen Fabrik. Ein Arbeiter wollte eine durch einen Schlauch mit dem Kessel verbundene Phosgenbombe vom Plage bewegen, während der Prozeß im Gange und die Bombe schwach geöffnet war. Dabei riß der Schlauch ab, und das Phosgen, das in schwachem Ströme aus der Bombe floss, um im Kessel absorbiert zu werden, entwich in die Luft. Ein sofortiges Schließen des Ventils wurde dadurch erschwert, daß der Hahn eingestopft war. Das Phosgen strömte also eine kurze Zeit in die Luft und wurde von dem Arbeiter eingeatmet. Sobald die Bombe geschlossen war, verließ der Arbeiter die Fabrik, die sofort ventiliert wurde. Die vollständige Schließung der Bombe verzögerte sich freilich sehr. Gegen 2 Uhr ereignete sich der Vorfall und bis gegen 7 Uhr arbeitete der Mann mit daran und verließ dann, ohne Zeichen einer schädlichen Wirkung des Voralles zu spüren, die Fabrik. In der Nacht erkrankte er und starb am nächsten Morgen an Lungenschwemmung. Bekanntlich spüren bei einer Vergiftung durch die gelbbraunen Dämpfe der Untersalpetersäure die Betroffenen auch erst kein Unwohlsein und erst nach einiger Zeit treten Atembeschwerden ein, die dann auch meist einen tödlichen Ausgang nehmen.

Diese zwei Vorfälle wären wohl geeignet gewesen, die Betriebsleiter und Aufsichtsbeamten darauf aufmerksam zu machen, daß die Gefahren beim Arbeiten mit Phosgen bisher durchaus unterschätzt wurden, daß der technische Betrieb nach dieser Richtung sicherer gehalten werden muß und daß man sich namentlich nicht dabei beruhigen darf, wenn die ihm ausgesetzt gewesenen Arbeiter wenig oder Unwohlsein klagen, sondern daß man sofort wirksame Heilmassregeln ergreifen muß. Aber 7 Monate nachdem diese zwei Unfälle sich ereignet hatten, im Juli dieses Jahres, ereignete sich in einem Vororte Berlins wieder ein solcher verläuflicher Unfall. Er betraf einen Arbeiter, der einen Apparat in der Nachschicht zu bedienen hatte. Er hatte gegen 7 Uhr eine Undichtigkeit an dem Schlauche eines Manometers beobachtet und versuchte, diese zu beseitigen, ohne die Phosgenbombe zu schließen. Hierbei wurde die Luft derart mit Phosgen angefüllt, daß der Geruch in einem Nebenraum, der durch eine 3 Meter breite unbedeckte Luftröhre getrennt war, deutlich wahrgenommen wurde. In dieser giftigen Atmosphäre hielt sich der Verletzte etwa eine Viertelstunde auf, ohne sofort schädliche Wirkungen zu verspüren. Er führte vielmehr seine Arbeit zu Ende und mußte am nächsten Morgen um 10 Uhr das Krankenhaus aufsuchen, in dem er nach 15 Stunden infolge Lungendämms verstarb.

Nun veröffentlichte Dr. Bender folgenden Entwurf von „Vorschriften zum Schutze gegen Vergiftung durch Phosgen“:

1. Bei Arbeiten mit Phosgen ist mit größter Sorgfalt zu verfahren, daß das Gas in den Arbeitsraum tritt. Es sind daher nach Möglichkeit Schlauchverbindungen zu vermeiden und durch feste Rohrleitungen zu ersetzen; sofern Schläuche unvermeidlich sind, müßten sie derartig angebracht sein, daß Ablösungen oder Undichtigkeiten unbedingt ausgeschlossen sind.
2. Die Abgase aus den Reaktionsgefäßen müssen so abgeleitet werden, daß ein Austritt in den Arbeitsraum unbedingt ausgeschlossen ist und daß auch Verlastigungen oder Gefährdungen anderer Personen mit Sicherheit vermieden werden.
3. Um eine Vergiftung für den Fall unvorhergesehener Betriebsstörungen mit Sicherheit auszuschließen, muß die Gasabfuhr in einem wirksam entlüfteten Digestorium vorgenommen oder eine mechanische Luftabsaugung angebracht werden, die eventuell sämtliches Gas ableiten kann.
4. Der Arbeitsraum muß in jedem Falle reichlich gelüftet werden können.
5. Das Arbeiten mit Phosgen muß stets unter Aufsicht eines erfahrenen Chemikers oder Reiflers geschehen.
6. Ein Apparat zum Einatmen von Sauerstoff muß stets zum Gebrauch bereit stehen.
7. Sollte eine Einatmung von Phosgen festgefunden haben, so ist sogleich sofortige ärztliche Behandlung geboten, auch wenn sich der Verletzte noch wohl fühlen sollte.

- a) Vorschriften für Arbeitgeber.
 1. Vor Beginn der Arbeit haben sich Aufseher und Arbeiter genau von dem völlig sicheren Zustand der Apparate zu überzeugen; besonders davon, daß alle Verbindungen dicht halten und die Ventile in Ordnung sind.
 2. Sollten sich irgend welche Undichtigkeiten zeigen, so ist sofort das Ventil der Phosgenbombe abzuschließen.
 3. Wer Gase eingeatmet hat, muß dies sofort seinem Vorgesetzten melden und ist verpflichtet, unverzüglich ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, nachdem er kurze Zeit Sauerstoff eingeatmet hat.
 4. Verstöße gegen vorstehende Vorschriften werden mit einem Tagesarbeitslohn bestraft; auch wird der Schuldige sofort entlassen.

Der letzte Satz kann leicht zu unheilvollen Verheimlichungen führen. Sont sind diese Vorschriften zweckmäßig, sie müssen nur von allen Seiten gewissenhaft befolgt werden.

Aus Industrie und Handel.

Der Saatensland in Preußen zu Anfang Oktober war, wenn 3 mittel, 4 gering und 5 sehr gering bedeckt, für Kartoffeln 3,5, Zuckerrüben 4,1, Riee 4,2, Luzerne 4,1, Rieselwiesen 3,6 und andere Wiesen 4,1. Die vorläufigen Ernteschätzungen für Kartoffeln und Zuckerrüben in Preußen nach dem

Stande Anfang Oktober 1911 ergeben als voraussichtlichen Ertrag an Kartoffeln 23 738 513 Tonnen, das sind 10,58 Tonnen vom Hektar (gegen 14,45 Tonnen geschätzte Mittelernie 1910) und an Zuckerrüben 5 223 342 Tonnen, das sind 14,02 Tonnen vom Hektar (gegen 20,88 Tonnen im Vorjahr).

In den Bemerkungen der Statistischen Korrespondenz heißt es: Trotz einiger Niedererträge im letzten Drittel des Berichtsmontats, die fast überall hintrafen, wollen die Klagen über Trockenheit nicht verstummen; denn zu durchdringender Befuchtung des den Sommer über gänzlich ausgedörrten Bodens gehört noch viel Regen. Die schönsten Tage waren der Kartoffelernte überaus günstig; in vielen Verichtsbezirken konnte sie völlig erledigt werden. Die Erträge sollen äußerst verschieden ausfallen, je nach dem Boden und der Fruchtbarkeit sowie der Sorte. Obgleich vielfach über eine bessere als die vorher geschätzte Vornahme berichtet wird, berechnete sich der Ertrag im großen und ganzen doch nur wenig besser als nach der vormaligen Schätzung; denn Fälle mit geringerer als der vorher geschätzten Ernte sind auch nicht selten. Mehr noch als die Kartoffeln haben die Zuckerrüben unter der anhaltenden Trockenheit zu leiden gehabt. Gerade ihre Hauptgebiete, die Provinzen Posen, Schlesien und Sachsen, sind besonders davon betroffen worden. Ihr voraussichtlicher Ertrag wird zumeist sehr gering geschätzt, mitunter sogar als Miskerte bezeichnet. Man hofft, daß die letzten Niedererträge dem Wachstum der Rüben noch nachhelfen werden. Auch die Futtergewächse haben so gut wie nichts gewonnen. Erst nach den letzten Regenschauern zeigte sich da, wo noch nicht alles Wachstum erloschen war, wieder frisches Grün. Nur vereinzelt ist vom Alee wie von der Luzerne, die in normalen Jahren mehrere Schnitte liefert, ein zweiter Schnitt genommen worden, der aber äußerst gering war. Gleich tröstlos wird der Stand der Wiesen bezeichnet, da an Grünfütter fast nichts vorhanden ist und die Wintervorräte bereits angegriffen werden müßten; denn auch die Wiesen ergaben nur ganz selten und zwar nur dort, wo der erste frühzeitig genommen werden konnte, einen zweiten Schnitt. Selbst die Bewässerungswiesen haben nicht mehr gewinnen können, weil das Wasser zur Verlesung fehlte. Unter diesen Umständen war es nicht immer möglich, das Vieh in gutem Ernährungsstande zu erhalten. So ist der Viehstand in manchen Wirtschaften schon verringert worden und dies wird noch viel mehr befürchtet, sofern nicht inzwischen ergiebiger Niederschläge kommen sind, die noch Wiesenwachstum bewirken. Eine weitere Folge der Trockenheit ist die noch ziemlich rückständige Bestellung der Acker zur Winterfaat. Einestheils fehlt die Möglichkeit, den hart getrockneten, schweren Boden zu bearbeiten, und wo dies möglich war, wird andererseits befürchtet, daß die eingebrachte Saat entweder nicht zum Keimen kommen oder von den Mäusen ausgefressen würde.

Industrielle Ausdehnungsbestrebungen im Ruhrrevier.

In der zum 26. Oktober nach Dortmund einberufenen Generalversammlung des Eisen- und Stahlwerks Hösch u. Co. in Dortmund soll auch über einen Verschmelzungsvertrag mit der A. G. Maschinenfabrik Deutschland in Dortmund verhandelt werden. Die Werke der Maschinenfabrik Deutschland grenzen unmittelbar an die Anlagen der Firma Hösch. Weiter soll dann eine Erhöhung des Aktienkapitals der Firma Hösch um 8 200 000 M. beantragt werden, wovon 600 000 M. zum Ankauf der Maschinenfabrik Deutschland bestimmt sind. Der Generalversammlung der Maschinenfabrik Deutschland soll die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. (im Vorjahr 8 Proz.) vorgeschlagen und der Antrag unterbreitet werden, das Angebot des Stahlwerks Hösch anzunehmen, wonach die Maschinenfabrik Deutschland als Ganzes mit der Wirkung vom 1. 7. 1911 an das Stahlwerk Hösch übergeht. Gegen 1 850 000 M. Aktien der Maschinenfabrik Deutschland sollen 900 000 M. Höschaktien gewährt werden. — So gehen die Fusionbestrebungen unaufhaltsam ihren Gang. Für das Stahlwerk Hösch ist sicher vor allem das Bestreben herrschend, sich gegenüber den Konkurrenten unabhängiger zu machen. Für die Konkurrenten bedeutet dies immer die Gefahr noch größerer Preissteigerungen.

Kriegseluflüsse.

Wie sehr durch den italienisch-türkischen Krieg die deutschen Wirtschaftsentwicklungen tangiert werden, zeigen die Störungen im Getreidehandel, Gefahrsnachrichten vom Seidenmarkt und Veruhigungsmittelungen aus der deutschen Lebensversicherung — um nur drei der gestern in die Öffentlichkeit kommenden Beunruhigungssachen aufzuführen.

Die Donau ist für die Getreidetransporte unentbehrliches Verkehrsmittel, ihre Wasserarmut hat sich durch die jüngsten Regengüsse etwas geböhden. Die in den oberen Donauabschnitten lagern den riesigen Getreidemengen ebenso die längs der Donau auf der Eisenbahn stehenden Vorräte sind jetzt gerade in Bewegung, um als Lieferungsware für längst abgeschlossene Getreideaufträge auf den Markt zu kommen. Die politische Situation hat mit einem Schläge die Situation umgewandelt. Die italienischen Reeder haben ihre Dampfer angeworfen, in keinem Falle die Donau zu verlassen! Die Schiffe würden ja nur beste Kaperware für die Türken sein. Die Exporteure haben sich sofort schon dahin geäußert, von der Kriegsklausel, die in ihren Kontrakten steht, Gebrauch zu machen. Sie haben demzufolge ihre Verpflichtungen für Lieferungen im September für null und nichtig erklärt! Man will ähnliches überdies auch jetzt schon für die Oktoberlieferungen tun. Die Tatsache allein sagt schon genug, weist sie doch darauf hin, daß die wichtigen Getreideausfuhrgebiete, die an der Donauwasserstraße liegen, durch die kriegerischen Zustände in Mitteldeutschland gezogen worden sind. Die Preissteigerung wird nicht lange auf sich warten lassen.

Das italienische Seidengeschäft ist in seiner Kolonisationsfahrt vom Orient abhängig, die Levante ist unentbehrlichstes Absatzgebiet. Bei dauernd sinkenden Preisen blieb, wie gemeldet wird, in der Hauptzentrale der italienischen Seidenindustrie — Mailand — jedes Geschäft aus, im besonderen weil keine Transportmöglichkeit existiert, ganz abgesehen von der absoluten Unrentabilität der Produktion. Rückwirkungen auf den deutschen Seidenmarkt werden sehr befürchtet.

In Italien sind verschiedene deutsche Lebensversicherungs-gesellschaften tätig. Wie erheblich ihre Interessen dort sind, wurde erst bekannt, als die italienische Regierung an die Verstaatlichung des Versicherungswesens herangehen wollte. Damit die deutschen Wertbesitzer dieser Unternehmungen nicht allzu unruhig werden, trüsten sie jetzt die Öffentlichkeit damit, daß bei den meisten der italienischen Lebensversicherungsabteilungen die Kriegsklausel in vollem Umfange benutzt worden wäre. Dort wo wirklich auch die Lebensversicherung im Kriegsfall mit einbegriffen sei — selbstverständlich gegen höhere Prämie — hätte man sich derart vorgeesehen, daß nur Krieg zwischen den europäischen Grenzen als entscheidungspflichtig verstanden sei.

Diese kleinen Auschnitte zeigen recht deutlich, was für ein starkes Moment wirtschaftlicher Beunruhigung aller Länder durch diesen italienischen Raubzug entstanden ist.

Der Vormarsch des Kapitalismus in Marokko.

Seitdem die Marokkofrage akut und ihre Regelung im Sinne einer europäischen Okkupation wahrscheinlich geworden ist, hat sich der europäische Kapitalismus mit einem wahren Heißhunger auf dieses Land gestürzt. In der „Guanonits“ teilt der Redakteur Morizet, der vor einigen Wochen eine Reise in Marokko unternommen hat, die ihn u. a. auch nach Agadir führte, darüber interessante Einzelheiten mit. In den alten französischen, englischen und deutschen Expansionslänen kam eine Unzahl neuer Unternehmungen. Man muß bis noch dem äußersten Süden gehen, um einen vom Kapitalismus noch nicht berührten Boden zu finden. Auf Schrit und Tritt entdeckt man irgend eine kapitalistische Niederlassung. Vor allem sind da die Banken zu nennen: die durch den Akt von Agadir ge-

Schaffene Staatsbank, die überall ihre Sulfurkassen hat, um die 40 Proz. der Vorkaufnahmen einzufassen, die zur Zinsengarantie der marokkanischen Anleihen dienen. Ferner der Credit Foncier d'Algérie des ehemaligen Ministers André Lebou, die Compagnie Algérienne des Senators Saint-Germain, die Deutsche Orientbank u. a. Die Bureaus dieser Institute findet man in den Hauptstraßen von Tanger, Casablanca, Mogador. Selbst im pittoresken und schmutzigen Dörfchen Safi hat Morizet nahe dem von Karawanenlärm erfüllten Markt, hinter Kamelställen und aufgestapelten Getreidefässen das Schild der Firma Lebou gesehen. — Weiter kommen die landwirtschaftlichen Gesellschaften in Betracht, wie die Compagnie Agricole der Herren Biot und de Montebello, die Amieuzischen Pachtgüter in der Schwanzje, die mit ihren Gensalen und eingeborenen Weisheiten (associés indigènes) in der Ebene Getreide bauen und im Atlas Harz und Gummi gewinnen. — Überall trifft man die Agenten und Prospektoren der Bergwerks-gesellschaften. An der algerischen Grenze operieren die Mokta El Hadid, die Société d'Exploration, die Royale Asturienne, die Norte Africana im Rif. Aber man kann an der Küste kaum einen Schritt wagen, ohne einem Vertreter der Mannesmann oder einen Ingenieur der Union des Mines marocaines zu begegnen, die alle großen Metallfirmen vereinigt. — Endlich sind die Gesellschaften zu nennen, die sich, ohne eine besondere Spezialität, der Kolonisation widmen, die auf Wunsch einen Kol, einen photographischen Apparat oder eine Kanone liefern, die mit allem handeln, aber vor allem in Ländereien spekulieren. Hierher gehört die Compagnie Marocaine, die nichts als eine Filiale von Creusot

ist und die von einem ehemaligen Marineoffizier und einem der Chefs der Häuser Schneider, Herr de Freycinet, einem Kassen des ehemaligen Ministers, geleitet wird. Die Tätigkeit der kapitalistischen Eroberer umfaßt alle Gebiete: Mechanische Sägewerke, Seifenfabriken, Ziegelwerke, Gerbereien, Mineralwasserfabriken, Werkstätten für Gewinnung elektrischer Energie u. a. erheben sich allorten. Am Strand von Tanger röhrt der Schlot einer Sardinienfabrik, wo dreißig Bretonen und Bretoninnen spanische, arabische und jüdische Arbeiterinnen unterweisen. In Casablanca, nahe dem arabischen Friedhof, dessen Schandung die Unruhen veranlaßte, die die erste Expedition herbeiführten, schrauben die Motoren zweier Werkstätten eines französischen Maltweckes und einer von den Mannesmann geschaffenen Eisfabrik. Morizet schließt: Selten hat eine koloniale Unternehmung so klar ihren merkantilen Charakter hervortreten lassen. Die wirtschaftliche Okkupation ist der militärischen vorangegangen und begleitet sie. Das Marokko Pierre Lotis — wie weit liegt es schon! Ja wie weit von uns ist schon das Marokko des Kais von Algierias, das Marokko für Marokkaner, deren Integrität von allen europäischen Nationen respektiert werden sollte. Der Kapitalismus hat da sein Werk vollbracht, das ebenso logisch und unaufrichtig ist wie der Maschinismus und die Industrialisierung!

Der Bierbojott in Wien, der sich gegen die vom Brauerkartell mit 1. Oktober getroffene Biervertheuerung richtet, hat gleich ganz kräftig eingesetzt. Die sofortige Winderung des Abjages beträgt 15 Prozent.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderausfahrten am Sonntag, den 8. Oktober: 1. Berder-Kolpinsee-Seegebiet. Abfahrt 6.50 Potsdamer Bahnhof. — 2. Birkenwerder-Bühlberg-Birkenwerder. Abf. 7.08 Cöllnener Vorortbahnhof. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.
Die Reichsversicherungsordnung. Von Dr. Königbauer. 40 Bf. München. — Warum muß unsere Volksschule christlich bleiben? 25 Bf. München. Buchhandlung lat. Arbeitervereine.
Der Strom. Nr. 6. Organ der Wiener Freien Volksschulen. Herausgeber: E. Fernerstorfer, St. Großmann und A. Rumb. 30 Bf. — Die neue Generation. Heft 9. Herausgeberin: Dr. Helene Sidler. 20 Bf. Cisterfeld u. Co., Berlin W. 15.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
Remel, Mühl	53	+1	Saale, Großh.	46	-2
Bregel, Zisterburg	47	0	Saale, Ebnau	30	-4
Reichel, Thom	14	-2	Saale, Ebnau	78	0
Ober, Rastber	121	-9	Saale, Ebnau	82	-6
Krosen	39	+2	Saale, Ebnau	79	-2
Frankfurt	38	+3	Saale, Ebnau	149	+7
Barthe, Schönm	39	0	Saale, Ebnau	352	+8
Landberg	59	+1	Saale, Ebnau	124	+5
Rege, Nordam	26	-2	Saale, Ebnau	76	+3
Eder, Zelmery	55	+4	Saale, Ebnau	25	+2
Dreben	184	+6	Saale, Ebnau	—	—
Darbo	18	-5	Saale, Ebnau	—	—
Ragdeburg	25	-3	Saale, Ebnau	—	—

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpaßel.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 6. Oktober 1911:

Anfang 7 1/2 Uhr.
S. Cyrenhaus. Carmen.
S. Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig.
Deutsches. Penthesilea.
Haberland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Landenkrone 48/49.
Geheimnisse der belebten Natur.
Kammerpfeife. Gawan.
Vestling. Krieger.
Neue Kgl. Operntheater. Romeo und Julia.
Neues Schauspielhaus. Josephine Kleines. Papa.
Neues Operntheater. Die schöne Helena.
Berliner. Bummelstudenten.
Vestling. Krieger.
Schiller. O. Der Geizige. Der eingebildete Kranke.
Schiller. Charlotte Corday.
Gelehr. Wild. Schauspielhaus. Rivalen.
Neues. Die Räuberin.
Westen. Die Dame in Rot.
Komische Oper. Die deutsche Sultanne.
Westen. Ein Walzer von Chopin.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Königsgräber Straße. Spielereien einer Kaiserin.
Trianon. Mein Baby.
Noah. Der Glotenguß zu Dresden.
Luisen. Die Nacht der Liebe.
Gaiety. Der selbige Querschnitt.
Neues. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Vestling. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königsgräber Straße. Spezialitäten.
Hermann. Schmerzhafte Behandlung.
Das Kind der Firma.
Rosa. Richter's Millionen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice. Kobi Krach Nr. 14.
Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Voigt. Was und Schließgesellschaft.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Vestling. Spezialitäten.
Neues Volkstheater. In Behandlung.
Sternwarte. Juwelenstr. 57-59.
Schiller-Theater O. Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Vestling. Der eingebildete Kranke.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Schiller-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Bummelstudenten.
Theater in der Königsgräber Straße.
Abends 8 Uhr:
Spielereien einer Kaiserin.
Neues Theater.
Anf. 8 Uhr. Schauspiel Hansi Nisso:
Die Näherin.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 6. Okt., abends 8 Uhr:
Moral.
Sonabend 8 Uhr zum erstmalig:
Die Regionäre. Drama in 3 Akten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Kadale und Liebe.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Abends 8 Uhr:
Geheimnisse der belebten Natur in lebenden Bildern.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die Dame in Rot.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Ein Walzer von Chopin.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
Schwanz in 3 Akten u. Revue u. Varié für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Bardach.
Morgen und folgende Tage: Ein Walzer von Chopin.

Belle-Alliance-Theater.
8 1/2 Uhr: Der Zittenerpostel.
Sonabend 3 1/2 Uhr: Minna von Barnhelm.
Abends 8 Uhr: Der Zittenerpostel.

Luisen-Theater.
Freitag und folgende Tage:
Die Nacht der Liebe.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Die drei Haulenmännchen.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Geiratourraub.

ROSE-THEATER
Große Hauptstr. 132.
Anfang 8 Uhr 20 Min.
Richter's Millionen.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Prinzessin Edeltraut. 8 Uhr: Das Räthchen von Heilbrunn.

Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Paul Freund. Musik von H. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schütz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
ab 8 Uhr:
10 sensationelle Novitäten.
Experimental-Physiologie
Leo Erichsen
Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel Tangel
Königlicher Variété-Gesellschaft usw.

Herrnfeld Theater
Noch nie dagewesener
Lacherfolg!
Das Kind der Firma
mit Anton und Donat Hornfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorherf. 11-2 Uhr (Theaterkasse).
Rosa's Theater.
Direktion: Robert Hill.
Berlin N., Baumstr. 16.
Der Glotenguß zu Dresden.
Schauspiel in 3 Akten von Wagner.
Konst. Helm, Glotenguß, Dir. R. Hill.
Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. 10 Pf. 1 Pf.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

SPORT PALAST
Potsdamer Str. 12
Allabendlich: **Hurra! Parade!** Gr. militärische Revue in 6 Bildern. **Sport-Attraktionen I. Klasse.** Sololäufer u. -Läuferinnen, Schnellauf-Konkurrenzen, Hockey-Spiele usw. **Zirkus 200 Mitwirkende.**
2 Musik-Kapellen. — Feenhafte Beleuchtung.
Grösster Eispalast der Welt!

CLOU
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.
Gr. Doppel-Konzert.
Musiker d. 2. Garde-Regiments Graf.
zu Fuß. Oberm. Baarz.
Musiker d. 1. Garde-Regiments Oberm. Baarz.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An all. Wochentag, nachm. **Promenaden-Konzert.** Heute: Musik d. E.-G.R. Obm. Brinkmann



Ausstellung Nordland
Kurfürstendamm 151
(frühere Rollschuhbahn — nahe Ringbahnhof Halensee).
Geöffnet von 10 Uhr vorm. bis 11 Uhr nachts.
Vorführungen von 4 Uhr ab.
125 Polarbewohner
bei Arbeit, Sport und Spiel.
Original-Hütten u. Zelte, Hausindustrie.
Eintrittspreis in die Ausstellungshalle 50 Pf.
Eintrittspreis in die Vorführungshalle 30 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
die japan. Mimosendramatikerin mit ihrer Truppe i. ihr. Mimosendramen.
Mme. Sato,
Ali Ben Hamad-Truppe, 15 eingeb. Springer u. Agadir.
Georg Kaiser in ihren **Putzi Cassani** Pantomime und das **gr. Oktober- Progr.**
14 Spezialitäten.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.
Stettiner Sänger
Meysel, Britton, Seidel, Herst, Schröder, Schubert
Gröning A. u. R. Schröder.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Zirkus A. Schumann.
Freitag, 6. Okt., abends 8 Uhr:
Keine Zirkus-Vorstellung.
sondern: **Letzte Aufführung d. Deutschen Theaters** von **König Oedipus**
Morgen, Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung
Auftreten sämtl. Spezialitäten und um 9 1/2 Uhr:
Aufführung der prachtvollen **Feerie**
1000 Jahre auf dem **Meeresgrund**

Zirkus Busch
Heute abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Die größte und neueste Attraktion aus Karl Hagenbecks berühmtem Tierpark Stellingen:
Die beiden Menschenaffen „Max und Moritz“.
Kurzes Gastspiel.
Der Aéroplan im Zirkus. Zum 1. Male auf dem Kontinent!
Viola u. Bro! Die 4 Orig. Perez.
Herr Ernst Schumann, Norddresd.
Um 9 1/2 Uhr zum 17. Male:
Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV.
Vorher das gr. Gala-Programm.

Voigt-Theater.
Geldmännchen
Bahstraße 58.
Freitag, den 6. Oktober 1911:
Wach- u. Schlafgesellschaft.
Schwanz in 3 Akten von H. Wang und J. Sütterlin.
Kassenerstr. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Neue Welt
Hasenheide 108/14 Hasenheide 108/14
Sonabend, 7. Oktober, abends 9 Uhr:
Polnische Wirtschaft.
Repertoire-Compagnie
des Berliner Thalia-Theater.
Vorverkauf: Entree 50 Pf., Ballon 75 Pf., 2. Partell 1 M., 1. Partell 1.25 M. bei J. Böckmann.
Rixdorf, Bergstr. 198, Krüger u. Oberbeck, Hornemannplatz 1 und Neue Welt.

Kreuzberg-Festsäle.
SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Hoffmanns Sänger.
Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Vesperpartout u. Vorkursarten gültig.
Nach der Vorstellung:
Frei! Tanzkränzen.
Jeden Mittwoch:
Gr. Frei-Tanz. Anf. 8 1/2 Uhr.
Für Vereine Sonnabende noch zu org.

Panoptikum.
Corso-Varieté.
Friedrichstr. 165.
Große Spezialitäten-Vorstellung.
u. a.: Die **Zwergin-Mutter u. ihre Tochter**
12 Attraktionen 12
Entree 50 Pf.

PASSAGE :: PANOPTIKUM
Die wilden Ländel!
Heul-Derwische
aus Ceylon
mit ihren fanatisch. Produktionen. **Merino**, der lebende Ambo. **AGA**, die schwabende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Zirkus Moulter
Rixdorf, Mainzer Straße.
Röhe Hermannplatz.
Täglich bis Montag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Große zirzensische Vorstellungen.
Jeder Besucher hat das Recht, heute ein Kind frei einzuführen.
Sonabend und Sonntag:
Gr. Vorstellungen mit neuem Programm.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Heute Festvorstellung zum **200. Male** das grandiose Eis-Ballett
Montreal
die Stadt auf Schlittschuhen.
unter Mitwirkung sämtlicher Solisten und des gesamten Kunstlauf-Ensembles.
Die kleine Charlotte
die kleinste Meisterkünstlerin d. Welt mit ihrer Novität
Der Lichtertanz.
Bänderreigen. Apachentänze. Puschballspiel usw.
Mittags:
Korso bei Musik.
Nachmittags:
Militär-Konzert.

Union-Theater
Direktion: Willi Cremer.
Heute letzter Tag der anerkannt unübertrefflichen **Elite-Programme**
Alexanderplatz
Unter den Linden
Wedding
Moritzplatz
Hasenheide

Der glänzende Ruf der Union-Theater beruht einzig und allein auf der Güte ihrer Darstellungen.
Sämtliche Union-Theater bringen am morgigen Sonnabend **neue Lichtkunst-Spiele** in schauspielerischer Vollendung u. köstlichem Farbenreiz.

Casino-Theater
Lehringstr. 37. Täglich 8 Uhr
Allabendlich der neue **Berliner Pöffen-Schlager**
Der selige Holschinsky.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Papa Ritsche.

Königstadt-Kasino.
Polzmarstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Erstklass. Spezialitäten
Anf. wochent. 8. Sonntag, 6 1/2 Uhr. Ab Sonntag, d. 8. Oktober cr., beginnen Familien-Nachmittags-Vorstellungen um 4 Uhr zu ermäßigtem Preis. (Entree 30 Pf.)

Volks-Theater.
Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 8/10: Wasch u. Schließgesellschaft. Schwanz in 3 Akten von H. Wang.
Montag, 9/10: Die Gemeldete. Drama in 5 Akten von Dumas fil.

Humor-Quartett
Am Hl. Berliner Nr. 999
Gg. Trener
Kastanienallee 10
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus:

General-Versammlung.

Montag, den 9. Oktober:

Mitglieder-Versammlungen

für die Bezirke

Osten I, Osten II, Osten III, Nordosten.

östliche Vororte, Nordwesten,

Polierer, Bez. Südosten; Vergolder.

Ladeneinrichtungs- u. Kontormöbelbranche

Sonntag, den 8. Oktober, abends 6 Uhr:

Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Die Frau in der Gewerkschaftsbewegung. Referent: **Hargarete Philipp.**

Nach dem Vortrag: **Tanz und musikalische Unterhaltung.**

Die Kollegen werden gebeten, ihre Frauen mitzubringen.



Max und Moritz reifen, beißen sich
Ja, warum? Na, weißt Du's nicht?
Eagen muß ich's Dir doch wohl,
Es winkt als Preis eine Flasche Kaoli.

Kaoli

bester flüssiger Metallputz

überall zu haben in Flaschen von 10 Pf. an

Fabr.: Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg

Dänischer Kapitän-Kautabak

in Rollen, Bündel und Enden.

General-Vertrieb:

Karl Röcker, Berlin O. 27.

Grüner Weg 119 (Amt VII, 3861).

Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungeinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postfach 103, Postamt 103.

Kein Abzahlungsgeschäft.

9635*

Blendend weisse Wäsche

erzielt man mit

Dr. Thompson's

SEIFENPULVER

1/2 Pfund Paket 15 Pf.



Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zusätzlich fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche: (sehr schöne) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Gabelstr. 4, Bahnhof Börje. (Jeder des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geschlossen!

Vorwärtsleiter erhalten für Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.

Teppiche, farblichste, für kalten Wert.

Stoppdecken, Samtstoffe, 3,75.

Gardinen, Stores, Restpartien, eingeschminkt, 50 Prozent ermäßigt.

Sofahohlstühle, für Bezüge anzeigend, 10 Pfennig.

Teppich-Thomas, Oranienstr. 100, Oranienplatz; Rosenstr. 54.

Gasttronen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, Niesenlager Louis Wötter (selbst), Betriebsleitung Vorgängerstr. 2, zweieinzig (Bahnhöferring, Wilmersdorf).

Die Grundbegriffe der Wirtschaftskunde. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Teppiche (Hartenstoffe), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbetts, Liederarmen, Sofa, Stoffe, billig, Fabriklager Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Fünfeingang. Vorwärtsleiter zehn Prozent Sonntags geöffnet. 2488*

Wonnensätze und Winterpaletots von 5 Mark (sowie Paletots von 1,50, Gebrodanzüge von 12,00, Strands von 2,50, sowie für forpantente Figuren. Neue Garderobe zu fantastisch billigen Preisen, aus Handarbeiten verarbeitete Sachen, man kann sie billiger bei Frau, Wulfsstr. 14.

Teppiche (sehr schöne), Portieren, Gardinen, Steppdecken, Divandenden, Tischdecken, Bettvorlagen, Küchentische, preisbillige Gelegenheiten. Potsdamerstr. 109, Conrad Fischer, Vorwärtsleiter Extrarabatt. 2984*

Gasttronen, 1,00, billige Preise. Große Frankfurterstr. 92, Rosenstr. 6 (Bedding), Niddorf, Berlinerstr. 102. 608*

Ohne Anzahlung, Woche 0,50, Silber, Spiegel, Möbel, Porzellanwaren, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Gardinen, Portieren, Bezüge, Uhren, Gasttronen liefert billig Weber. Neue Königstr. 34, Besuch oder Postkarte. 2088*

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenlager. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schönste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Niesenauswahl, 5 Etagen, Hofstr. 10, Neue Königstr. 5-6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet.

Auf Teilzahlung Wohnungseinrichtung von 300 bis 3000 Mark, sowie einzelne Möbel in kolonialer Ausstattung bei billigen Preisen liefert unter folgenden Bedingungen Tischlermeister Roste, Händelstr. 39, kein Abzahlungsgeschäft. 9365*

Möbel-Teilzahlung, bequeme, bei kleiner Anzahlung, in bester Qualität. Größte Auswahl bei Reinheit und Arbeitslosigkeit. E. Cohn, Große Frankfurterstr. 58. 1318*

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung gehen Tischplatten und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisermäßigung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Arschmann u. Co., Kopenstr. 4. (Schlesischer Bahnhof). *

Möbelhandlung Mariannenstr. 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. "Vorwärts" leitet 3 Prozent Rabatt. 209*

Verloren geht Ihnen viel Geld, wenn Sie Ihren Bedarf an Einzelmöbeln sowie ganzen Wohnungseinrichtungen nicht rechtzeitig, Turmstr. 69, decken. Kleine Anzahlung, Abzahlung von Mark 1,- pro Woche an reichhaltiges Lager in Möbeln jeder Holz- und Stilart. Niedrigste Preise trotz allerbesten Verarbeitung. Nur streng moderne Muster. Stube und Küche schon von Mark 200,- an. Zwei Stuben und Küche von 450 Mark an. Sonntags geöffnet bis 2 Uhr. Höhe u. Co., Roabit, Turmstr. 69. 3592*

Keinen Pfennig Auszahlung zahlen Sie in meinem Möbel-Special-Geschäft für Ihre Wohnungseinrichtung bei größerer Anzahlung. Ich habe kein Personal, daher nur ganz geringe Unkosten und lasse diesen Vorteil Ihnen zugute kommen. Fast immer Gelegenheitskäufe, namentlich in einzelnen Stücken und Rüden. Lieferung kostenlos. Rirkeln, Roabit, Oststr. 2, zwischen Turmstr. und Al-Roabit. 3708*

Kleiderschrank, Vertigo, Trumeau, Schreibtisch, Tischbeistellen 22,00. Kommode, Nachttische, Schlafsofa 20,00, Hängelampe, Kinderwagen 10,00, Kücheneinrichtung 42,00, Ausleuchtlicht mit Verbindung Dräger, Landsbergerstr. 110. 224/18

Ruhbaumwirtschaft verkauft schlammig umhüllender mit hoch-elegantem Umhausel, prachtvollen Küchenmöbeln, Küchengerät, Teppich, nur Spezialisten für 220,00. Ruhbaum-bücherei, sehr billig. Weinmeisterstr. 1b-2. Der Verwalter. 143/19

Höchste Leistung! Hundervollst. Speisezimmer, eiche, komplett mit 6 Leberstühlen; Schlafzimmer, eiche, mit Patentmatratzen; komplette Einrichtung; diese 3 Zimmer-einrichtung "Konkurrenzlos" kostet 1250,-. Spezialzeichnungen gratis! Möbelwerk N. Hirschow, Stalderstr. 25, an der Hochbahn. 139/1

Spottbillig! Sofatisch, dunkel. Fredon, Lindenstr. 141. 7115

Bilder.
Hochzeitgeschenke dürfen Sie nicht früher wo anders kaufen, bevor Sie das Lager und Preise bei Bilder-Vogdan, Weinmeisterstr. 2, gesehen haben. Sie schädigen sich sonst selbst!

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,-, Holz, Kammstr. 30b. 239*

Kaufgesuche.
Blattabfälle, Silberabfälle, Rückstände, Fahngelbte, Druckbilder, Restteile hochzahlend, Goldschmelze Nieder, Köpenickerstr. 20a (gegenüber Kantienfeldstr.). 2995*

Fahngelbte, Zahn bis 50 Ferning, Goldschmelze, Stanniol, Hochzahlend, Kohn, Neue Königstr. 76. 224/11*

Blattabfälle, Gramm 5,70, Gold, Silber, Fahngelbte, laut Bläuel, Auguststr. 19. 7114*

Blatt, Silber, Gold, Fahngelbte, Stanniol, hochzahlend Edelgoldschmelze, Dresdenstr. 9. 143/11*

Patentanwalt Bessel, Ostfriesenstr. 94a.

Patentanwalt Müller, Ostfriesenstr. 61. 24398*

Kunstoperiererei von Frau Kolosky, Schlangenteich, Kurstr. 8 III.

Waschanstalt Frau Robelt, Köpenick, Glienickestr. 21, wäscht chlorfrei Bettwäsche, Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher 0,10. Lieferung und Abholung Montags. *

Gefunden u. verloren
Verloren. Am Montag abend gegen 8 Uhr ist vom Volkspark bis Markstr. 43 ein Portemonnaie verloren worden. Dasselbe enthält 30 Mark in Gold und einen Pfand-schein auf eine silberne Uhr mit Doppeltapfel. Abzugeben an Heinrich Herzog, Berlin O. 27, Markstr. 43.

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Ehrlich. Preis 2,- Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Frachbetten 12,50, zwei Stände umhüllend, Nordstr. 17, II. *

Schlafhäuser über 114 (Königs-bahnhof), Handarbeiten! Groß-Berlin! preisbilligste Einkaufsquelle sämtlicher Waren! Erstklassiger Bettenverkauf! Umzugsartikel! Einsegnungs-Geschenke! Hochvergangen!

1,00 Frachbett, 2,50, ganzer Stand, rotgefärbt, Laken 0,20, Damastbezüge 3,55, Steppdecken, Handarbeiten, Andreaskstr. 38. *

Handbett, zwei Betten, zwei Kissen, zweifach, 14,25, nur Andreaskstr. 38. *

Dauerdeckbett, Unterbett, zwei Kissen, 20,00, nur Andreaskstr. 38, Andreaskstr. achtunddreißig. Fahr-geld vergütet. 3108*

Bronzegasttronen, Dämgas-pendel, Gasmandarins. Moderne Dämgasgasttronen, Gaslöcher, Größte Auswahl. Preisbilligste Bezugsquelle. Schöner, Poststr. 43. 8845*

Wonnensätze (einen) zwei Deck-betten, zwei Kissen, zweifach, 15,00, große Laken 90 Pfennig, Damastbezüge 3,50, Ausleuchtlicht, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen, Handarbeiten, Pringen-str. 34. *

1,25 Frachbetten, 10,00, ganzer Stand, rotgefärbt, Pringen-plandische, Pringenstr. 34. *

Frachbetten, ganzer Stand 27,00, nur in der billigsten Handarbeit Pringen-str. 34. Fahr-geld wird vergütet.

Wonnensätze (einen) zwei Deck-betten, zwei Kissen, für jede Figur passend. Handarbeiten, Pringen-str. 34, I. 348*

Geschäftsverkäufe.
Grünfranggeschäft verlässtlich Topo-str. 5. 755

Lebensgeschäft verlässtlich Niddorf, Angengrabenstr. 2. 719

Shantgeschäft zu verkaufen. Zu erstogen Blumenstr. 79, Zigarren-geschäft. 728

Ein Wort an das Möbel laufende Publikum. Bevor Sie Ihre Einkäufe machen, beschäftigen Sie meine Niesen-lager: Roabit, Turmstr. 79, und Schöneberg, Hauptstr. 50. Enorme Auswahl in kompletten Zimmern als auch Einzelmöbeln. Spezialität Ein- und Zwei-Zimmer-Einrichtungen. Modernes Wohnzimmer, edel, Ruh-baum furniert, nebst Küche in den prachtvollsten Farben von 295 Mark an. Eigene Postwerkstätten, daher weitgehendste Garantie für nur erst-klassiges Material und allerbeste Ver-arbeitung. Beschäftigung ohne Kauf-verpflichtung erbeten. Ständig zirkulieren vorräthig. Lieferung frei Haus. Kostenlose Lagerung. 4008*

Musikinstrumente.
Hügel, gebraucht, vorzüglich er-halten, aus alterer Fabrik, billigst veräußert bei Ferdinand Rantzen, Potsdamerstr. 27b, hochpartier. *

Unterricht.
Regina - Schreibmaschinen-schule (Stenographie und Schreib-maschine). Beginn eines neuen Kur-laus täglich. Auch Abendkurse. Nun ver-lange Prospekt. Dudenstr. 1, Krog-mann, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Charlottenstr. 6, II. 141/4*

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fort-geschrittene, einzeln oder im Einzel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Übersetzungen ange-feretigt. G. Swienty, Liebnecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 448*

Vermietungen.
Laden, hochmodern, 800,-, Ge-legenheit - sehr volkreich, Lauffe, Peterannenstr. 12. 141/6*

Schlafstellen.
Schlafstelle, Herrn, Mariannen-str. 41, vorn II. Zwang. 719

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Nebenverdienst für jedermann. Herrn Wolf, Bismarck, Nordstr. 30.

Federfärberei in gut bezahlte dauernde Stellung nach auswärtig gesucht. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit nebst Lohn-anforderungen und Zeugnisabschriften erbeten unter P. 1 an die Expedition dieses Blattes. 8099*

Schürzennäherin verlangt Einell, Stalderstr. 144. 962b

Frauen-schürzen, Gänge, Reform, tüchtige Näherin verlangt Feuer, Rügenstr. 22. 749

Junge Mädchen für leichte Be-schäftigung, Kraus, Lichtstr. 6.

Zeitungsfrauen verlangt Friede-nau, Rheinstr. 39. 143/18*

Zeitungsfrauen verlangt Blener-str. 1-6. 143/9*

Für die „Schwäbische Tagwacht“

werden zu möglichst sofortigem Eintritt gesucht

ein leitender politischer Redakteur;
ein tüchtiger Feuilleton-Redakteur,
der zugleich befähigt ist, am politischen Teil mitzuarbeiten;
ein tüchtiger Redakteur für den württembergischen Teil
und
ein solcher für den lokalen (Stuttgarter) Teil.

Offerten sind unter Angabe der Gehaltsansprüche bis **spätestens den 22. Oktober** zu richten an **Otto Wasner** in Stuttgart, Hauptstätter Str. 96, II, Seitenbau. 296/13*

Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Steinarbeiter.
Die Firma Jüngers & Schille, Niddorf, Rogarstr. 33/34 und Berlin, Riegelstr. 2, zwischen-Unternehmung für feinstmögliche Verarbeitung von Kunststein, ist **gesperrt!**
Arbeitsangebote sind entschieden zurückzuweisen. 172/9*

Die Ortsverwaltung.

Partei-Angelegenheiten.

Groß-Lichterfelde. Sonntag, den 8. d. M., Partie nach Groß-Beeren. Treffpunkt mittags 1 Uhr bei Exzel, Berliner Straße 129...

Groß-Beeren. Sonntag, den 8. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Lokal zum „Fichtenwäldchen“ (Zuh. Feinge), öffentliche Versammlung.

Königs-Wusterhausen und Deutsch-Wusterhausen. Am Sonntag, den 8. d. M., findet für obgenannte Orte die Kalenderverbreitung statt.

Nieder-Schöneweide. Am Sonntag, den 8. d. M., morgens 8 Uhr, Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Konow. Der hiesige Bildungsausschuss veranstaltet am Sonnabend, den 7. d. M., im Lokale des Herrn Schmidt, Wilhelmstraße 41-43, seinen ersten Theaterabend.

Schildow (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet auf dem Grundstück des Genossen Priglow, Hauptstr. 25, eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt.

Die Nieder-Schönhauser Genossen treffen sich um 1 Uhr bei Bratvogel, Nordend.

Oranienburg. Am Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet in Germendorf auf dem Grundstück des Löffers Herrn Rosenberg eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt.

Teltow. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Tempin. Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet im benachbarten Tornow eine Volksversammlung unter freiem Himmel statt.

Jessen. Wir fordern die Parteigenossen auf, sich zu der am Sonntag früh 8 Uhr von Kurzner aus stattfindenden Großhüren- und Flugblattverbreitung zahlreich einzufinden.

Die Großhüren für die Landagitationstour werden am Sonnabend abend 7 Uhr bei Kurzner ausgegeben.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Mit dem Zweckverband Groß-Berlin wird es nun ernst. Für ihn werden in den beteiligten Gemeinden jetzt die Wahlen zur Verbandsversammlung vollzogen.

Ernst werden soll es nun auch mit der Erweiterung der Sonntagsruhe im Kleinhandel.

Auch mit der von den Gemeindebehörden Berlins beschlossenen Hilfsaktion gegen die Lebensmittelteuerung wird jetzt begonnen.

Die Verteilung der Veteranenpense. Aus dem Rathaus wird berichtet: Die Verteilung der von den städtischen Behörden für Veteranen aus den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71 zur Verfügung gestellten Summe von 150 000 M. hatte der Magistrat der Stadtverordneten übertragen.

- 1. Es kommen nur solche Veteranen in Betracht, welche zur Fahne einberufen waren, dem Unteroffizier- oder Gemeinstande angehört und in Feindesland gestanden haben; 2. die zu Berücksichtigenden müssen würdig und bedürftig sein;

Die Prüfung der eingegangenen Gesuche — ein großer Teil ist auf dem Stützbureau zu Protokoll entgegengenommen worden — hat wegen der vorerwähnten Grundzüge längere Zeit in Anspruch genommen.

Von den hiernach schließlich verbliebenen 6400 Anträgen haben noch rund 400 zurückgestellt werden müssen, weil man sich nicht entscheiden konnte, weniger als 25 M. an den einzelnen Empfänger zu zahlen.

Ausgeschlossen sind bei den 400 solche Bewerber, die über 1800 M. Einkommen hatten oder verhältnismäßig hohe Wohngebühren zahlten.

Die Einrichtung des neuen Fernsprech-Kontrollamts hat in manchen Kreisen eine gewisse Unruhe erzeugt. Man fragt sich, ob angesichts des sonst unter Exzellenz Krawinkel so stark hervorgetretenen sozialistischen Sparamtes die gewiss nicht ganz unbedeutende Aufwendung an Zeit, Mühe und Geld für diese Einrichtung in Einklang steht mit einem erheblichen Nutzen für die Fernsprechnutzer.

Die Gemeindefürsorge wird mit Beginn dieses Winterhalbjahres von bisher 304 auf nun 308 vermehrt. Es kommen drei neue Schulen hinzu, während andererseits eine alte Schule aufgelöst wird.

Die Deputation der Kanalisationswerke und Güter Berlins beschäftigt sich in ihrer letzten Sitzung mit dem, von unseren Genossen gestellten Antrage auf Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Mischelwörter.

Die Einnahmen der städtischen Straßenbahnen im September betragen 172 468,60 M. gegen 136 764 M. im September 1910, d. i. eine Tageseinnahme von 5748,95 M. gegen 4558,47 M. im September 1910.

Die Besuche mit Benzolwagen auf der Kleinbahn Reinickendorf-Liebenwalde-Gr.-Schönbeck sind von der Gesellschaft Bergmann-Electr.-Werke wieder eingestellt worden.

Zu den Erweiterungsbauten am Bahnhof Wittenbergplatz der Untergrundbahn wird uns gemeldet, daß die Ausschaltungsarbeiten nahezu beendet sind.

Die Verurteilung des Angeklagten endete und zugleich beweist, daß auch in der Waulser Automobilfabrik mitunter Hoffahrzeuge vom ausstehenden Genarm aufgeschrieben und angezeigt werden.

Die Schwindlerin, die es auf Kinder abgesehen hat, tritt im Süden der Stadt wieder auf. Vorgestern nachmittags beobachtete sie, wie ein kleines Mädchen für seine Mutter Zeitungsgelder einzwang.

Einem Kraftwagen überfahren wurde gestern früh eine unbekannte Frau auf dem Kurfürstendamm, Ecke Wilmersdorferstraße.

Zeugen gesucht. Diejenigen Personen, welche gesehen haben, wie in der Morgenzeit, kurz nach 4 Uhr, des 24. September, Sonntag, ein junger Mann von einem Schuhmann des Reviers 15 an der Ecke Alte Schönhauser Straße, Lothringers Straße, zur Wade gestiftet wurde, sowie dieser junge Mann selbst, werden gebeten, ihre Adresse umgehend an A. Schwabe, Berlin NO. 45, Varunstr. 4/5 zu senden.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf-Halensee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Vor Beginn der eigentlichen Sitzung traten Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zusammen, um die Delegierten zur Verbandsversammlung des Groß-Berliner Zweckverbandes zu wählen.

Aus den eigentlichen Verhandlungen verdient nur Erwähnung, daß endlich das Ortsstatut über die Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen unter Dach und Fach kam.

In den Stadtverordneten-Erwahlungen. Die Agitation zu den Stadtverordneten-Erwahlungen im 9. und 10. Bezirk ist von den Parteigenossen dieser Tage auch in der Dessenlichkeit in Aussicht genommen worden. Am Sonntag fand eine Flugblattverbreitung statt, der am Dienstagabend eine im Gesellschaftshause abgehaltene Volksversammlung folgte. Von einer zahlreichen versammelten Zuhörerschaft gab unser Parteigenosse, Stadtverordneter Oscar Niesel, ein Bild von den Wirken der rückwärtigen Mehrheit im Ortsparlament; wohingegen unser als Mieterkandidat für den zehnten Bezirk aufgestellte Parteigenosse Alfred Niesel in padender Darstellung schilderte, welche Aufgaben die Sozialdemokratie sich namentlich auf dem Gebiete der kommunalen Gesundheitspflege stellt, auf welchem gerade in Wilmersdorf noch außerordentlich viel zu tun bleibt. Der zweite Mieterkandidat, unser Parteigenosse Marcussion, war wieder durch eine schwere Erkrankung am Erscheinen verhindert. In der Diskussion empfahl der Demokrat Lazarus die Bekämpfung von unseren Parteigenossen unterstützte Hansbesitzerkandidatur des Demokraten Vincius im neunten Wahlbezirk. Nicht besonders logisch waren die Ausführungen eines Herrn Heinecke, der weiblich auf die Pflichtfortbildungsschule schalt. Er empfahl die Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaten; von der Wahl des Demokraten wollte er jedoch nichts wissen. Wir erwähnen diese belanglose Episode, weil das hiesige konservative Ortsblatt den genannten Redner sehr zu Unrecht einen Sozialdemokraten nennt. Mit einem wirkungsvollen Appell an die Versammelten, am Wahltage ihre Pflicht zu tun, schlossen der Referent und der Vortragende die Versammlung.

Weihensee.

Zur Arbeitslosenversicherung. Am 31. Januar 1911 begründeten unsere Genossen in der Gemeindevertretung einen Antrag auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung und Bereitstellung von Mitteln für das Etatsjahr 1911/12. Dieser Antrag wurde dem Wohlfahrtsamt zur gemeinschaftlichen Weiterbehandlung mit der Wohlfahrtskommission übergeben. Jetzt hat das Wohlfahrtsamt eine Denkschrift herausgegeben, ohne daß die Wohlfahrtskommission sich weiter mit der ganzen Arbeitslosenversicherung beschäftigt hat. Einige eingesetzte Kommissionen werden leider, trotz wiederholter Erinnerungen, von den betreffenden Deputierten und Leitern der Verwaltungszweige gar nicht zur Beratung zusammengerufen. Der Leiter des Wohlfahrtsamtes, Herr Major a. D. Wefener, unter dessen Namen die Denkschrift erscheint, sagt unter anderem: „Es sei ein Mangel der ganzen Vorlage, daß jede Begründung fehlt. Wenn die Verfasser die Einführung einer Arbeitslosenversicherung für notwendig erachteten, so wäre es die erste Hauptaufgabe gewesen, den Nachweis zu erbringen, daß überhaupt eine solche Versicherung, deren Träger die Gemeinde sein soll, ein Bedürfnis ist. Dazu war eine genaue Angabe der Gründe erforderlich. Zu diesen gehört in erster Linie ein statistischer Nachweis über die Zahl der Arbeitslosen der letzten Jahre in Weihensee, nach Berufen getrennt, die Gründe der Arbeitslosigkeit, die Höhe der Geldunterstützung, welche die Arbeitslosen während dieser Zeit von ihren Berufsvereinen erhalten haben.“ Hier werden Begründungen gefordert, die zu machen die Antragsteller aber bisher keine Gelegenheit gehabt haben; auch auf die angebotene Mitarbeit des Gewerkschaftssekretärs hörten hat man verzichtet. Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Denkschrift der Vorwurf, die Antragsteller hätten sich mit Einbringung der ganzen Vorlage leichte Arbeit gemacht. Nachdem die Denkschrift eine Menge Wiederholungen aus bereits von anderen Gemeinden herausgegebenen Denkschriften aufführt, kommt der Verfasser dann zu dem Schluß, daß der Gemeinde die Arbeitslosenversicherung jährlich 18 000 bis 20 000 M. Kosten verursache, während unsere Vertreter bei ihrer Begründung in der Sitzung vom 31. Januar höchstens die Hälfte der Summe als notwendig erachteten. Der Verfasser sagt daher weiter: „Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß durch die vorstehenden gesamten Ausführungen der Beweis erbracht ist, wie unendlich schwierig es zurzeit noch ist, eine Arbeitslosenversicherung einzuführen, welche auch nur einigermaßen allen Wünschen gerecht werden kann. Die vollständige Lösung des ganzen Problems ist unmöglich; alle Versuche, welche bis jetzt gemacht worden sind, enthalten nur den Versuch, einen Teil des Problems zu lösen. Das ganze Unternehmen einer Arbeitslosenversicherung, welche möglichst alle Verhältnisse berücksichtigt, kann daher nichts anderes sein, als ein Sprung ins Dunkle. Und da dürfte es wohl gründlich zu überlegen sein, ob gerade unsere Gemeinde in der Lage ist, einen solchen Versuch zu wagen. Die Schwierigkeit wird dadurch erhöht, die von der Gemeinde zu bewilligenden Zuschüsse dem Bedürfnis entsprechend genau festzustellen. Haben wir aber einmal A gesagt, müssen wir auch B sagen; dann ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß wir im Laufe der Zeit stets höhere Summen nachbewilligen müssen.“ Dann wird

weiter die Einsetzung einer Kommission verlangt, was gar nicht notwendig ist, denn eine Wohlfahrtskommission, in der unsere Genossen auch vertreten sind, besteht zurzeit immer noch. Folgende fünf Punkte sollen dann der genauen Prüfung unterzogen werden: 1. Die Form der Arbeitslosenversicherung, ob Genter System oder Versicherungsliste oder beides gleichzeitig bezw. anderweitige Unterstützungsarten. 2. Welche Personen zu unterstützen sind, ob organisierte oder unorganisierte Arbeiter oder beide, ob nur die in Weihensee wohnenden oder die in Weihensee wohnenden und arbeitenden, und ferner, ob die Versicherung auch auf die weiblichen Arbeiter ausgedehnt ist. Auch hier ist die antragstellende Partei anzumelden, durch eine Rundfrage bei den Arbeitgebern die Zahl der Arbeiter festzustellen, wobei folgende verschiedene Personenklassen zu unterscheiden sind: a) die in Berufsvereinen organisierten Arbeiter mit und ohne Arbeitslosenversicherung und b) die nicht organisierten Arbeiter. 3. Die Festsetzung der einzelnen Bestimmungen der gewählten Systeme. 4. Die Gründung eines ausgebreiteten Arbeitsnachweises und 5. Feststellung der erforderlichen Mittel. Wenn die Vorlage nicht zu Fall kommen soll, und darauf zielt die ganze Denkschrift hin, dann müssen unsere Vertreter auf dem Posten sein, ebenso muß sich das Gewerkschaftsamt mit der Sache sofort ernstlich beschäftigen.

Rixdorf.

Ein durchgehendes Gespann erregte gestern mittag in der Hermannstraße, die gerade asphaltiert wird, eine große Aufregung und gefährdete die Fußgänger. Der Kutscher Franz Werner aus der Oranienburger Str. 77 lenkte einen königlichen Küchenvagen und hatte die Gewalt über die Pferde gänzlich verloren. Im wilden Laufen rastete die Tiere die Hermannstraße in südlicher Richtung hinunter. Dabei lösten sich die beiden Hinterräder und das Untergerüst von dem Wagen und flogen zur Seite. Ein Wunder ist es, daß niemand zu Schaden kam, obwohl die Straße gerade sehr belebt war. An der Ecke der Barthestraße warf sich der Schuttmann Kluse den Tieren entgegen. Er wurde eine Strecke weit mitgeschleift, brachte jedoch endlich den Wagen zum Stehen.

Die Rixdorfer Feuerwehr wurde am Donnerstag vormittag wegen eines Dachstuhlbrandes nach der Hermannstraße 83 alarmiert. Als sie dort ankam, brannte nicht der Dachstuhl, sondern im Erdgeschoß ein Zimmer mit Möbeln. Zwei kleine Kinder, die in Gefahr schwebten, konnten zum Glück rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Etwas später erfolgte eine Benzinexplosion im ersten Stock Thüringer Straße 18, wobei Frau Schottstädt und ihre Dienstmädchen Brandwunden erlitten, die ihnen von Samaritern der Feuerwehr verbunden wurden. Das Mädchen beging die Unvorsichtigkeit, bei offenem Feuer Kleider mit Benzin zu reinigen. Der Benzinhälter explodierte und wurden die Wände in der Küche, Fensterscheiben und Türen eingedrückt. Die Flammen konnten bald gelöscht werden, so daß der Brand auf die Küche beschränkt blieb.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Vom Baum gefallen. Im Eickeln zu sammeln Netzte vor einigen Tagen der Schlosserlehrling Wilhelm Boll aus Zehlendorf auf eine hohe Eiche. Als er in die Krone gestiegen war, trat er fehl und stürzte zu Boden. Er zog sich einen Bruch des rechten Schulterblattes zu und wurde in das Oberlinnkrankenhaus zu Kowawes eingeliefert.

Groß-Lichterfelde.

Die Kuffelung der Kandidaten zur Vertreterwahl der hiesigen Ortsklasse soll in einer am Dienstag, den 10. Oktober bei Wahren-dorf stattfindenden öffentlichen Versammlung erfolgen.

Trebbin (Kreis Teltow).

Als Dokument für Scharfmacher kann der vom Bürgermeister Baubach verfaßte, jetzt für die Stadtverordneten im Rathaus zur Einsicht anliegende städtische Verwaltungsbericht bezeichnet werden. Auf Seite 2 des Berichtes findet sich unter Titel Allgemeines nämlich folgender, die Auffassung eines Bürgermeisters über die heutigen Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse so recht charakterisierende Satz: „Ein weiterer Grund dafür, daß die Industrie in unserer Stadt sich nicht kräftig entwickelt, liegt ohne Zweifel auch darin, daß nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden sind und daß die vorhandenen Arbeiter oft in ganz unverantwortlicher Weise von gewisser Seite verhehrt, zu unvernünftigen Lohnforderungen, Streiks und Arbeitsniederlegungen veranlaßt werden. So daß sich z. B. in jüngster Zeit ein hiesiger Fabrikbesitzer veranlaßt gesehen hat, eine von ihm geplante erhebliche Erweiterung seines Fabrikbetriebes nicht hier vorzunehmen, da er nicht die erforderlichen geeigneten und geübten Arbeitskräfte hier bekommen konnte. Nur aus diesem Grunde hat derselbe in einer anderen Gemeinde einen größeren Fabrikbetrieb eingerichtet und die Stadt Trebbin hat nicht nur keinen Zuwachs hieraus zu erwarten, sondern es wird vielleicht sogar später der hiesige Betrieb noch eingeschränkt werden müssen.“ Der Verfasser hat natürlich keine Ahnung von den Ursachen, die

die schlecht entlohnenden Arbeiter am Ort in Kämpfe getrieben haben. In seiner besonderen Vorliebe für kapitalistische Interessen ist ihm völlig fremd, daß am Ort in den letzten fünf Jahren mehrere Abwehrstreiks geführt werden mußten, weil die Fabrikanten Abzüge bis zu 60 Proz. vorgenommen hatten. Sollte hier die in ganz unverantwortlicher Weise von gewisser Seite erfolgte Verheerung gemeint sein? Wie steht es nun mit dem Mangel an geeigneten Arbeitskräften, durch den ein hiesiger Fabrikant die Erweiterung seines Fabrikbetriebes an einem anderen Ort vornehmen mußte? Es handelt sich um den Weigordener Herrn Zigarettenfabrikant Karl Schurig, Firma „Wive, Wächter u. Söhne“. Vor einiger Zeit erschien im hiesigen Blatt eine Annonce, worin Arbeiter gesucht wurden, obwohl aus dem betreffenden Betriebe eine Anzahl Arbeiter wegen der durch die Tabaksteuer eingetretenen Geschäftslage entlassen worden waren. Alle von der hiesigen Ortsverwaltung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes nach dort entsandten Arbeitskräfte wurden nicht eingestellt. Der Herr wollte nur hiesige weibliche Kräfte einstellen oder dieselben anlernen. Warum bedarf doch keiner Frage. Nachdem der Herr sein 40jähriges Geschäftsjubiläum mit großem Tamtam gefeiert hatte, wobei es Diplome für langjährige Arbeitsleistungen und Sparbüchlein für 25jährige Arbeitsjubiläen gegeben hatte, tauchte plötzlich eine Zeitungsnote auf, wonach die Firma eine größere Fabrikanlage in Süddeutschland übernommen habe. Damals bereits schon brachten unsere Genossen diese Sache im Stadtparlament zur Sprache. Der Herr Bürgermeister sprach sich in der fraglichen Sitzung auch in anderer Weise aus als er es nun im Verwaltungsbericht getan. Er erklärte, der Herr Schurig beabsichtige gar nicht seinen Betrieb nach Süddeutschland zu verlegen, sondern derselbe solle am Ort als Haupt- und Grundstock bestehen bleiben und unter keinen Umständen vermindert werden. Er sei zu dieser Maßnahme gezwungen, weil er hier nicht die nötigen Arbeitskräfte bekomme. Unsere Genossen widerlegten die Einwände sofort. Ueberdies noch eine Frage: Hat denn der Herr Bürgermeister seinen Anspruch vergessen, den er bei der ersten Einreichung der Unterstützungsgefuche zur Tabaksteuer getan? Damals sagte er selbst: Er habe nie geglaubt, daß im Tabakgewerbe so niedrige Jahreseinkünfte an der Tagesordnung sind; es würde schon aus diesem Grunde ein doppelter Ansporn für ihn sein, zum Wohle seiner Bürger und der Stadt sein möglichstes zu tun, um diese Armen so schnell als möglich zu ihrem gesetzlichen Rechte zu verhelfen. Welch sonderbare Logik ergibt sich für jeden Unbefangenen, der die beiden Meinungen des Bürgermeisters nebeneinander hält. Ueberdies hat der Bürgermeister als erster Beamter der Stadt neutral zu bleiben und zu handeln. Herr Baubach beweist aber durch seinen Bericht, daß er sich zum Vertreter und Verfechter echt kapitalistischer Interessen aufzuspielen berufen fühlt.

Kallinchen (Kreis Teltow).

Eine Volksversammlung unter freiem Himmel, welche von 100 Personen, worunter zahlreiche Frauen, besucht war, fand hier am letzten Sonntag statt. Genosse Joachim Kläh-Rixdorf sprach über „Die Taten des alten und die Aufgaben des neuen Reichstages“. Der Vortrag löste bei der Landbevölkerung allseitigen Beifall aus. Auch in das vom Genossen Stieffenhofer, Charlottenburg ausgebrachte Hoch auf die Sozialdemokratie stimmten die Teilnehmer begeistert ein. Bemerkenswert werden, daß viele Versammlungsbesucher hier zum ersten Male einen Sozialdemokraten sprechen hörten; es war die erste Volksversammlung, die in Kallinchen stattfand. Ueber die Ausplünderung des arbeitenden Volkes durch die Steuer- und Zollpolitik und die Feuerungsverhältnisse herrscht auch in den Kreisen der kleinen Landleute und ländlichen Arbeiter furchtbare Empörung, die sich während des Vortrages unseres Redners spontan bemerkbar machte.

Potsdam.

In der Vornimer Nordische Presse soll vorgestern der Inhaber des Vornimer Armenhauses Karl Ahle als den Mörder des 69jährigen Prende, der in der Nacht vom 23. September 1908 in seiner Wohnung Duglir. 19 schlafend mit einem Hammer erschlagen und um etwa 40 M. beraubt wurde, seinen Sohn bezeichnet haben. Ahle verlangt, ins Gefängnis übergeführt zu werden. Gestern nahm der Untersuchungsrichter am Potsdamer Landgericht, Landgerichtsrat Dr. Bergfeld, den Ahle ins Verhör, hierbei widerrief er seine sämtlichen Behauptungen. Allem Anschein nach hat Ahle die Aussagen in einem Zustande von Geistesgehrtheit gemacht. Dem gefirigen Verhör wohnte der Kreisarzt Dr. Geiseler bei, der über den Geisteszustand des Ahle ein Gutachten abgeben soll.

Marktpreise von Berlin am 4. Oktober, 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidiums. Marktpreise (Kleinhandel.)
 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 35,00—50,00. Speisebohnen weiße, 35,00—50,00. Wicken 34,00—50,00. Kartoffeln 7,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50 bis 1,70. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,00. Butter 2,40—3,20. 60 Stück Eier 3,20—6,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—2,40. Hefe 1,60—2,80. Jander 1,40—3,60. Dichte 1,20 bis 2,80. Barfische 0,80—2,00. Schfelle 1,40—3,00. Nete 0,80—1,60. 60 Stück Streble 2,50—3,00.

Ausnahme-Tage zur Einschulung

Ganz besonders günstige Kaufgelegenheit!

- | | | | |
|----------------------------------------------------------------------------------|---------|-----------------------------------------------------------------------|-----------------|
| Blaue Cheviot-Anzüge für 3-8 Jahre durchweg | 2 90 M. | Jackett-Anzüge neueste Stoffe u. Fass. 2,9-14 Jahre durchweg | 9 u. 7 50 M. |
| Stoffanzüge sehr haltbar, verschiedene Muster und Fassons, 3-8 Jahre durchweg | 4 50 M. | Loden - Joppen warm gefüttert, für 4 bis 9 Jahre durchweg | 3 50 M. |
| Manchester-Anzüge 1. viel Farb., Blumenfass. 3-8 Jahre durchweg | 3 50 M. | Loden - Joppen in vielen Farben, warm gefüttert, 10-14 Jahre durchweg | 4 50 M. |
| la Manch.-Anzüge unzerwüst., gute Verarb. 3-8 Jahre durchweg | 6 50 M. | Knaben-Pyjack Aermel mit Abzeichen, für 3-8 Jahre durchweg | 4 25 M. |
| Kammgarn-Anzüge in blau, braun, oliv, Schöne Fass., 3-9 Jahre durchweg | 6 50 M. | Knaben-Hosen blau und gemustert, 3-8 Jahre durchweg | 1 50 u. 60 Pf. |
| Sport-Anzüge in vielen Mustern u. Fassons, sehr haltbar, 3-9 Jahre durchweg | 6 50 M. | Schüler-Hosen in vielen Mustern 9-14 Jahre durchweg | 2 00 u. 1 50 M. |
| Sport-Anzüge reiche Ausmusterung, für 10 Jahre (jede größere Nummer 50 Pf. mehr) | 9 50 M. | Knaben-Manchest.-Hosen 3-8 Jahre durchweg | 2 35 M. |

Schüler-Mützen viele Formen von 60 Pf. an

Große Posten Muster-Anzüge, Pyjacks, Ulster, Paletots Prima Stoffe, aparte Fassons, teilweise unter Herstellungspreis

Lod.-Pelerinen für Knab. u. Mädch., nur Impr. Stoffe, in grau, oliv und braun von M. 4 an

BaerSohn

Kleider-Werke, Deutschlands größte Fabrik dieser Art
 Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11
 Große Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstraße 10



Der Haupt-Katalog No. 43 (Winter-Moden 1911-12) postfrei.